

Plattform

der russischen Opposition

Eingereicht dem ZK der
WKP (B) von einer Gruppe
Leninistischer Bolschewiki
nicht veröffentlicht vom
Stalinschen ZK,

veröffentlicht vom

Verlag

„Fahne des Kommunismus“

Preis **40** Pl.

Nachdruck ohne Quellenangabe verboten.

A 07 - 04227

Entwurf

einer Plattform
der leninistischen Bolschewiki (Opposition)

Zum 15. Parteitag der WKP (B)



13 Mitglieder des ZK und der ZKK bringen beim Polit-Büro des ZK der WKP (B) den nachfolgenden Entwurf einer Plattform der leninistischen Bolschewiken (Opposition) zum 15. Parteitag der WKP (B) ein.

Sie behalten sich das Recht der Ergänzung der Plattform vor dem Parteitag vor, nach dem Austausch der Anschauungen in der Presse und in den Parteiversammlungen.

A 07 - 04227

Inhalt

- I. Einleitung.
- II. Die Lage der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften.
- III. Die Bauernschaft.
- IV. Die Staatsindustrie und der sozialistische Aufbau.
- V. Die Sowjets.
- VI. Die nationale Frage.
- VII. Die Partei.
- VIII. Der kommunistische Jugendverband.
- IX. Unsere internationale Lage und die Kriegsgefahr.
- X. Die Rote Armee.
- XI. Ueber wirkliche Differenzen und über eingebildete Differenzen.
- XII. Gegen den Opportunismus, für die Einheit der Partei!



I. Einleitung.

In seiner Rede auf dem letzten Parteitag, auf welchem er anwesend war, sagte Lenin: „Wir haben jetzt ein Jahr hinter uns, der Staat ist in unseren Händen, wie hat er aber während dieses Jahres in der neuen ökonomischen Politik gewirkt, in unserem Sinne? Nein. Das wollen wir nicht anerkennen: er hat nicht in unserem Sinne gewirkt. Und wie hat er gewirkt? . . . Die Maschine fährt nicht dorthin, wohin man sie dirigiert, sondern dorthin, wohin sie irgendwer dirigiert, seien es illegale oder gesetzlose Mächte, seien es Spekulanten, seien es privatwirtschaftende Kapitalisten, oder auch beide zusammen. Die Maschine fährt nicht ganz so, sondern sehr häufig ganz und gar nicht so, wie es sich der einbildet, der am Steuer dieser Maschine sitzt.“

In diesen Worten ist jener Maßstab gegeben, den man bei der Beurteilung der Grundfragen unserer Politik anzulegen hat. Wohin geht die Maschine, der Staat, die Regierung? Dorthin, wohin wir, die Kommunisten, welche die Interessen und den Willen der Arbeiter und der überwältigenden Masse der Bauernschaft, wollen? Oder nicht dorthin? Oder „nicht ganz“ dorthin?

Während der Jahre, welche seit dem Tode Lenins vergangen sind, haben wir immer wieder uns bemüht, die Aufmerksamkeit der zentralen Organe der Partei, dann aber auch der ganzen Partei im ganzen darauf zu lenken, daß, dank der falschen Leitung, die von Lenin aufgezeigte Gefahr sich um viele Male vergrößert hat: „die Maschine geht nicht dorthin“, wohin es die Interessen der Arbeiter und Bauern erfordern. Am Vorabend eines neuen Parteitags halten wir es für unsere Pflicht, trotz aller Verfolgungen, denen wir unterworfen sind, mit verdoppelter Kraft die Partei hierauf hinzuweisen, denn wir sind überzeugt davon, daß die Sache sich reparieren läßt, daß sie durch die Partei selber repariert werden kann.

Als Lenin gesagt hat, daß die Maschine häufig dorthin geht, wohin sie durch uns feindliche Kräfte dirigiert wird, hat er hierdurch die Aufmerksamkeit von uns allen auf zwei äußerst wichtige Umstände hingelenkt. Erstens darauf, daß in unserem System solche unserer Sache feindliche Kräfte existieren — der Kulak, der Nepmann, der Bürokrat — welche unsere Rückständigkeit und die Fehler unserer Politik ausnutzen und tatsächlich sich hierbei auf den gesamten internationalen Kapitalismus stützen. Zweitens darauf, daß diese Kräfte eine solche Bedeutung besitzen, daß sie im Stande sind, unsere Staats- und Wirtschaftsmaschine nicht dorthin zu stoßen, wohin das nötig ist, fernerhin aber sogar sich zu bemühen — zunächst in vertuschter Form — das Steuer dieser Maschine zu ergreifen.

Die Worte Lenins verpflichteten uns alle: erstens aufmerksam das Wachstum der feindlichen Kräfte zu verfolgen — des Kulaken, des Nepmanns, des Bürokraten; 2. sich Rechenschaft abzulegen darüber, daß nach Maßgabe des allgemeinen Aufschwungs des Landes diese Kräfte zur Sammlung, zur Einbringung ihrer „Verbesserungen“ zu unseren Plänen, zum verstärkten Druck auf unsere Politik, zur Durchsetzung ihrer Interessen durch unsere Apparate streben werden; 3. Maßnahmen zu ergreifen, um auf jede Weise das Wachstum, die Sammlung und den Druck

dieser feindlichen Kräfte abzuschwächen, indem man sie hindert, jene Lage einer tatsächlichen, wenn auch unterirdischen **Doppelregierung** zu schaffen, welche sie anstreben und 4. über diese Klassenprozesse zur Arbeiterklasse und zu allen Werktätigen mit der ganzen und vollen Wahrheit zu sprechen. Hierin besteht heute die Grundlage der Frage nach der „thermodorianischen“ Gefahr und des Kampfes gegen sie.

Seitdem Lenin seine Warnung erlassen hat, hat sich bei uns vieles verbessert, aber vieles hat sich auch verschlechtert. Der Einfluß des Staatsapparates wächst, es wächst aber auch mit ihm zusammen die bürokratische Entartung des Arbeiterstaates. Das absolute und das relative Wachstum des Kapitals im Dorfe und sein absolutes Wachstum in der Stadt beginnen, zum Wachstum auch des politischen Selbstbewußtseins der bürgerlichen Elemente im Lande zu führen. Diese Elemente bemühen sich — oft nicht ohne Erfolg — auch einen Teil der Kommunisten zu demoralisieren, mit denen sie bei der Arbeit und im Alltagsleben zusammenstoßen. Die von Stalin auf dem 14. Parteitag ausgegebene Losung: das Feuer gegen links! mußte den Zusammenschluß der rechten Elemente in der Partei und der bürgerlich-Ustrjalow'schen Elemente im Lande erleichtern.

Die Frage: **wer schlägt wen?** wird durch ununterbrochenen Kampf der Klassen auf allen Abschnitten der ökonomischen, politischen und kulturellen Front entschieden, für den sozialistischen oder für den kapitalistischen Weg der Entwicklung, für die diesen beiden Wegen entsprechende Distribution des Nationaleinkommens, für die Integrität der politischen Macht des Proletariats oder für die Teilung dieser Macht mit der neuen Bourgeoisie. In einem Lande mit einer Mehrheit von kleiner und kleinster Bauernschaft und überhaupt kleiner einzeln wirtschaftender Subjekte gehen die wichtigsten Prozesse vor der Hand einmal zersplittert und unterirdisch vor sich, um dann auf einmal, „unerwartet“ nach außen durchzubrechen.

Das kapitalistische Element findet seinen Ausdruck vor allem in der Differenzierung des Dorfes und im Wachstum des Privatkapitalisten. Die Spitzen des Dorfes, wie auch die bürgerlichen Elemente der Stadt, verflechten sich immer enger mit verschiedenen Kettengliedern des staatlichen und wirtschaftlichen Apparates. Dieser Apparat hilft nicht selten der neuen Bourgeoisie, ihren erfolgreichen Kampf um die Vergrößerung ihres Anteils am Nationaleigentum mit statistischem Nebel zu verhüllen.

Die Apparate des Handels, des Staates, der Kooperativen und der Privaten fressen einen ungeheuren Anteil des Volkseinkommens auf; mehr als ein Zehntel der Bruttoproduktion. Auf der anderen Seite nimmt das **Privatkapital** im Umlauf durch Handelsvermittlung während der letzten Jahre bedeutend mehr als ein Fünftel des Gesamtumsatzes ein, in absoluten Ziffern mehr als fünf Milliarden im Jahr. Bisher erhält der Massenkonsument die für ihn notwendigen Produkte für mehr als 50 Prozent aus den Händen des Privatkapitalisten. Hier liegt für den Privatkapitalisten die Grundlage des Profits und der Akkumulation. Die Schere der landwirtschaftlichen und der industriellen Preise, die Schere der Engros- und der Detailpreise, die sogenannte „Zerreißung“ der Preise nach den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft, nach den einzelnen geographischen Gebieten, nach den Jahreszeiten, die Schere der Inlandspreise und der Weltpreise (Schmuggelei) stellen eine fortwährende Quelle des Profitmachens dar.

Das Privatkapital sammelt Wucherprozente an aus Subsidien und verdient fett an Staatsanleihen.

Die Rolle des Kapitalisten ist auch in der Industrie sehr bedeutend. Wenn sie auch während der letzten Zeit relativ gefallen ist, so ist sie doch absolut gewachsen. Die privatkapitalistische **steuerlich eriaßte** Industrie gibt eine Bruttoproduktion von 400 Millionen jährlich. Die kleine, hausindustrielle und handwerksmäßige gibt mehr als 1800 Millionen. Zusammen bildet die Produktion der nichtstaatlichen Industrie mehr als ein

Fünftel der ganzen industriellen Warenproduktion und fast 40 Prozent der Warenmasse des breiten Markts. Die vorwiegende Masse dieser Industrie ist mehr oder weniger mit dem Privatkapital verbunden. Die verschiedenartigen, offenen und versteckten Formen der Ausbeutung der Masse der Heimarbeiter durch das Kapital von Händlern und hausindustriellen Unternehmern sind äußerst wichtige und dazu noch wachsende Quellen der Akkumulation der neuen Bourgeoisie.

Steuern, Lohn, Preise, Kredit sind die wichtigsten Hebel der Verteilung des Volkseinkommens, der Befestigung der einen Klasse, der Schwächung der anderen.

Die **Landwirtschaftssteuer** im Dorfe verteilt sich in der Regel in umgekehrter Progression: schwer lastend auf den wirtschaftlich Schwachen, leichter auf den wirtschaftlich Starken und den Kulaken. Nach ungefähren Berechnungen verfügen 34 Prozent der wirtschaftlich schwachen Bauernwirtschaften der USSR (sogar ohne solche Gebiete mit weit fortgeschrittener Differenzierung, wie Ukraina, Nordkaukasus und Sibirien) über 18 Prozent des bedingten Reineinkommens; über ein ebensolches Einkommen, 18 Prozent, verfügt auch die höhere Gruppe, welche lediglich 7,5 Prozent der Wirtschaften ausmacht. Dabei zahlen diese beiden Gruppen ungefähr gleichviel, nämlich je an die 20 Prozent der ganzen Steuer-summe. Es ist klar, daß auf jeder einzelnen Wirtschaft eines armen Bauern die Steuer viel schwerer lastet, als auf einer Kulakenwirtschaft und überhaupt einer „kräftigen“ Wirtschaft. Entgegen den Befürchtungen der Leiter des 14. Parteitages „zieht“ unsere Steuerpolitik keineswegs den Kulaken „aus“ und stört ihn nicht im geringsten, immer größte Akkumulation in Geld und in Naturalien in seinen Händen zu konzentrieren.

Die **Rolle der indirekten Steuern** wächst in unserem Budget bedrohlich auf Kosten der direkten. Schon hierdurch allein verschiebt sich die Steuerlast automatisch von den Spitzen nach unten. Die Besteuerung der Arbeiter war im Jahre 1925/26 um das Doppelte höher, als im Vorjahre, während die Besteuerung der übrigen städtischen Bevölkerung um sechs Prozent gefallen ist („Finanznachrichtenblatt“, russisch „Wjestnik Finansow“, 1927, Nr. 2, Seite 52): die Schnapssteuer lastet immer unerträglicher gerade auf den Industriebezirken.

Die **Einkommenssteigerung** pro Kopf betrug im Jahre 1926, verglichen mit dem Jahre 1925 — nach einigen ungefähren Berechnungen — für die Bauern 19 Prozent, für die Arbeiter 26 Prozent, für die Händler und Industriellen 46 Prozent. Würde man die „Bauern“ in drei Hauptgruppen teilen, so würde sich mit absoluter Unanfechtbarkeit erweisen, daß das Einkommen der Kulaken unvergleichlich mehr gewachsen ist, als das des Bauern. Das Wachstum des Einkommens der Händler und der Industriellen, welches auf der Grundlage der Steuerlisten berechnet worden ist, ist zweifellos als zu klein angeben. Aber schon diese schöngefärbten Ziffern zeugen vom Wachstum der Klassengegensätze.

Die **Schere** der landwirtschaftlichen und der industriellen Preise hat sich während der letzten 1½ Jahre noch mehr erweitert. Für seine Produkte erhielt der Bauer nicht mehr als 1,25 des Vorkriegspreises, während er für die Industriewaren nicht weniger als 2,2 mal so teuer wie vor dem Kriege bezahlte. Wenn die Bauernschaft, und wiederum vorwiegend ihre untersten Schichten, infolge der Schere während der letzten Jahre eine Summe von ungefähr einer Milliarde Rubel überzahlt hat, so führt das nicht nur zur Verstärkung des Widerspruchs zwischen Landwirtschaft und Industrie, sondern verschärft auch die Differentiation im Dorfe auf das äußerste.

Am Riß zwischen Engros- und Detailpreisen verlieren sowohl die Staatswirtschaft wie der Konsument; also existiert ein Dritter, welcher dabei gewinnt. Es gewinnt der Privatkapitalist, folglich der Kapitalismus.

Der **Reallohn** steht im Jahre 1927 günstigstenfalls auf dem gleichen Niveau wie im Herbst 1925. Dabei besteht kein Zweifel daran, daß

während dieser zwei Jahre das Land reicher geworden ist, das gesamte Volkseinkommen sich erhöht hat, die Kulakenspitze im Dorf ihre Reserven mit ungeheurer Geschwindigkeit vergrößert hat, die Ersparnisse des Privatkapitalisten, des Händlers, des Spekulanten außerordentlich gewachsen sind. Es ist klar, daß der Anteil der Arbeiterklasse am allgemeinen Einkommen des Landes gefallen ist, während der Anteil anderer Klassen gewachsen ist. Diese Tatsache ist höchst wichtig für die Einschätzung der ganzen Lage.

Behaupten, daß der offene Hinweis auf die Widersprüche der Entwicklung und das Wachstum der feindlichen Kräfte **Panik** oder **Pessimismus** ist, kann nur der, welcher im Innern glaubt, daß unsere Arbeiterklasse und unsere Partei mit den Schwierigkeiten und Gefahren nicht fertig werden kann. Wir stehen nicht auf diesem Standpunkt. Die Gefahren muß man klar sehen. Wir weisen präzise auf sie hin, gerade dazu, damit man umso sicherer gegen sie kämpft und sie überwindet.

Ein gewisses Wachstum der uns feindlichen Kräfte — des Kulaken, des Nepmanns, des Bürokraten — ist bei der Nep unvermeidlich. Diese Kräfte kann man nicht durch irgend welche administrativen Befehle oder durch einfachen ökonomischen Druck vernichten. Als wir die Nep einführen und sie durchführten, haben wir selbst in unserem Lande einen gewissen Platz für kapitalistische Beziehungen geschaffen und müssen deren Existenz noch für eine lange Frist als unvermeidlich anerkennen. Lenin erinnerte lediglich an die nackte und für die Arbeiter notwendige Wahrheit, als er sagte: „Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine solidere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das muß man sich merken . . . Die Wurzeln des Kapitalismus haben wir nicht ausgerissen, und das Fundament, „die Grundlage des inneren Feindes haben wir nicht gesprengt“ (Bd. XVII S. 428). Die von Lenin gezeigte äußerst wichtige soziale Tatsache, kann man, wie gesagt, nicht einfach aus der Welt schaffen. Man kann sie aber überwinden, überwältigen auf dem Wege einer richtigen, planmäßigen und systematischen Politik der Arbeiterklasse, die sich auf die armen Bauern im Bunde mit dem Mittelbauer stützt. Diese Politik besteht in der Hauptsache in der Befestigung aller gesellschaftlichen Positionen des Proletariats, in möglichst rascher Hebung der Kommandohöhen des Sozialismus, in enger Verbindung mit der Vorbereitung und Entwicklung der proletarischen Weltrevolution.

Die richtige Leninsche Politik umfaßt auch das Manövrieren. Im Kampfe gegen die Mächte des Kapitalismus hat Lenin wiederholt auch das Mittel von Teilzugeständnissen angewendet, um den Feind zu umgehen, von zeitweiligen Rückzügen, um dann desto sicherer vorwärts zu rücken. Das Manövrieren ist auch jetzt notwendig. Wenn aber Lenin mit dem Feinde lavierte und manövrierte, als man diesen durch eine direkte Attacke nicht unterwerfen konnte, so blieb er doch unveränderlich auf der Linie der proletarischen Revolution. Als er lebte, kannte die Partei stets die Ursachen des Manövers, seinen Sinn, seine Grenzen, jene Linie, hinter welche man nicht mehr zurückweichen darf, und jene Positionen, von denen aus die proletarische Offensive von neuem beginnen sollte. Ein Rückzug hieß damals, zu Lenins Lebzeiten, Rückzug, ein Zugeständnis hieß Zugeständnis. Dank diesem Umstand behielt die manövrierende proletarische Armee stets ihre Geschlossenheit, ihren Kampfegeist, das klare Bewußtsein ihres Zieles.

Während der letzten Periode hat die Parteileitung entschieden diese Leninschen Wege verlassen. **Die Gruppe Stalins** führt die Partei so, daß diese blind ist. Indem sie die Kräfte des Feindes verbirgt, indem sie überall und in allem einen beamtenmäßigen Anschein erzeugt, als ob alles in Ordnung sei, gibt sie dem Proletariat keine Perspektive, oder, was noch schlechter ist, gibt sie eine falsche Perspektive, bewegt sich im Zickzack, paßt sich an und schmiegt sich an das feindliche Element, schwächt und verwirrt die Kräfte der proletarischen Armee, begünstigt

das Wachstum der Passivität, des Mißtrauens zur Leitung und des Unglaubens an die Kräfte der Revolution. Unter Hinweisen auf das Lenin'sche Manövrieren vertuscht sie prinzipienloses Hin- und Herspringen, welches der Partei unerwartet kommt, ihr unverständlich bleibt, sie zersetzt. Das führt nur dazu, daß der Feind Zeit gewinnt und vorwärts rückt. „Klassische“ Muster solcher Manöver von Stalin-Bucharin-Rykov auf der internationalen Arena sind ihre chinesische Politik und ihre Politik mit den Kulaken. In allen diesen Fragen erfuhren die Partei und die Arbeiterklasse die Wahrheit oder einen Teil der Wahrheit erst dann, wenn die schweren Konsequenzen des in der Wurzel falschen Kurses auf ihr Haupt herunterstürzten.

Nach den zwei Jahren, in deren Verlauf die Gruppe Stalins tatsächlich die Politik der Zentralorgane der Partei bestimmt hat, kann man es als vollkommen bewiesen betrachten, daß die Politik dieser Gruppe unfähig war, vorzubeugen: 1. dem unmäßigen Wachstum jener Kräfte, welche die Entwicklung unseres Landes auf den kapitalistischen Weg leiten wollen; 2. der Schwächung der Arbeiterklasse und der ärmsten Bauernschaft gegen die wachsende Macht des Kulaken, des Nephmanns und des Bürokraten; 3. der Schwächung der allgemeinen Lage des Arbeiterstaates im Kampfe gegen den Weltkapitalismus, der Verschlechterung der internationalen Lage der USSR.

Die direkte Schuld der Gruppe Stalins besteht darin, daß sie, anstatt der Partei, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft die ganze Wahrheit über die Lage zu sagen, diese Wahrheit verbarg, das Wachstum der feindlichen Kräfte verkleinerte, denen den Mund stopfte, welche die Wahrheit forderten und sie aufdeckten.

Die Konzentrierung des **Feuers gegen links**, während das ganze Milieu Gefahren von rechts bringt, die grobe und mechanische Unterdrückung jeglicher Kritik, die die berechtigte Besorgnis des Proletariats für das Schicksal der proletarischen Revolution ausdrückte, die direkte Begünstigung rechter Abweichungen, die Schwächung des Einflusses des proletarischen und des altbolschewistischen Kerns in der Partei usw. usw., alles das schwächt und entwaffnet die Arbeiterklasse in einem Augenblick, wo die Aktivität des Proletariats, die Wachsamkeit und Geschlossenheit der Partei, ihre Treue dem wirklichen Vermächtnis des Leninismus gegenüber am notwendigsten sind.

Lenin wird entstellt, verbessert, erläutert, ergänzt gemäß dem Bedürfnis, jeden der eigenen, gerade auf der Tagesordnung stehenden Fehler zu vertuschen. Seit dem Tode Lenins wurde eine ganze Reihe neuer Theorien geschaffen, deren Sinn einzig darin besteht, daß sie das Abrutschen der Stalin'schen Gruppe vom Wege der internationalen proletarischen Revolution theoretisch rechtfertigen sollen. Die Menschewiki, die Smenowechowzy und endlich die kapitalistische Presse erblicken und begrüßen in der Politik und in den neuen Theorien Stalin-Bucharin-Martynow ein Vorrücken — „vorwärts von Lenin weg“ (Ustrjalow) — „staatsmännischen Verstand“, „Realismus“, Verzicht auf die „Utopien“ des revolutionären Bolschewismus.

In der Absägung einer Reihe von Bolschewiken aus der Leitung der Partei — lauter Mitkämpfer Lenins — sehen sie praktische Schritte zum Uebergang auf neue Gleise und begrüßen das offen.

Dabei bereiten die elementaren Prozesse der Nep, weil sie nicht durch eine feste Klassenpolitik eingedämmt und geleitet werden, weitere gefährliche Verschiebungen vor.

25 Millionen kleiner Wirtschaften bilden die Grundquelle der kapitalistischen Tendenzen. Die aus dieser Masse sich aussondernde Kulakenspitze verwickelt den Prozeß der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation, und führt eine breite Unterminierungsarbeit unter die Positionen des Sozialismus. Das weitere Schicksal dieses Prozesses hängt letzten Endes ab von dem Verhältnis des Wachstums der staatlichen Wirtschaft zu dem der privaten Wirtschaft. Das Zurückbleiben der In-

dustrie vergrößert das Tempo der Differenzierung der Bauernschaft sowie die hieraus sich ergebenden politischen Gefahren um viele Male. „Die Kulaken, so schrieb Lenin, haben in der Geschichte anderer Länder wiederholt die Macht der Großgrundbesitzer, der Zaren, der Popen, der Kapitalisten wiederhergestellt. So war es in allen früheren europäischen Revolutionen, wenn es den Kulaken, infolge der Schwäche der Arbeiter gelang, wieder von der Republik zur Monarchie eine Wendung herbeizuführen, von der Macht der Werktätigen wieder zur absoluten Herrschaft der Ausbeuter, der Reichen, der Nichtsteuer . . . den Kulaken kann man, und zwar leicht, mit dem Großgrundbesitzer, dem Zaren und dem Popen versöhnen, selbst wenn sie sich zerzankt haben, **niemals** aber mit der Arbeiterklasse.“ („Arbeiter, Genossen, laßt uns in die letzte Entscheidungsschlacht gehen“, herausgegeben vom Lenin-Institut, S. 1—2). Wer das nicht begriffen hat, wer an das „Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus“ glaubt, der ist nur zu einem fähig: die Revolution auf den Sand zu setzen.

Im Lande existieren zwei einander ausschließende **Grundpositionen**. Die eine ist die Position des Proletariats, welches den Sozialismus aufbaut, die andere die Position der Bourgeoisie, die sich bemüht, die Entwicklung auf das kapitalistische Gleis zu bringen.

Das Lager der **Bourgeoisie** und jener Schichten des Kleinbürgertums, die hinter ihr hergehen, setzt alle ihre Hoffnungen auf die Privatinitiative und die persönliche Interessiertheit des Warenproduzenten. Dieses Lager setzt auf den „kräftigen Bauer“ mit der Berechnung, daß die Kooperative, Industrie und Außenhandel gerade ihn bedienen sollen. Dieses Lager ist der Meinung, daß die sozialistische Industrie nicht auf das Staatsbudget rechnen darf, daß das Tempo ihrer Entwicklung nicht die Interessen der Akkumulation, der Kapitalisten und Farmer stören darf. Der Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet für den erstarkenden Kleinbürger einen Druck auf die Muskeln und Nerven des Arbeiters. Der Kampf für die Preissenkung bedeutet für ihn eine Beschneidung der Ersparnisse der sozialistischen Industrie im Interesse des Handelskapitals. Der Kampf mit dem Bürokratismus bedeutet für den Kleinbürger die Zersplitterung der Industrie, die Schwächung des Prinzips der Planmäßigkeit, die Zurückdrängung der Schwerindustrie, d. h. immer wieder die Anpassung an den kräftigen Bauer mit der nahen Perspektive der Liquidierung des Außenhandelsmonopols. Das ist der Weg der Anschauungen Ustrjalows. Der Name dieses Weges ist: Kapitalismus auf Ratenzahlung. Diese Strömung, stark im Lande, zeigt auch Einwirkungen auf einige Kreise unserer Partei.

Der proletarische Weg drückt sich durch die folgenden Worte Lenins aus: „Den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, die Befestigung des Sozialismus, kann man erst dann als gesichert betrachten, wenn die proletarische Staatsmacht den Widerstand der Ausbeuter endgültig unterdrückt hat, sich eine vollständige Stabilität und vollkommene Unterwerfung gesichert hat, die ganze Industrie nach dem Prinzip einer großen kollektiven Produktion und der neuesten (auf der Elektrifizierung der ganzen Wirtschaft begründete) technischen Basis reorganisiert. **Nur** das gibt die Möglichkeit einer so radikalen Hilfe in technischer und sozialer Beziehung, welche dem zurückgebliebenen und zersplitterten Dorfe von der Stadt geleistet wird, daß diese Hilfe die materielle Grundlage für eine gewaltige Hebung der Produktivität der Arbeit im Ackerbau und überhaupt in der Landwirtschaft schafft, und so die kleinen Ackerbauer durch die Macht des Beispiels und ihres eigenen Vorteils zwingt, zum großen, kollektiven maschinellen Ackerbau überzugehen“ (Resolution des II. Kongresses der Komintern). Unter diesem Gesichtspunkt muß die ganze Politik der Partei aufgebaut werden (Budget, Steuern, Industrie, Landwirtschaft, Innen- und Außenhandel usw.). So ist die Grundeinstellung der Opposition. **Das ist der Weg des Sozialismus.**

Zwischen diesen zwei Positionen — immer näher an die erste heran —

geht die **stalinsche Linie** durch, welche aus kurzen Zickzachschrägungen nach links und langen nach rechts besteht. Der Leninsche Weg bedeutet die sozialistische Entwicklung der Produktivkräfte in beständigem Kampfe gegen das kapitalistische Element. Der Ustrjalowsche Weg bedeutet die Entwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistischer Grundlage mittels fortwährender Verschlingung der Eroberungen des Oktobers. Der stalinsche Weg führt in Wirklichkeit zur Bremsung der Entwicklung der Produktivkräfte, zur Senkung des spezifischen Gewichts der Elemente des Sozialismus und dadurch allein zur Vorbereitung des Sieges des Ustrjalowschen Weges. Der stalinsche Kurs ist um so gefährlicher und verderblicher, als er das reale Herunterrutschen durch die Maske von gewohnten Worten und Ausdrücken zudeckt. Die Vollendung der Wiederherstellungsprozesse hat alle Grundaufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung kategorisch gestellt und gerade dadurch die Position Stalins untergraben, die für große Fragen absolut untauglich ist, mag es sich um die Revolution in China oder um die Rekonstruktion des Grundkapitals in der USSR, handeln.

Trotz der Gespanntheit der Lage, die durch die groben Fehler der jetzigen Leitung außerordentlich verschärft ist, ist die Sache durchaus reparabel. Aber man muß die Linie der Parteileitung in jener Richtung verändern, und zwar schroff verändern, welche Lenin gegeben hat.

II. Die Lage der Arbeiterklasse und die Gewerkschaften.

Die Oktober-Revolution hat zum ersten Male in der Geschichte das Proletariat zur herrschenden Klasse eines gewaltigen Staates gemacht. Die Nationalisierung der Produktionsmittel bedeutete ein entschlossenes Herangehen an den sozialistischen Umbau des ganzen Gesellschaftssystems, welches auf der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen begründet war. Die Einführung des Achtstundentages wurde die Einleitung zur fernerer völligen und allseitigen Veränderung der materiellen, alltäglichen und kulturellen Existenzbedingungen der Arbeiterschaft. Trotz der Armut des Landes hat der Arbeitskodex für die Arbeiter, darunter für die aller-rückständigsten, in der Vergangenheit jeglichen Schutzes baren Gruppen, solche Rechtsgarantien hergestellt, wie sie der kapitalistische Staat nicht gegeben hat und nicht gibt. Die Gewerkschaften, gehoben bis zum Niveau eines höchst wichtigen gesellschaftlichen Instruments in den Händen der herrschenden Klasse, erhielten die Möglichkeit, einerseits Massen zu umfassen, die ihnen unter anderen Bedingungen vollkommen unzugänglich wären, andererseits aber, direkt und unmittelbar auf den gesamten Gang der Politik des Arbeiterstaats einzuwirken.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, sich die weitere Durchführung dieser gewaltigen geschichtlichen Eroberungen zu sichern, d. h. ihre Erfüllung mit wahrhaft sozialistischem Inhalt. Erfolge auf diesem Wege bestimmen sich sowohl durch objektive Bedingungen, innere wie internationale, als auch durch die Richtigkeit der Linie und die praktische Fähigkeit der Leitung.

Entscheidend für die Einschätzung des Fortschreitens unseres Landes auf dem Wege des sozialistischen Aufbaues ist das Wachstum der Produktivkräfte und das Ueberwiegen der sozialistischen Elemente über den Kapitalismus, **in engster Verbindung mit der Verbesserung aller Existenzbedingungen der Arbeiterklasse.** Diese Verbesserung muß ihren Ausdruck finden auf dem materiellen Gebiet (Anzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, Höhe des Reallohns, Charakter des Arbeiterbudgets, Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, ärztliche Hilfe usw.), auf dem Gebiete der politischen Positionen, (Partei, Gewerkschaften, Sowjets, kommunistischer Jugendverband): endlich auf dem Gebiete der Kultur (Schule, Buch, Zeitung, Theater). Das Bestreben, die Lebensinteressen der Arbeiter in den Hintergrund zu drängen und sie unter dem verächtlichen Namen der „Zünftlerei“ den allgemeinen geschichtlichen Klasseninteressen entgegenzusetzen, ist theoretisch unhaltbar und politisch gefährlich.

Die Aneignung des Mehrwerts durch den proletarischen Staat ist selbstverständlich keine Ausbeutung. Aber erstens haben wir einen Arbeiterstaat mit bürokratischn Entartungen. Der aufgeschwollene und privilegierte Apparat der behördlichen Leitungen frißt einen sehr bedeutenden Teil des Mehrwerts auf. Zweitens eignet sich die wachsende Bourgeoisie durch den Handel, durch die Preisschere einen Teil des Mehrwerts an, der in der Staatsindustrie geschaffen wird.

Im allgemeinen sind während der Wiederherstellungsperiode die Anzahl der Arbeiter und ihre Existenzbedingungen nicht nur absolut, sondern auch relativ, d. h. mit dem Wachstum anderer Klassen, gewachsen. Aber

in der letzten Periode hat in diesem Prozeß ein Umschwung begonnen, der auch weiterhin vor sich geht. Das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse und die Verbesserung ihrer Lage haben fast gänzlich Halt gemacht, während das Wachstum ihrer Feinde fortgeht und dabei in beschleunigtem Tempo, was unvermeidlicher Weise nicht nur zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter im Betriebe führt, sondern auch zur Senkung des spezifischen Gewichts des Proletariats in der Sowjetgesellschaft.

Die Menschewiki, die Agenten der Bourgeoisie unter den Arbeitern, weisen hämisch hin auf die materiellen Leiden unserer Arbeiter und bemühen sich, das Proletariat dem Sowjetstaat entgegenzusetzen und die Arbeiter zur Annahme der bürgerlichen-menschewistischen Lösung „zurück zum Kapitalismus“ zu bringen. Der selbstzufriedene Beamte, welcher in der kategorischen Fragestellung der Opposition nach der materiellen Lage der Arbeiter „Menschewismus“ erblickt, leistet dadurch allein dem Menschewismus dem besten Dienst, indem er offenkundig die Arbeiter unter dessen gelbe Fahne stellt.

Will man mit den Schwierigkeiten fertig werden, so muß man sie kennen. Man muß ehrlich und aufrichtig unsere Erfolge und Mißerfolge an der wirklichen Lage der werktätigen Massen nachprüfen.

Die Lage der Arbeiter.

Die Wiederherstellungsperiode gab eine ziemlich rasche Erhöhung des Lohns bis zum Herbst 1925. Die bedeutende Senkung des Reallohns, welche im Jahre 1926 begann, wurde erst im Anfang des Jahres 1927 überwunden. Der Monatslohn in den ersten zwei Vierteljahre des Wirtschaftsjahres 1926/27 bildete durchschnittlich in der großen Industrie, berechnet in Moskauer Rubel, 30 Rubel 67 Kopeken und 30 Rubel 33 Kopeken gegen 29 Rubel 68 Kopeken im Herbst 1925. Im 3. Quartal betrug der Reallohn, nach vorläufigen Berechnungen, 31 Rubel 62 Kopeken. So blieb der Reallohn im jetzigen Jahr ungefähr auf dem Niveau des Herbstes 1925.

Selbstverständlich ist der Reallohn und das allgemeine materielle Niveau der einzelnen Arbeiterkategorien und der einzelnen Bzirke, vor allem der Hauptstädte Moskau und Leningrad, zweifellos höher als das genannte mittlere Niveau; aber andererseits ist das materielle Niveau sehr breiter Arbeiterschichten bedeutend niedriger als selbst diese mittleren Zahlen.

Zugleich aber zeugen alle Daten davon, daß das Wachstum des Lohnes hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleibt. Die Anspannung der Arbeit wächst, die ungünstigen Arbeitsbedingungen bleiben die gleichen.

Die Erhöhung des Lohns wird immer mehr bedingt durch die Forderung der Hebung der **Arbeitsintensität**. Diese neue, mit einem sozialistischen Kurs unverträgliche, Tendenz hat das ZK in seiner bekannten Resolution über die Rationalisierung festgelegt („Prawda, 25. März 1927). Den gleichen Beschluß hat der IV. Sowjet-Kongreß angenommen. Eine solche Politik würde bedeuten, daß die Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums samt der Entwicklung der Technik (der Arbeitsproduktivität) an und für sich noch nicht zur Hebung des Lohns führt.

Das schwache Wachstum der Anzahl der Arbeiter senkt die Anzahl der arbeitenden Mitglieder der Familie. In realen Rubeln ist das **Ausgabenbudget einer Arbeiterfamilie seit 1924/25 kleiner** geworden. Die Erhöhung der Miete zwingt, einen Teil des Wohnraums zu vermieten. Die Arbeitslosen fallen direkt oder indirekt dem Budget des Arbeiters zu Lasten. Das Budget wird angegriffen durch den schnell wachsenden Konsum von Spirituosen. Das Ergebnis ist eine offenkundige Senkung des Lohnniveaus.

Die jetzt durchgeführte **Rationalisierung der Produktion** verschlechtert unvermeidlicher Weise die Lage der Arbeiterklasse, insofern sie nicht begleitet wird von einer solchen Entwicklung der Industrie, des Transportwesens usw., welche die entlassenen Arbeiter verschlingen würde. In der Praxis läuft die „Rationalisierung“ häufig darauf hinaus, daß die einen Arbeiter „herausgeschmissen“ werden, während die materielle Lage der anderen

verschlechtert wird. Das sät unvermeidlicherweise das Mißtrauen in der Arbeitermasse zur Rationalisierung selbst.

Bei dem Druck auf die Arbeitsbedingungen leiden am meisten stets die schwächsten Gruppen. Die ungelerten Arbeiter, die Saisonarbeiter, die Frauen und die Jugendlichen.

Im Jahre 1926 ging eine offenkundige Verschlechterung des Verhältnisses des Lohnes der **Arbeiterin** zu dem des Arbeiters auf fast allen Gebieten vor sich. Bei den ungelerten Arbeitern bildete im März 1926 in den verschiedenen Industriegebieten der Lohn der Frauen 51,8 Proz. bis 61,7 Proz. des Lohnes der Männer. Es werden nicht die notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen der Frauen auf solchen Gebieten ergriffen, wie Torfindustrie, Lade- und Entladearbeiten usw.

Der durchschnittliche Lohn der **Jugendlichen**, verglichen mit dem mittleren Lohn aller Arbeiter, sinkt fortwährend: im Jahre 1923 bildete er 47,1 Proz., im Jahre 1924 45 Proz., im Jahre 1925 43,4 Proz., im Jahre 1926 40,5 Proz., im Jahre 1927 39,5 Proz. (Ueberblick der ökonomischen Lage der Jugend im Jahre 1924/25 und im Jahre 1925/26.) Im März 1926 bekamen 49,5 Proz. der Jugendlichen weniger als 20 Rubel (PBST., Industriestatistik-Büro). Die Abschaffung der „Ueber-Bronja“ und die Verkürzung der „Bronja“*) ist der schwerste Schlag für die Arbeiterjugend und für die Arbeiterfamilie. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen wächst stark.

Landarbeiterschaft. Bei einer allgemeinen Zahl der Lohnarbeiter im Dorfe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mann zählt man 1 600 000 Landarbeiter und Landarbeiterinnen. Nur 20 Proz. der Landarbeiter sind durch die Gewerkschaften erfaßt. Die Registrierung der Lohnverträge, die durch die Bank sklavenmäßig sind, ist kaum eingeleitet. Der Lohn der Landarbeiter ist für gewöhnlich niedriger als das **staatliche Minimum**, und zwar häufig sogar in Sowjetwirtschaften. Der Reallohn beträgt im Durchschnitt nicht mehr als 63 Proz. des Vorkriegslohns. Der Arbeitstag beträgt selten weniger als 10 Stunden, in der Mehrzahl der Fälle aber ist er faktisch nicht beschränkt. Der Lohn wird unregelmäßig ausgezahlt, mit außerordentlichen Verspätungen. Die außerordentlich schwere Lage der Arbeiterschaft ist nicht nur ein Ergebnis der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues in einem rückständigen Bauernlande, sondern auch eine unbestreitbare Folge eines falschen Kurses, der in der Praxis, in der Wirklichkeit, im Leben seine Hauptaufmerksamkeit den oberen Schichten des Dorfes, keineswegs aber seinen unteren Schichten, widmet. Notwendig ist eine allseitige, systematische Verteidigung der Interessen der Landarbeiterschaft, nicht nur gegen die Kulaken, sondern auch gegen die sog. kräftigen Mittelbauern.

Die Wohnungsfrage. Die Wohnungsnorm für die Arbeiter ist für gewöhnlich viel niedriger als die mittlere Norm für die gesamte städtische Bevölkerung. Die Arbeiter der größten Industriestädte sind der Teil der Bevölkerung, der in bezug auf die Wohnungen am ungünstigsten gestellt ist. Die Verteilung des Wohnraumes einer Reihe von untersuchten Städten ist nach sozialen Gruppen diese: pro Arbeiter 5,6 qm, pro Angestellten 6,9 qm, pro Heimarbeiter 7,6 qm, pro eine Person der freien Berufe 10,9 qm, für die nichtarbeitenden Elemente 7,1 qm. Die Arbeiter stehen an letzter Stelle. Der Umfang der Wohnoberfläche fällt für die Arbeiter von Jahr zu Jahr, während er für die nichtproletarischen Elemente wächst. Die allgemeine Lage in bezug auf den Wohnungsbau bedroht die fernere Entwicklung der Industrie. Nichtdestoweniger baut der Fünfjahresplan der Kommission der Staatsplankommission eine solche Perspektive des Wohnungsbauens, nach welcher die Lage im Wohnungswesen, nach dem Eingeständnis der Kommission der Staatsplankommission, schlechter sein wird als jetzt: von 11,3 Quadratarschin Ende 1926 fällt die mittlere Norm nach dem Fünfjahresplan auf 10,6 Ende 1931.

Die Arbeitslosigkeit. Das langsame Wachstum der Industrialisierung

*) „Bronja“, wörtlich Panzer; Festsetzung, daß in jedem Betrieb auf 100 Arbeiter 10 Jugendliche kommen sollen.

zeigt sich nirgends so schmerzhaft wie auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit, welche auch die Grundkader des Industrieproletariats ergriffen hat. Die offizielle Zahl der registrierten Arbeitslosen beträgt im April 1927 1 478 000 („Trud“ 17. 8. 1927). Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen beträgt aber ungefähr 2 Millionen Mann. Die Zahl der Arbeitslosen wächst unvergleichlich rascher als die allgemeine Zahl der beschäftigten Arbeiter. Die Zahl der industriellen Arbeitslosen wächst schnell.

Nach dem Fünfjahresplan der Staatsplankommission wird die Industrie während dieser ganzen 5 Jahre nicht viel mehr als 400 000 ständiger Arbeiter in ihren Arbeiterbestand hineinziehen. Das bedeutet, daß bei fortwährendem Zustrom von Arbeitshänden aus dem Dorfe die Anzahl der Arbeitslosen bis zum Ende 1931 nicht weniger als auf 3 Millionen Mann wachsen wird. Eine Folge einer solchen Lage ist das Wachstum der Zahl der unbeaufsichtigten Kinder, der Bettelei und der Prostitution.

Die Versorgung der Arbeitslosen durch die **Versicherungskassen** ruft durchaus berechtigte Beschwerden ihrerseits hervor. Die mittlere Höhe der Unterstützung beträgt 11,9 Rubel (d. h. ungefähr 5 Vorkriegsrubel). Die Gewerkschaftsunterstützung beträgt im Durchschnitt 6,5 bis 7 Rubel. Diese Unterstützung genießen ungefähr nur 20 Prozent der arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaft.

Der Kodex der Arbeitsgesetze wurde so vielen Erläuterungen unterworfen, daß sie ihrer Menge nach die Anzahl der Punkte des Kodex um mehrere Male übertreffen und tatsächlich viele dieser Punkte außer Kraft setzen. Besonders verschlechtert ist der rechtliche Schutz für die Kurzarbeiter und die Saisonarbeiter.

Die eben abgeschlossene Kampagne der **Kollektivverträge** ist charakterisiert durch die Verschlechterung der Rechtsbestimmungen und den Druck auf die Normen und die Tarifberechnungen fast überall. Dadurch, daß den Wirtschaftsorganen das Recht des Zwangsschlichtungsverfahrens übertragen worden ist, ist der Kollektivvertrag selber annulliert worden, wurde er aus einem Akt der beiderseitigen Vereinbarung zu einem administrativen Befehl („Trud“ 4. 8. 27.).

Die Zahlungen der Industrie für den **Arbeitsschutz sind vollkommen ungenügend**. Im Jahre 1925 zu 1926 kommen auf 1000 Arbeiter nach den Angaben des Volkskommissariats für Arbeit der RSFSR in den Großbetrieben im Durchschnitt 97,6 Unfälle mit vollkommener Arbeitsunfähigkeit. Jeder 10. Arbeiter erleidet im Verlaufe eines Jahres einen Unfall!

Die letzten Jahre sind gekennzeichnet durch ein heftiges Wachstum der **Konflikte**. Die Schlichtung der Konflikte besitzt ihrem Wesen nach nicht einen versöhnenden, sondern einen Zwangscharakter.

Das innere Regime in den Betrieben verschlechtert sich. Die Verwaltung strebt immer mehr zur Herstellung ihrer unbeschränkten Macht in den Betrieben. Einstellung und Entlassung der Arbeiter liegen in Wirklichkeit in den Händen der Verwaltung allein. Zwischen Meistern und Arbeitern bilden sich häufig Beziehungen, wie in der Vorkriegszeit.

Die **Produktionsberatungen** werden allmählich aus der Welt geschafft. Die meisten praktischen Vorschläge, welche die Arbeiter annehmen, werden nicht durchgeführt. Ein Teil der Arbeiter ist den Produktionsberatungen gegenüber feindselig eingestellt, weil die Verbesserungen, die es gelingt durchzuführen, häufig zu Entlassungen von Arbeitern führen. Infolge all dieser Umstände werden die Produktionsberatungen schwach besucht.

Aus dem Gebiete der kulturellen und Alltagsfragen muß man die Frage der **Schule** herausheben.

Für die Arbeiter wird es immer schwieriger, ihren Kindern nicht nur eine Lehre in der Produktion zu geben, sondern auch die elementare Erziehung. Fast in allen Arbeiterbezirken zeigt sich ein immer akuterer Mangel an Schulen. Die geforderten Abzüge bei den Eltern der Lernenden für allerlei Nöte der Schule schaffen faktisch die Kostenlosigkeit der Schule ab. Der Mangel an Schulen und das ungenügende Netz von Kindergärten

für ein früheres Alter liefern einen bedeutenden Teil der Arbeiterkinder der Gewalt der Straße aus.

Die Gewerkschaften und die Arbeiter.

Der vom 11. Parteitag aufgezeigte „gewisse Gegensatz der Interessen in den Fragen der Arbeitsbedingungen im Betriebe“ (Resolution des 11. Parteitages) ist in den letzten Jahren in sehr bedeutendem Maße gewachsen. Dabei hat die ganze Parteipraxis der letzten Jahre in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung, darunter auch die Praxis der Gewerkschaftsspitzen die Gewerkschaften in eine solche Lage gebracht, daß, sogar nach dem Eingeständnis des 14. Parteitages, „die Gewerkschaften häufig mit der ganzen Arbeit nicht fertig werden konnten, Einseitigkeiten zeigten, zeitweise ihre wichtigste und hauptsächlichste Arbeit, die Verteidigung der ökonomischen Interessen, der in ihnen vereinigten Massen in den Hintergrund schoben, ebenso wie die größtmögliche Arbeit zur Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus“. Die Lage nach dem 14. Parteitag ist nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Bürokratisierung der Gewerkschaften hat einen neuen Schritt vorwärts gemacht.

Im Bestand der gewählten leitenden Organe der zehn Industriegewerkschaften ist der Prozentsatz der Arbeiter aus dem Betriebe und der parteilosen aktiven Arbeiter winzig klein (12—13 Prozent): die ungeheure Mehrheit der Delegierten auf den Gewerkschaftskongressen besteht aus Leuten, die bereits von der Produktion losgerissen sind („Prawda“, 23. Juli 1927). Noch niemals standen die gewerkschaftlichen Arbeitermassen der Leitung der sozialistischen Industrie so fern, wie jetzt. Die Aktivität der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen wird ersetzt durch ein Abkommen des Zellensekretärs mit dem Betriebsdirektor und dem Vorsitzenden des Betriebsrats („Treugolnik“). Das Verhältnis der Arbeiter zu den Betriebsräten besteht in Mißtrauen. Der Besuch der Betriebsversammlungen ist schwach.

Die Unzufriedenheit des Arbeiters findet keinen Ausweg in den Gewerkschaften und wird daher in die Tiefe getrieben. „Wir dürfen nicht besonders aktiv sein; willst du ein Stück Brot haben, so rede möglichst wenig“ — solche Erklärungen sind alltäglich (vgl. „Materialien des Moskauer Komitees. Die Resultate der breiten Arbeiterkonferenzen. Informationsübersicht“, S. 30 ff.). Dabei häufen sich notwendigerweise die Versuche der Arbeiter, ihre Lage ohne Vermittlung der gewerkschaftlichen Organisationen zu verbessern. Schon das allein diktiert gebieterisch die Notwendigkeit einer radikalen Aenderung des heutigen Regimes der Gewerkschaft.

Die wichtigsten praktischen Vorschläge.

A. Auf dem Gebiete der materiellen Lage der Arbeiter.

1. In der Wurzel alle Bestrebungen zur Verlängerung des **Achtstunden-tags** abschneiden. Keinerlei Ueberstunden zulassen, außer in Fällen unbedingter Notwendigkeit. Keinen Mißbrauch von Kurzarbeit zulassen und von Behandlung von ständigen Arbeitern als „Saisonarbeiter“. Jede Verlängerung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Zweigen abschaffen, welche unter Durchbrechung früher erlassener Bestimmungen eingeführt worden ist.

2. Die nächste Aufgabe ist die Hebung des **Lohnes** mindestens im gleichen Verhältnis, wie die erreichte Hebung der Arbeitsproduktivität. Der Kurs ist einzuhalten auf systematische Hebung des Reallohnes parallel zum weiteren Wachstum der Arbeitsproduktivität. Es ist notwendig, eine weitere Annäherung der verschiedenen Arbeitergruppen im Lohn aneinander herbeizuführen, auf dem Wege der systematischen Hebung der niedrig bezahlten Schichten, keineswegs aber auf Kosten der Senkung der höher bezahlten Gruppe.

3. Es ist notwendig, die bürokratischen Mißbräuche auf dem Gebiet der **Rationalisierung** zu unterbinden. Die Rationalisierung muß eng verbunden sein mit einer entsprechenden Entwicklung der Industrie, mit einer planmäßigen Verteilung der Arbeitskraft und mit dem Kampf gegen die Vergeudung der Produktivkräfte der Arbeiterklasse, insbesondere gegen die Vergeudung der Kader der qualifizierten Arbeiter.

4. Zur Milderung der Folgen der **Arbeitslosigkeit**:

- a) die Unterstützungen der Arbeiter sind zu berechnen nach einem Lohn, der tatsächlich dem Durchschnittslohn des betr. Gebiets entspricht;
- b) Bei Dauerarbeitslosigkeit sind die Unterstützungsfristen von einem Jahr auf $1\frac{1}{2}$ Jahre zu verlängern;
- c) es darf keinerlei weitere Senkung der Zahlungen für soziale Versicherung geduldet werden und es muß ein energischer Kampf gegen die tatsächliche Nichtzahlung der Versicherung geführt werden;
- d) es muß abgeschafft werden das Ausgeben von Mitteln der Versicherungskassen für Bedürfnisse des allgemeinen Gesundheitswesens;
- e) es muß ein energischer Kampf geführt werden gegen das „Sparen auf Kosten der Versicherten“;
- f) es müssen alle Verfügungen abgeschafft werden, welche die Möglichkeit geben, unter verschiedenen Vorwänden wirklichen Arbeitslosen die Unterstützung und die Registrierung bei der Arbeitsbörse zu streichen;
- g) es muß der Kurs auf die Vergrößerung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden, in erster Linie für die industriellen Arbeiter.

Notwendig sind breit entworfene und sorgfältig durchgearbeitete Pläne für langjährige öffentliche Arbeiten, bei welchen die Arbeitslosen mit dem größtmöglichen Nutzen für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes ausgenutzt werden könnten.

5. Systematische Verbesserung der **Wohnungsbedingungen** für die Arbeiter. Feste Durchführung einer Klassenpolitik in den Mietsfragen. Man darf nicht zulassen, daß nichtproletarische Elemente auf Kosten der Arbeiter ihre Wohnungsverhältnisse verbessern. Man darf Entlassene oder auf Kurzarbeit gesetzte Arbeiter nicht aus ihren Wohnungen aussiedeln.

Man muß energische Maßnahmen ergreifen, zur Gesundung des Wohnungsgenossenschaftswesens. Dieses muß für die unteren Arbeiterschichten zugänglich gemacht werden. Man darf nicht zulassen, daß die Spitze der Angestellten Wohnungen besitzt, die für Arbeiter bestimmt sind.

Die Perspektive des Wohnungsbaus der Staatsplan-Kommission muß abgelehnt werden als der sozialistischen Politik gröblich entgegengesetzt. Man muß die Unternehmungen verpflichten, die Ausgaben für den Wohnungsbau und die Budget-Summe und Kredite dafür so zu vergrößern, daß man im Verlauf der nächsten fünf Jahre einen entschiedenen Umschwung zur Verbesserung in der Frage der Arbeiterwohnungen erlangt.

6. Die **Kollektivverträge** müssen in Arbeiterversammlungen einer wirklichen, nicht aber einer nur scheinbaren, Beratung unterworfen werden. Dem nächsten Parteitag muß vorgeschlagen werden, den Beschluß des 14. Parteitages über das Recht der Wirtschaftsorgane zu Zwangsschlichtungsverfahren außer Kraft zu setzen. Der Kodex der Arbeitsgesetze muß betrachtet werden als minimales Niveau der Arbeitsbedingungen, nicht aber als maximales. Der Kollektivvertrag muß die Garantie gegen die Verkürzung des Arbeiterbestandes im Verhältnis zum gegebenen Bestand der Arbeiter und Angestellten für die Dauer des Vertrages enthalten (zulässige Ausnahmen müssen besonders aufgeführt werden). Die Normen des Arbeitsprodukts müssen festgestellt werden unter Berechnung pro Durchschnittsarbeiter und nicht pro besten Arbeiter und für die ganze Zeitdauer der tariflichen Vereinbarung. Es müssen auf jeden Fall solche Veränderungen von Kollektivverträgen, welche die Lage der Arbeiter, verglichen mit den vorhergehenden Kollektivverträgen, verschlechtern, als unzulässig erklärt werden.

7. Die Arbeit des TNB.*) ist unter größerer Kontrolle der Gewerkschaft und der Arbeiter zu bringen, den fortwährenden Veränderungen der Normen und der Akkorde ist ein Ende zu machen.

8. Vergrößerung der Summen für die Technik der Sicherheit und **Verbesserung der Arbeitsbedingungen**, Verschärfung der Stafpolitik für nicht durchgeführte Forderungen des Arbeitsschutzes.

9. Eine Revision aller Erläuterungen des **Arbeitskodex** ist durchzuführen und diejenigen sind abzuschaffen, welche eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geliefert haben.

10. In bezug auf die **Arbeiterinnen**: „für gleiche Arbeit gleichen Lohn“, Erhöhung der Qualifikation der Frauenarbeit.

11. Unzulässig ist die Einführung des **unbezahlten Lehrlingswesens**. Unzulässig ist die tatsächlich durchgeführte Lohnsenkung der Jugendlichen. Maßnahmen zur Gesundung ihrer Arbeitsbedingungen sind zu ergreifen.

12. Das **Spar-Regime** darf unter keinen Umständen auf Kosten der Lebensinteressen der Arbeiter durchgeführt werden. Man muß den Arbeitern die ihnen genommenen „Kleinigkeiten“ wiedergeben (Kinderkrippen, Straßenbahnfahrkarten, längere Urlaubszeiten usw.).

13. Die Gewerkschaften müssen ihre Aufmerksamkeit dem Saisonarbeiter gegenüber verstärken.

14. Die ärztliche Hilfe für die Arbeiter in den Betrieben muß verstärkt werden (Ambulatorien, Krankenhäuser usw.).

15. In den Arbeiterbezirken muß die Zahl der Schulen für die Arbeiterkinder vergrößert werden.

16. Durch eine Reihe von staatlichen Maßnahmen muß die Lage der **Arbeitergenossenschaften** gefestigt werden.

B. Auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit.

1. Die Einschätzung der Arbeit der Gewerkschaften muß vor allem bestimmt werden durch den Grad, wie sie die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiter unter den gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten verteidigen.

2. Die Parteiorganisationen müssen bei der Beratung von Maßnahmen, die sich auf die wirtschaftlichen, alltäglichen und kulturellen Interessen der Arbeitermassen beziehen, die Resultate der Beratungen in den kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaftsorganisationen in Betracht ziehen.

3. Die Gewerkschaften müssen ihre Bestimmung auf der Grundlage der wirklichen Wählbarkeit, Öffentlichkeit, Verantwortlichkeit und Rechenschaftslegung in allen Gliedern erfüllen.

4. Alle Organe der leitenden Industrie müssen gebildet werden auf dem Wege der wirklichen, nicht aber der bloß scheinbaren, Vereinbarung mit den entsprechenden Gewerkschaftsorganen.

5. Auf den Kongressen der Industrie-Verbände (incl. derer der gesamten Union), in allen wählbaren Gewerkschaftsorganen, den Zentralen Gewerkschaftsrat der Sowjet-Union eingeschlossen, muß die Mehrheit für die Arbeiter, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind, gesichert sein. Der Prozentsatz der parteilosen Arbeiter in diesen Organen muß so vergrößert werden, daß sie nicht weniger als ein Drittel bilden.

Regelmäßige Kommandierung eines gewissen Teiles der Arbeiter des Gewerkschaftsapparats zur produktiven Arbeit im Betriebe.

Größere Anwendung ehrenamtlicher Tätigkeit in der Gewerkschaftsarbeit, größere Anwendung des Prinzips der Freiwilligkeit, größeres Heranziehen von Arbeitern aus dem Betriebe zu diesen Arbeiten.

6. Unzulässig ist die Absägung von gewählten Mitgliedern der Gewerkschaftsorganisationen, welche Kommunisten sind, auf Grund innerparteilicher Differenzen.

7. Es muß eine völlige Unabhängigkeit der Betriebsräte und der Be-

*) Tarif- und Normenbüro

etriebskommissionen von der Verwaltung gesichert werden. Einstellung und Entlassung von Arbeitern, Umleitung von Arbeitern von einer Arbeit zur anderen für mehr als 14 Tage, alles das darf nur unter rechtzeitiger Benachrichtigung des Betriebsrats geschehen. Kampf gegen Mißbräuche auf diesem Gebiete unter Ausnutzung des Rechts, gegen die Beschlüsse der Verwaltung in den entsprechenden Gewerkschaften und um Konfliktinstanzen Einspruch zu erheben.

8. Es müssen gewisse Rechte der Arbeiterkorrespondenten gesichert werden und es müssen diejenigen aufs strengste bestraft werden, welche Arbeiterkorrespondenzen für ihre Enthüllungen verfolgen.

In das Strafgesetzbuch muß ein Artikel eingefügt werden, der als schweres Verbrechen gegen den Staat bestraft, jede direkte oder indirekte, offene oder versteckte Verfolgung des Arbeiters wegen seiner Kritik, eines selbständigen Vorschlags, einer Abstimmung.

9. Die Praxis der Kontroll-Kommissionen der Produktionsberatungen muß erweitert werden für die Beobachtung der Durchführung der Beschlüsse von Poduktionsberatungen und zur Nachprüfung der Verteidigung von Arbeiterinteressen hierbei.

10. In der Frage der Streiks in Staatsbetrieben bleibt der Beschluß des 11. Parteitags in Kraft, der von Lenin durchgebracht worden ist.

In bezug auf Streiks werden Konzessionsunternehmungen den übrigen Privatunternehmungen gleichgesetzt.

11. Es muß das ganze System der Arbeitsstatistik revidiert werden, die in ihrer heutigen Gestalt eine falsche, offenkundig schöngefärbte Vorstellung von der wirtschaftlichen und Alltagslage der Arbeiterklasse liefert und dadurch allein die Arbeit auf dem Gebiete des Schutzes der wirtschaftlichen Alltagsinteressen der Arbeiterklasse außerordentlich erschwert.

* * *

Die schwere Lage der Arbeiterklasse zum zehnjährigen Jahrestag der Oktoberrevolution erklärt sich natürlich letzten Endes durch die Armut des Landes, durch die Folgen der Interventionen und der Blockade, des ununterbrochenen Kampfes der kapitalistischen Einkreisung gegen den ersten proletarischen Staat. Diese Lage kann man nicht mit einem Schlage ändern, aber sie kann und muß bei richtiger Politik geändert werden. Die Aufgabe der Bolschewiken besteht nicht darin, daß sie selbstzufrieden die Errungenschaften ausmalen, welche natürlich vorhanden sind, sondern darin, daß sie fest und klar die Frage danach stellen, was noch getan werden muß, was noch getan werden kann bei richtiger Politik.

III. Die Bauernschaft.

Die Agrarfrage und der sozialistische Aufbau.

„Die Kleinproduktion erzeugt den Kapitalismus und die Bourgeoisie fortwährend, täglich, stündlich und im Massenmaßstabe“ (Lenin, 1920, Bd. XVII, S. 118). Entweder wird der proletarische Staat, indem er sich auf eine hochentwickelte und elektrifizierte Industrie stützt, die technische Rückständigkeit von Millionen kleiner und kleinster Wirtschaften überwinden können, indem er sie auf den Grundlagen der Groß-Produktion und der Kollektivisierung organisiert, oder aber der Kapitalismus wird, nachdem er sich im Dorfe befestigt hat, die Grundlagen des Sozialismus auch in der Stadt untergraben.

Vom Standpunkt des Leninismus aus ist die Bauernschaft, d. h. deren Grundmasse, welche keine fremde Arbeitskraft ausbeutet, derjenige Verbündete, von den richtigen Beziehungen zu welchen die Festigkeit der proletarischen Diktatur abhängt, also auch das Schicksal der sozialistischen Revolution. Für die von uns jetzt durchlebte Etappe hat Lenin am exaktesten unsere Aufgaben der Bauernschaft gegenüber in den folgenden Worten formuliert: **„Man muß Vereinbarungen mit dem Mittelbauer erreichen können, ohne auch nur für eine Minute auf den Kampf mit dem Kulakken zu verzichten und indem man sich nur auf die Dorfarmut fest stützt“** (Bd. XV, S. 564).

Die Revision des Leninismus in der Bauernfrage geht von Seiten der Gruppe Stalin-Bucharin nach den folgenden Hauptlinien:

1. Abgehen von einem der Hauptsätze des Marxismus, daß nur eine mächtige sozialistische Industrie der Bauernschaft helfen kann, die Landwirtschaft auf den Grundlagen des Kollektivismus umzugestalten.
2. Unterschätzung der Landarbeiterschaft und der Dorfarmut als soziale Basis der Diktatur des Proletariats im Dorfe.
3. Einsatz in der Landwirtschaft auf den sogenannten „starken“ Bauern, d. h. in Wirklichkeit auf den Kulaken.
4. Vernachlässigung oder direkte Leugnung des kleinbürgerlichen Charakters des Bauerneigentums und der Bauernwirtschaft, was eine Wendung von den Anschauungen des Marxismus zu den Theorien der Sozialrevolutionäre bedeutet.
5. Unterschätzung der kapitalistischen Elemente der Entwicklung des heutigen Dorfes und Vertuschung der Differenzierung der Bauernschaft.
6. Schaffung der einschläfernden Theorie, daß „der Kulak und die Kulakenorganisationen sowieso nirgends werden hinkönnen, denn der allgemeine Rahmen der Entwicklung in unserem Lande ist **von vornherein durch das System der proletarischen Diktatur gegeben.**“ (Bucharin, „Der Weg zum Sozialismus und das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauer“, S. 49.)
7. Kurs auf das Hineinwachsen der „Genossenschaftsnester der Kulaken in unser System“ (Bucharin, ebenda S. 49). „Das Problem ist so gestellt, daß man die Wirtschaftsmöglichkeiten der wohlhabenden Bauern, die Wirtschaftsmöglichkeiten der Kulaken entfesseln muß“ („Prawda“, 24. 4. 1925).

8. Versuche, den Lenin'schen „Genossenschaftsplan“ dem Lenin'schen Plan der Elektrifizierung entgegenzusetzen, welche bei Lenin selbst nur zusammengenommen den Uebergang zum Sozialismus sichern.

Unter Stützung auf diese revisionistischen Tendenzen des offiziellen Kurses, bemühen sich die Vertreter der neuen Bourgeoisie, die sich mit gewissen Kettengliedern unseres Staatsapparates verflechten, offen die Politik im Dorfe auf den kapitalistischen Weg zu wenden. Dabei decken das Kulakentum und seine Ideologen alle ihre Ansprüche durch die Sorge für die Entwicklung der Produktivkräfte, für das Wachsen der Warenmenge „an und für sich“ usw. In Wirklichkeit aber senken die kulakenmäßige Entwicklung der Produktivkräfte und die kulakenmäßige Warenproduktion die Entwicklung der Produktivkräfte der ganzen übrigen Masse der Bauernwirtschaften und bremsen sie.

Trotz des verhältnismäßig raschen Wiederherstellungsprozesses in der Landwirtschaft ist die Warenmenge der Bauernschaft sehr gering: 1925—26 stellte die Absonderung für den Markt nur 64 Prozent der Vorkriegsmenge dar, der Export nur 24 Prozent des Exports von 1913. Die Ursache hierfür liegt, außer dem wachsenden Konsum des Dorfes selbst (Wachstum der Bevölkerung und Zersplitterung der Bauernwirtschaften, wobei 38 Prozent der Bauernwirtschaften in den getreideproduzierenden Gebieten Getreide noch hinzukaufen) in der Schere der landwirtschaftlichen und der Industriepreise und in den raschen Naturalien-Akkumulationen des Kulaken. Selbst der 5-Jahrsplan der Staats-Plankommission ist gezwungen, anzuerkennen, daß „der Mangel an Industriewaren überhaupt eine bestimmte Grenze setzt dem äquivalenten Austausch zwischen Stadt und Dorf, indem er den möglichen Umfang der Warenabgabe landwirtschaftlicher Produkte herabsetzt“ (S. 177). So hält das Zurückbleiben der Industrie das Wachstum der Landwirtschaft, insbesondere das Wachstum der Warenmenge, an, untergräbt den Zusammenschluß von Stadt und Land und führt zur raschen Differenzierung der Bauernschaft.

Die Anschauungen der Opposition in den Streitfragen der Bauernpolitik haben sich voll und ganz bestätigt. Teilweise Abänderungen, die der allgemeinen Linie unter der Einwirkung der scharfen Kritik der Opposition angefügt wurden, verhindern nicht die fortschreitende Verschiebung der offiziellen Politik zum „starken Bauern“ hin. Es genügt zu erinnern, daß der IV. Sowjetkongreß nach dem Referat Kalinins mit keinem Worte die Differenzierung im Dorfe und das Wachstum des Kulaken erwähnt hat.

Das Ergebnis einer solchen Politik kann nur eins sein: **den armen Bauern verliert man, den Mittelbauern gewinnt man nicht.**

Die Differenzierung der Bauernschaft.

Das Dorf ist während der letzten Jahre weit fortgeschritten auf dem Wege der kapitalistischen Differenzierung.

Die **landlosen und landarmen Gruppen** sind während der letzten 4 Jahre um 30—45 Prozent zusammengeschrumpft; die Gruppe von 6—10 Desjatinen ist während der gleichen Zeit um 100—120 Prozent gewachsen. Das Zusammenschrumpfen des Prozentsatzes der landlosen und landarmen Gruppen geht in bedeutendem Maße auf dem Wege ihres Ruins und ihrer Liquidierung vor sich. So wurden in Sibirien während eines Jahres 15,8 Prozent der landlosen Bauern und 3,8 Prozent der Bauern mit Besitz unter 2 Desjatinen liquidiert; im Nord-Kaukasus 14,1 Prozent der landlosen Bauern und 3,8 Prozent von Bauern mit Besitz unter 2 Desjatinen.

Die Verschiebung der Bauernwirtschaften **ohne Pferde und ohne Inventar** in die Tiefe der Mittelbauern geht außerordentlich langsam vor sich. Bisher bleiben in der ganzen Union 30—40 Prozent Bauernwirtschaften ohne Pferd und ohne Inventar, wobei deren Grundmasse auf die Gruppen mit wenig Anbauflächen fällt.

Die **Verteilung der Grundproduktionsmittel** ist im Nord-Kaukasus so, daß 50 Prozent der schwächsten Bauernwirtschaften 15 Prozent der Grund-

produktionsmittel besitzen; 35 Prozent der mittleren Gruppe besitzen 35 Prozent der Grundproduktionsmittel und 15 Prozent der höchsten Gruppen besitzen 50 Prozent der Grundproduktionsmittel. Das gleiche Bild der Verteilung der Produktionsmittel läßt sich auch in anderen Bezirken beobachten (Sibirien, Ukraine u.a.).

Die Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Anbauflächen und der Produktionsmittel wird auch durch die ungleichmäßige Verteilung der **Getreide-Reserven** bei den einzelnen Gruppen der Bauernwirtschaften bestätigt, 58 Prozent aller Getreideüberschüsse im Dorfe befanden sich zum 1. April 1926 in den Händen von 6 Prozent der Bauernwirtschaften („Statistische Uebersicht“ Nr. 4, S. 15, 1927).

Die Verpachtung von Grund und Boden erhält von Jahr zu Jahr immer größeren Umfang. Als pachtende Wirtschaften treten dabei vorwiegend Bauern mit großer Anbaufläche auf, welche die Produktionsmittel in ihren Händen haben. In einer ungeheuren Anzahl von Fällen wird die Tatsache der Pachtung zum Zwecke der Vermeidung der Steuerzahlung verborgen. Die Wirtschaften mit wenig Anbauflächen, welche weder Inventar noch Vieh haben, bearbeiten das Land vorwiegend mit gemietetem Inventar und Vieh. Die Bedingungen sowohl der Verpachtung wie auch der Vermietung von Inventar und Vieh sind sklavenmäßig. Neben dem Frondienst durch Naturleistungen wächst auch der **Geldwucher**.

Der vor sich gehende Prozeß der **Zerteilung** der Bauernwirtschaften schwächt die Differenzierung nicht, sondern verstärkt ihren Prozeß.

Maschinen und Kredit, anstatt als Hebel zur Vergesellschaftung zu dienen, geraten durch die Bank in die Hände der Kulaken und der Wohlhabenden und unterstützen die Ausbeutung der Landarbeiter, der armen Bauern und der schwächeren Mittelbauern.

Zugleich mit der Konzentration von Land und Produktionsmitteln in den Händen der hohen Gruppen greifen diese in immer wachsendem Umfange zur **Lohnarbeit**.

Andererseits werfen die untersten und teilweise auch die mittleren Gruppen der Bauernwirtschaften entweder auf dem Wege vollkommenen Ruins und der Liquidation, oder aber auf dem Wege der Ausstoßung einzelner Familienmitglieder, immer mehr Arbeiterhände hinaus. Diese „überschüssigen“ Hände geraten in die Fron des Kulaken oder des „mächtigen“ Mittelbauern, wandern in die Städte ab, finden aber in ihren bedeutendsten Teilen keinerlei Verwendung.

Trotz dieser weit vorgeschrittenen Prozesse, welche zur Minderung des spezifischen Gewichts der mittleren Bauernschaft führen, bleibt der **Mittelbauer** nach wie vor die zahlreichste Gruppe auf dem Lande. Die Heranziehung des Mittelbauern auf die Seite der sozialistischen Politik in der Landwirtschaft bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Diktatur des Proletariats. Währenddessen bedeutet der Einsatz auf den sogenannten „kräftigen Bauern“ in Wirklichkeit den Einsatz auf den weiteren Verfall der mittelbäuerlichen Schichten.

Nur die notwendige Aufmerksamkeit den Landarbeitern gegenüber, nur der Kurs auf die Dorfarmut und deren Bündnis mit dem Mittelbauern, nur der energische Kampf gegen den Kulaken, nur der Kurs auf die Industrialisierung, nur der Kurs auf die richtige klassenmäßige Kooperierung und Kreditierung des Dorfes eröffnen die Möglichkeit der Hineinziehung des Mittelbauern in die Arbeit an der sozialistischen Umgestaltung der Bauernwirtschaft.

Praktische Vorschläge.

In dem sich im Dorfe abspielenden Klassenkämpfe muß die Partei, nicht in Worten, sondern in Taten, sich an die Spitze der Landarbeiter, der armen Bauern und der Grundmasse der Mittelbauern stellen und sie gegen die Ausbeutertendenzen des Kulakentums organisieren.

Zur Verstärkung und Befestigung der Klassenpositionen des landwirtschaftlichen Proletariats als eines Teiles der Arbeiterklasse muß eine Reihe

von Maßnahmen durchgeführt werden, auf welche in dem Absatz über die Lage der Arbeiterklasse hingewiesen worden ist.

Der landwirtschaftliche Kredit muß aufhören, ein Privilegium vorwiegend wohlhabender Kreise des Dorfes zu sein. Man muß der jetzigen Lage ein Ende setzen, wo die an und für sich winzigen Fonds der Dorfarmut häufig nicht ihrer Bestimmung nach verwendet werden und wohlhabende und mittelbäuerliche Schichten bedienen.

Dem wachsenden Farmertum des Dorfes muß ein rascheres Wachstum der Kollektiven entgegengesetzt werden. Notwendig ist, systematisch, Jahr für Jahr, bedeutende Zuwendungen zu Hilfeleistungen der in Kollektiven organisierten Dorfarmut zukommen zu lassen.

Daneben muß man den **armen Wirtschaften**, welche durch Kollektive nicht umfaßt sind, systematischere Hilfe auf dem Wege der vollständigen Steuerbefreiung, entsprechender Politik der Einrichtung von Grund und Boden, des Kredits zu wirtschaftlichen Anschaffungen, die Hineinziehung in die landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. zukommen zu lassen.

Der eines genauen Klasseninhalts beraubten Losung „Schaffung eines parteilosen Bauernfunktionär-Stammes durch Belebung der Sowjets“ (Stalin-Molotow) was in Wirklichkeit zur Verstärkung der leitenden Rolle der oberen Schichten des Dorfes führt, muß man die Losung entgegensetzen: **Schaffung eines parteilosen Funktionärstammes aus Landarbeitern, armen Bauern und ihnen nahestehenden Mittelbauern.**

Notwendig ist eine wirkliche, planmäßige, allseitige und feste Organisation der Dorfarmut, um die politischen und wirtschaftlichen Lebensaufgaben, wie Neuwahlen, Steuerkompagne, Einfluß auf die Verteilung der Kredite, Maschinen usw., Einrichtung des Grund und Boden und Nutzung, Kooperierung, Realisierung der Fonds der Kooperierung der Dorfarmut usw.

Die Partei muß auf jede Weise die wirtschaftliche Hebung der **mittelbäuerlichen** Teils des Dorfes unterstützen durch richtige Politik der Getreidebereitstellungspreise, durch Organisation eines für diesen Teil zugänglichen Kredit und eben solche Kooperierung, indem sie systematisch und allmählich die zahlreichste Schicht im Dorfe zum Uebergang zur kollektiven maschinellen Großwirtschaft herauführt.

Die Aufgabe der Partei in bezug auf die wachsenden **Kulakenschichten** des Dorfes muß in der allseitigen Beschränkung ihrer Ausbeuterbestrebungen bestehen. Keinerlei Abweichungen von den Punkten der Verfassung sind zulässig, welche die Ausbeuterschichten des Dorfes der Wahlrechte für die Sowjets berauben. Notwendig ist: eine scharfe progressive Besteuerung; Maßnahmen der Gesetzgebung zum Schutze der Lohnarbeit und zur Regulierung des Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeiter; eine richtige Klassenpolitik auf dem Gebiet der Beschaffung von Grund und Boden und der Nutzung, das gleiche auf dem Gebiet der Versorgung des Dorfes mit Traktoren und anderen Produktionswerkzeugen.

Die sich entwickelnden Pachtbeziehungen im Dorfe; das bestehende System der Landnutzung, bei welchem unter Uebergang jeglicher sowjetischen Leitung und Kontrolle die Bodengesellschaften über Grund und Boden verfügen, welche immer mehr dem Einfluß der Kulaken verfallen; der vom IV. Sowjetkongreß angenommene Beschluß über die „Entschädigung“ bei Umverteilungen, alles das untergräbt die Grundlage der **Nationalisierung von Grund und Boden.**

Eine der wesentlichen Maßnahmen zur Befestigung der Nationalisierung muß die Unterwerfung der Bodengesellschaften unter die lokalen Regierungsorgane und die Herstellung einer festen Kontrolle von seiten der lokalen, von den Kulaken gereinigten, Sowjets über die Regelung der Fragen der Landnutzung und der Landzuteilung sein mit dem Ziele der größtmöglichen Verteidigung der Interessen der Dorfarmut und der wenig besitzenden Mittelbauern gegen die Vergewaltigung durch die Kulaken. Man muß auf der Grundlage der vorhandenen Erfahrungen eine Reihe von Ergänzungsmaßnahmen zur Beseitigung der Vergewaltigungen durch die Kulaken in den Bodengesellschaften ausarbeiten. Man muß insbesondere

erreichen, daß der Kulak als Bodenpächter voll und ganz, nicht in Worten, sondern tatsächlich, der Aufsicht und der Kontrolle der Organe der Sowjetmacht im Dorfe unterworfen wird.

Die Partei muß allen Tendenzen entscheidenden Widerstand leisten, die auf Beseitigung oder Untergrabung der Nationalisierung von Grund und Boden gerichtet sind, eines der Hauptpfeiler der Diktatur des Proletariats.

Das bestehende System der **landwirtschaftlichen Einheitssteuer** muß insofern verändert werden, daß 40 bis 50 Prozent der Aermsten und ärmeren Bauernwirtschaften gänzlich von der Steuer befreit werden ohne irgend eine Zusatzbesteuerung der Grundmasse der Mittelbauern. Die Termine der Steuereinzahlung müssen den Interessen der untersten Gruppen der Steuerskala angepaßt werden.

Es müssen bedeutendere Mittel in den **Aufbau der Sowjetwirtschaften und der Kollektivwirtschaften** hineingesteckt werden. Man muß möglichst große Vergünstigungen für die neu zu organisierenden Kollektivwirtschaften und andere Formen der Kollektivisierung schaffen. Mitglieder der Kollektivwirtschaften können nicht Personen sein, die keine Wahlrechte besitzen. Die ganze Arbeit der Genossenschaften muß von der Aufgabe der Ueberführung der Kleinproduktion zur großen, kollektiven Produktion durchtränkt sein. Notwendig ist die Durchführung einer streng klassenmäßigen Linie auf dem Gebiete der Versorgung mit Maschinen, insbesondere auf dem Wege des Kampfes gegen die Pseudo-Maschinengenossenschaften.

Die **Preise** für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte müssen dem armen Bauern und der Grundmasse der Mittelbauern die Möglichkeit sichern, mindestens ihre Wirtschaft auf dem heutigen Niveau zu halten und sie allmählich zu verbessern. Es müssen alle Maßnahmen zur Beseitigung des Risses zwischen den Getreidebereitstellungspreisen im Herbst und im Frühjahr geschaffen werden, denn dieser Riß lastet schwer auf den unteren Schichten des Dorfes, während er den Spitzen alle Vorteile liefert.

Notwendig ist nicht nur eine bedeutende Vergrößerung der Mittel für die Fonds der Dorfarmut, sondern auch die radikale Veränderung der ganzen Richtung des **landwirtschaftlichen** Kredits nach der Seite einer billigen und langfristigen Kreditgewährung für die Dorfarmut und den schwächeren Mittelbauern und die Aenderung des bestehenden Systems der Garantien und Bürgschaften.

Es müssen Arbeiten zur **Einrichtung von Ackerboden** ganz auf Kosten des Staates übernommen werden, wobei in erster Reihe kollektive Wirtschaften und Wirtschaften der Dorfarmut unter größtmöglicher Wahrung ihrer Interessen eingerichtet werden müssen.

Ueber das Genossenschaftswesen.

Die Aufgabe des sozialistischen Aufbaues im Dorfe ist die Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der kollektiven maschinellen Großwirtschaft. Für die Grundmasse der Bauernschaft ist der einfachste Weg hierzu die Kooperierung, wie ihn Lenin in seiner Arbeit „Ueber das Genossenschaftswesen“ beschrieben hat. Das ist eben jener gewaltige Vorteil, welchen die Diktatur des Proletariats und das Sowjetsystem im ganzen der Bauernschaft gibt. Die sich erweiternde Basis für die sozialistische und produktive Kooperierung (Kollektivisierung) kann nur der Prozeß der wachsenden Industrialisierung der Landwirtschaft schaffen. Ohne technische Revolution in der Methode der Produktion selbst, d. h. ohne Maschinen im Ackerbau, ohne Uebergang zur Vielfelderwirtschaft, ohne künstliche Düngung usw., ist eine erfolgreiche und breite Arbeit zur wirklichen Kollektivisierung der Landwirtschaft unmöglich.

Die **Getreidebeschaffungs- und Absatz-Genossenschaft** wird nur in dem Falle einen Weg zum Sozialismus bilden, wenn sie 1. unter unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Einwirkungen der sozialistischen Elemente der Wirtschaft stehen wird, in erster Linie der Großindustrie und der Gewerkschaften; wenn 2. der Prozeß der Kooperierung der Handelsfunktionen

der Landwirtschaft allmählich zur Verstärkung ihrer Kollektivisierung führen wird.

Das Klassengewicht der landwirtschaftlichen Genossenschaft ist nicht nur durch das zahlenmäßige Gewicht der verschiedenen Gruppen der kooperierten Bauernschaft bestimmt worden, sondern hauptsächlich durch ihr ökonomisches spezifisches Gewicht. Die Aufgabe der Partei besteht darin, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen tatsächlich eine Vereinigung der armen und mittleren Gruppen des Dorfes und ein Werkzeug des Kampfes dieser Elemente gegen die wachsende Wirtschaftsmacht des Kulakentums ist. Man muß systematisch und hartnäckig die Landarbeiter zur Arbeit im Aufbau des Genossenschaftswesens heranziehen.

Ein erfolgreicher Aufbau des Genossenschaftswesens ist nur denkbar unter der Bedingung einer größtmöglichen Selbsttätigkeit der kooperierten Bevölkerung. Eine richtige Verbindung des Genossenschaftswesens mit der Großindustrie und dem proletarischen Staate setzt eine normale Arbeit der Genossenschaftsorganisationen voraus und schließt die Methoden bürokratischer Regelung aus.

* * *

Angesichts des offenkundigen Abweichens der Parteileitung von der Grundlinie des Bolschewismus im Dorfe nach der Seite des wohlhabenden Bauern, des Kulaken, hin; angesichts der Vertuschung dieses Kurses durch antiproletarische Reden über „Illusionen der armen Bauern“, „Bestrebungen, unter Fürsorge zu fallen“ und „Faulenzerei“ des armen Bauern, über seine angeblich geringe Fähigkeit, die USSR zu verteidigen, ist noch mehr als jemals notwendig, an die folgenden Worte unseres Parteiprogramms zu erinnern, welches die Frage nach der für uns ausschlaggebenden Bedeutung des Bündnisses mit den Mittelbauern kategorisch stellt und klar und deutlich hinweist: „Bei ihrer ganzen Arbeit im Dorfe stützt sich die WKP. nach wie vor auf deren proletarische und halbproletarische Kräfte, organisiert diese vor allem zu einer selbständigen Kraft, schafft Parteizellen im Dorfe, Organisationen der Dorfarmut, Gewerkschaften von Proletariern und Halbproletariern des Dorfes von einem besonderen Typus usw., bringt sie mit allen Maßnahmen dem städtischen Proletariat näher und entreißt sie dem Einfluß der Dorfbourgeoisie und der Interessen der kleinen Eigentümer“.

IV. Die Staatsindustrie und der Aufbau des Sozialismus.

Das Entwicklungstempo der Industrie.

„Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur die große Maschinenindustrie sein, welche fähig ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren“ (Lenin, Bd. XVIII, Teil I, S. 316).

Die Hauptbedingung für unsere sozialistische Entwicklung in seinem heutigen ersten Stadium und unter den heutigen geschichtlichen Umständen, d. h. in der Einkreisung durch den Kapitalismus und bei einer Verlangsamung des Tempos der Weltrevolution, ist ein solches Tempo der Industrialisierung, welches für die nächste Periode die Lösung wenigstens der folgenden Aufgaben sichern würde: 1. Die materiellen Positionen des Proletariats im Lande müssen absolut und relativ verstärkt werden (Wachstum der Anzahl der beschäftigten Arbeiter, Verkürzung der Anzahl der Arbeitslosen, Wachstum des materiellen Niveaus der Arbeiterklasse und insbesondere die Erreichung eines Wohnraums pro Kopf von mindestens der gesundheitsmäßig erforderlichen Norm). 2. Die Arbeit der Industrie, des Transportwesens und der Elektrizitätswerke muß mindestens so wachsen, daß sie nicht hinter den wachsenden Bedürfnissen und Anforderungen des Landes im ganzen zurückbleibt. 3. Die Landwirtschaft muß die Möglichkeit erhalten, allmählich auf ein höheres technisches Niveau überzugehen und der Industrie eine sich erweiternde landwirtschaftliche Rohstoffbasis zu sichern. 4. In bezug auf das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, in bezug auf die Technik und in bezug auf das Wachstum des materiellen Wohlstandes der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt muß die USSR schon in den nächsten Jahren nicht hinter den kapitalistischen Ländern zurückbleiben, sondern sie einholen. 5. Die Industrialisierung muß die Landesverteidigung sicherstellen und insbesondere die entsprechende Entwicklung der Kriegsindustrie. 6. Die sozialistischen, staatlichen und genossenschaftlichen Elemente müssen systematisch wachsen und die einen Elemente der sozialistischen Wirtschaftssysteme (des kapitalistischen und der vorkapitalistischen) verdrängen, die anderen sich unterwerfen und sie umgestalten.

Trotz bedeutender Erfolge auf dem Gebiete der Industrie, der Elektrifizierung und des Transportwesens hat die Industrialisierung lange nicht jene Entwicklung erreicht, welche notwendig und möglich ist. Das jetzt durchgeführte und für die nächsten Jahre in Aussicht genommene Tempo der Industrialisierung ist offensichtlich ungenügend.

Es gibt natürlich keine Politik und kann keine solche geben, welche gestatten würde, auf einen Schlag mit allen Schwierigkeiten fertig zu werden und eine langandauernde Periode der systematischen Hebung der Wirtschaft und der Kultur zu überspringen. Aber gerade unsere wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit erfordert eine außerordentliche Anspannung der Kräfte und Mittel, eine richtige und rechtzeitige Mobilisierung aller Ersparnisse, eine richtige Ausnutzung aller Hilfsquellen zum Zwecke der möglichst raschen Industrialisierung des Landes.

Das chronische Zurückbleiben der Industrie, ebenso aber auch des Transportwesens, der Elektrifizierung und des Bauwesens hinter den Anforderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung, der Volkswirtschaft und des

Gesellschaftssystems der USSR im ganzen zwingt den ganzen wirtschaftlichen Umlauf in eine Zwangsjacke, verengert die Realisierung des Warenteils der landwirtschaftlichen Produktion und deren Export, führt den Import in einen äußerst engen Rahmen, treibt den Selbstkostenpreis und die Preise in die Höhe, schafft eine Labilität des Tscherwonetz, bremst die Entwicklung der Produktivkräfte, verlangsamt das Wachstum des materiellen Wohlstandes des Proletariats und der Bauernmasse, führt zu bedrohlichem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, zur Verschlechterung der Wohnungsbedingungen, untergräbt den Zusammenschluß der Industrie mit der Landwirtschaft und schwächt die Verteidigungsfähigkeit des Landes.

Das ungenügende Tempo der Entwicklung der Industrie führt seinerseits zur Verlangsamung des Wachstums der Landwirtschaft. Indessen ist keine Industrialisierung möglich ohne energische Hebung der Produktivkräfte der Landwirtschaft und ohne Vergrößerung ihrer Warenproduktion.

Preise.

Ohne systematische Herabsetzung des Selbstkostenpreises, der Engros- und der Detailpreise für Industriewaren und ohne ihre Annäherung an die Weltmarktpreise gibt es kein vernünftiges Tempo der Industrialisierung und kann es keines geben. Hierin drückt sich der wirkliche Fortschritt aus, sowohl im Sinne des Ubergangs der Arbeit zu einer höheren technischen Basis, wie auch im Sinne einer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen.

Es ist Zeit, endlich Schluß zu machen mit dem sinnlosen und unwürdigen Geschrei darüber, daß die Opposition angeblich die Preiserhöhung fordert. Die Partei ist vollkommen einmütig in ihrem Bestreben zur Preissenkung. Aber das Bestreben allein genügt nicht. Ueber die Politik urteilt man nicht nach Absichten, sondern nach Resultaten. Die Resultate des heutigen Kampfes um die Preisherabsetzung aber haben wiederholt sogar verantwortliche Vertreter der Leitung gezwungen, die Frage zu stellen, ob nicht bei dieser Politik sinnloserweise große Geldmittel verschleudert werden. — Wohin ist die Milliarde geraten? — fragte im Anfang dieses Jahres Gen. Bucharin. „Wohin gerät die Differenz zwischen Engros- und Detailpreisen?“ — fragte nach ihm aus dem gleichen Anlaß Gen. Rudsutak (Stenogramm des Polit. Büros vom 3. 3. 27, S. 20/21). Bei chronischem Warenmangel führt die nackte, bürokratisch unfähige Herabsetzung der Engrospreise, da sie in der Mehrzahl der Fälle nicht bis zum Arbeiter und Bauern dringt, zum Verlust von hunderten Millionen Rubeln durch die Staatsindustrie. Die hieraus wachsende Oeffnung der Schere zwischen Engros- und Detailpreisen ist insbesondere beim Privatkapitalisten so ungeheuerlich, daß sie, bei richtiger Politik, durchaus die Möglichkeit gibt, einen Teil der Handelsaufschläge in den Händen der Staatsindustrie zu behalten. Die unwiderlegliche Schlußfolgerung aus der gesamten wirtschaftlichen Erfahrung der letzten Jahre erfordert die möglichst rasche Ueberwindung des Mißverhältnisses, die Vergrößerung der industriellen Warenmassen, die Beschleunigung des Tempos der Entwicklung der Industrie. Das ist der Grundweg zur wirklichen Herabsetzung der Groß- und Kleinhandelspreise und vor allem zur Senkung des Selbstkostenpreises, welcher während der letzten Jahre eher eine Tendenz zum Wachsen als zum Fallen gezeigt hat.

Der Fünfjahresplan der Kommission der Staatskommission (1926/27—1930/31).

Die Frage des Fünfjahresplans der Entwicklung der Volkswirtschaft, welche auf die Tagesordnung des bevorstehenden XV. Parteitagcs gesetzt worden ist, muß mit Recht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei stehen. Der Fünfjahresplan der Staatsplankommission ist noch nicht offiziell anerkannt und wird kaum in seiner heutigen Gestalt Anerkennung finden. Aber er gibt nichtsdetoweniger den systematisiertesten und vollendetsten Ausdruck für die Grundlinie der heutigen Wirtschaftsleitung.

Die **Hauptaufgaben** der Industrie wachsen nach dem Fünfjahresplan fast

nicht von Jahr zu Jahr (1 Milliarde 142 Millionen im nächsten Jahre, 1 Milliarde 205 Millionen im Jahre 1931), während sie, prozentual mit der ganzen Summe der Einlagen für die Volkswirtschaft verglichen, von 36,4 Proz. auf 27,8 Proz. fallen. Die reinen Einlagen aus den Mitteln des Staatsbudgets für die Industrie fallen nach dem Programm des Fünfjahresplans während derselben Jahre von ungefähr 200 Millionen auf 90.

Der Zuwachs der Produktion ist mit 4—9 Proz. in bezug auf jedes vorangehende Jahr berechnet. Das ist das Tempo kapitalistischer Länder während Perioden raschen Aufschwungs. Die gewaltigen Vorteile der Nationalisierung von Grund und Boden, der Produktionsmittel, der Banken und der zentralisierten Leitung, d. h. die Vorteile der sozialistischen Revolution, haben beim Fünfjahresplan fast keinerlei Widerspiegelung erhalten.

Der **persönliche Konsum an Industriewaren**, der schon heutzutage ganz geringfügig ist, soll während der fünf Jahre nur um 12 Proz. wachsen. Der Konsum an Baumwollgeweben wird im Jahre 1931 mit 97 Proz. des Vorkriegskonsums um 5 Proz. geringer sein, als im Jahre 1923 in den Vereinigten Staaten; der Kohlenkonsum wird siebenmal geringer sein als 1926 in Deutschland, um 17 Mal geringer, als in den Vereinigten Staaten von Nordamerika; der Roheisenkonsum wird über 14 Mal kleiner sein als in Deutschland und $11\frac{1}{2}$ Mal geringer als in den V. St. von NA.; der Papierkonsum wird nach 5 Jahren 83 Proz. des Vorkriegskonsums betragen. Alles das 15 Jahre nach dem Oktober! Wenn man zum Zehnjahrestag der Oktoberrevolution einen solchen auf Brocken berechneten, durch und durch pessimistischen Plan präsentiert, so heißt das, daß man in Wirklichkeit gegen den Sozialismus arbeitet.

Die von der Staatsplankommission in Aussicht genommene **Senkung der Kleinhandelspreise** um 17 Proz. würde, selbst wenn sie verwirklicht werden würde, sich kaum am Verhältnis unserer Preise zu den Weltmarktpreisen äußern, welche um $2\frac{1}{2}$ bis 3 Mal niedriger sind als unsere.

Trotz einer so geringfügigen Preissenkung (die dazu vorläufig lediglich in einem Projekt existiert) sollen nach dem Fünfjahresplan jährlich für 400 Millionen Rubel Industriewaren zur Deckung einer zahlungsfähigen Nachfrage fehlen. Stellt man sich aber vor, daß die jetzigen phantastischen Preise im Laufe von 5 Jahren um 22 Proz. fallen werden, eine mehr als bescheidene Senkung, so wird das allein zu einem Warenmangel für eine ganze Milliarde führen.

Die **Disproportion** bleibt auf diese Art unangetastet als eine fortwährende Quelle zur Steigerung der Detailspreise. Der Fünfjahresplan verspricht den Bauern zum Jahre 1931 ungefähr die Vorkriegsnorm an Industriewaren zu Preisen, die um das Anderthalbfache höher als die Vorkriegspreise sind. Dem Arbeiter der Großindustrie verspricht er eine Erhöhung des Nominallohnes um 33 Proz. für 5 Jahre, wobei von der wenig begründeten **Hoffnung** auf die Preissenkung abgesehen wird. Die Disproportion von Nachfrage und Angebot muß nach dem Sinne der Staatsplankommission beseitigt werden durch Erhöhung der Wohnungsmieten der Arbeiter um das 2 bis $2\frac{1}{2}$ fache der jetzigen Miete ungefähr um 400 Millionen Rubel pro Jahr. Da die wohlhabende Bevölkerung einen Ueberschuß an Kaufkraft besitzt, so versuchen die Beamten der Staatsplankommission diese Lage zu verändern durch Beschneidung des Reallohnes der Arbeiter. Es fällt schwer, so glauben, daß eine solche Methode zur Erreichung des Marktgleichgewichts von verantwortlichen Organen eines Arbeiterstaats vorge schlagen wird! Durch diese falsche Perspektive wird der Konsument gewaltsam dazu gestoßen, einen Ausweg auf dem verderblichen Wege der Abschaffung des Außenhandelsmonopols zu suchen.

Der Bau von neuen 6 bis 7000 Kilometern von **Eisenbahnen**, der für die ganzen 5 Jahre geplant ist — gegen 14 000 Kilometer, die beispielsweise in den fünf Jahren 1895—1900 gebaut worden sind — ist bedrohlich ungenügend nicht nur vom Standpunkt der sozialistischen Industrialisierung, sondern auch vom Standpunkt der elementarsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Hauptbezirke aus gesehen.

So ist, mit Abweichungen nach dieser oder jener Seite die wirkliche Einstellung der Staatsorgane, welche tatsächlich die Entwicklung der Wirtschaft leiten. So sieht die Linie der heutigen Leitung von der Wirklichkeit aus.

Die USSR und die kapitalistische Weltwirtschaft.

Bei andauerndem Kampfe unversöhnlich feindlicher Gesellschaftssysteme, wie es Kapitalismus und Sozialismus sind, bestimmt sich der Ausgang **letzten Endes** durch das Verhältnis ihrer Arbeitsproduktivitäten, welches — unter den Bedingungen des Marktes — gemessen wird durch das Verhältnis der Preise im Inland und auf dem Weltmarkte. Gerade diese Grundfrage hatte Lenin im Auge, als er in einer seiner letzten Reden die Prateri in Kenntnis setzte über das bevorstehende „Examen“, welches der russische und der internationale Markt veranstalten wird, dem wir unterworfen sind, mit welchem wir verbunden sind, von dem man sich nicht losreißen kann“ (Lenin, Bd. XVIII, Teil II, S. 33). Eine kleinbürgerliche Schlappeheit ist daher der Gedanke, daß wir in beliebigem, meinestwegen in „Schnecken“-Tempo, zum Sozialismus gehen können und kommen können (Bucharin).

Man kann sich nicht vor der kapitalistischen Einkreisung unter dem Dache einer national abgeschlossenen Wirtschaft verstecken, wenn sie gerade infolge ihrer Abgeschlossenheit gezwungen wäre, äußerst langsam sich vorwärts zu bewegen, folglich auch nicht den abgeschwächten, sondern den verstärkten Druck nicht nur kapitalistischer Armeen und Flotten („Intervention“) auszuhalten, sondern vor allem der billigen kapitalistischen Waren.

Das Außenhandelsmonopol ist ein lebensnotwendiges Werkzeug des sozialistischen Aufbaues in der Umkreisung der höheren Technik der kapitalistischen Länder. Aber das Monopol kann die in Aufbau befindliche sozialistische Wirtschaft nur unter der Bedingung schirmen, daß von seiten der Technik, des Selbstkostenpreises, der Qualität und des Preises der Produktion die Wirtschaft sich immer mehr der Weltwirtschaft nähert. Das Ziel der wirtschaftlichen Leitung muß nicht sein, eine abgeschlossene und sich selbst genügsame Wirtschaft zu erreichen, um den Preis der unvermeidlichen Herabsetzung ihres Tempos und Niveaus, sondern umgekehrt eine allseitige Vergrößerung unseres spezifischen Gewichts in der Weltwirtschaft durch Erreichung des höchstmöglichen Tempos.

Hierzu ist notwendig: die riesige Bedeutung unseres Exports zu begreifen, der jetzt in so bedrohlicher Weise hinter der Entwicklung der Wirtschaft als Ganzes zurückbleibt (der Anteil der USSR. an dem Weltwarenumsatz ist von 4,22 Proz. im Jahre 1913 auf 0,97 Proz. im Jahre 1925 gesunken); insbesondere die Politik den Kulaken gegenüber zu ändern, welche diesen die Möglichkeit gibt, den sozialistischen Export durch seine wucherischen Natural-Ersparnisse zu untergraben; die Verbindungen mit der Wirtschaft unter dem Gesichtswinkel der allseitigen Beschleunigung der Industrialisierung und der Verstärkung der sozialistischen Elemente der Wirtschaft als Gegengewicht gegen die kapitalistischen zu beschleunigen; in der nächsten Periode unsere beschränkten Ersparnisse nicht zu zersplittern, sondern allmählich und planmäßig zu neuen Gattungen der Produktion überzugehen und in erster Linie die Massenproduktion der uns am meisten zugänglichen und notwendigen Maschinen sicherzustellen; geschickt und mit Berechnung die eigene Industrie zu ergänzen und voranzutreiben unter systematischer Ausnutzung der Errungenschaften der weltkapitalistischen Technik.

Die Orientierung auf eine isolierte sozialistische Entwicklung und auf ein von der Weltwirtschaft unabhängiges Tempo verzerrt die ganze Perspektive, bringt die planmäßige Leitung vom Wege ab, gibt keinen Leitfadern zu einer richtigen Regelung unserer Beziehungen zur Weltwirtschaft. Im Ergebnis können wir nicht richtig bestimmen, was wir mit eigenen Mitteln aufbauen können und was man aus dem Auslande einführen muß. Ein energischer Verzicht auf die Theorie der isolierten sozialistischen Wirt-

schaft wird schon im Verlauf der nächsten Jahre eine unvergleichlich zweckmäßigere Ausnutzung unserer Hilfsquellen, eine raschere Industrialisierung, ein planmäßigeres und mächtigeres Wachstum unseres eigenen Maschinenbaues, ein rascheres Wachstum der Anzahl der beschäftigten Arbeiter, eine wirklichere Preissenkung bedeuten, kurz eine wirkliche Befestigung der USSR innerhalb der kapitalistischen Umkreisung.

Birgt aber das Wachstum der Weltverbindungen für den Fall einer Blockade und eines Krieges nicht Gefahren in sich? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus allem oben Gesagten.

Die Vorbereitung zum Kriege erfordert selbstverständlich die Schaffung von Reserven der für uns lebensnotwendigen ausländischen Rohstoffe und der rechtzeitigen Einfuhr lebensnotwendiger neuer Produktionsarten, wie z. B. Aluminiumfabrikation usw. Aber das Wichtigste für einen langdauernden Plan und ernsten Krieg ist, daß man eine möglichst entwickelte Industrie besitzt, welche fähig ist zur Massenproduktion und zum raschen Uebergang von einer Produktion zur anderen. Die nahe Vergangenheit hat gezeigt, daß ein so hochindustrielles Land wie Deutschland, welches durch Tausende von Fäden mit dem Weltmarkt verbunden ist, eine gewaltige Lebensfähigkeit und Widerstandskraft gezeigt hat, als Krieg und Blockade es mit einem Schlage von der ganzen Welt abgeschnitten hatten.

Wenn bei den unvergleichlichen Vorteilen unseres Gesellschaftssystems wir im Verlauf einer „friedlichen“ Periode es verstehen werden, den Weltmarkt auszunutzen, und unsere wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, werden wir unvergleichbar vorbereiteter und bewaffneter einer beliebigen Blockade und einer beliebigen Intervention gegenüber treten.

Keine innere Politik ist an und für sich fähig, uns zu befreien von den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gefahren der kapitalistischen Einkreisung. Die Aufgabe im Inneren läuft darauf hinaus, daß wir, indem wir uns durch eine richtige Klassenpolitik befestigen, durch richtige gegenseitige Beziehungen der Arbeiterklassen und der Bauernschaft, soweit wie möglich auf dem Wege des sozialistischen Aufbaues vorwärts schreiten. Die inneren Hilfsquellen der USSR sind groß und machen das vollkommen möglich. Wenn wir zu dem gleichen Zwecke den kapitalistischen Weltmarkt ausnutzen, so verbinden wir unsere geschichtliche Berechnung mit dem weiteren Gange der proletarischen Weltrevolution. Ihr Sieg in den fortgeschrittenen Ländern wird den Ring der kapitalistischen Einkreisung sprengen, wird uns von der schweren Kriegslast befreien, wird uns auf dem Gebiete der Technik riesig stärken, wird unsere ganze Entwicklung beschleunigen, in der Stadt wie im Dorfe, im Betrieb wie in der Schule, und wird uns die Möglichkeit geben, den Sozialismus aufzubauen, d. h. die klassenlose Gesellschaft, welche begründet ist auf fortgeschrittener Technik und auf der wirklichen Gleichheit aller ihrer Mitglieder in der Arbeit und in der Nutzung der Produkte der Arbeit.

Woher soll man die Mittel nehmen?

Auf die Frage, woher man die Mittel zu einer kühneren, revolutionäreren Lösung der wirklichen Industrialisierung und eines rascheren Aufschwungs der Kultur der Massen nehmen soll, d. h. derjenigen Aufgaben, von deren Lösung das Schicksal der sozialistischen Diktatur abhängt, antwortet die Opposition:

die Hauptquelle ergibt sich aus der Umverteilung des Volkseinkommens und der richtigen Ausnutzung des Budgets und des Kredits und der Preise. Eine ergänzende Quelle für die Mittel muß die richtige Ausnutzung der Verbindungen mit der Weltwirtschaft sein.

1. Nach dem Fünfjahrsplan der Staatsplankommission steigt das **Budget**, das staatliche und das lokale, während der fünf Jahre von 6 Milliarden auf 8,9 Milliarden Rubel und wird im Jahre 1931 16 Prozent des Volkseinkommens betragen, d. h. einen geringeren Teil des Einkommens verschlingen, als das zaristische Vorkriegsbudget (18 Proz.). Das Budget eines

Arbeiterstaates kann nicht nur, sondern muß vielmehr eine größere Stelle im Volkseinkommen einnehmen, als ein bürgerliches Budget, vorausgesetzt natürlich, daß es ein wirklich sozialistisches Budget ist und zugleich mit vergrößerten Ausgaben zur Bildung der Massen unverhältnismäßig größere Summen für die Industrialisierung des Landes auswirft. Die reinen Zahlungen aus dem Budget für die Bedürfnisse der Industrialisierung können und müssen im Verlauf des nächsten Jahrfünfts 500—1000 Millionen jährlich erreichen.

2. Das **Steuersystem** holt das Wachstum der Ersparnisse der Dorfsitzen und der neuen Bourgeoisie überhaupt nicht ein. Notwendig ist: a) eine wirkliche Besteuerung aller Arten der Extraprofite der Privatunternehmer im Umfang von nicht weniger als 150—200 Millionen Rubel, nicht aber von 5 Millionen wie heute; b) zum Zweck der Verstärkung des Exports muß man bei den wohlhabenden und kulakischen Schichten, ungefähr bei 10 Proz. der Bauernwirtschaften, durch eine Anleihe nicht weniger als 150 Millionen Pud derjenigen Getreidereserven in natura gesichert herausholen, welche schon im Jahre 1926/27 800—900 Millionen Pud erreicht haben und zu ihrem größten Teile in den Händen der obersten Schichten der Bauernschaft konzentriert sind.

3. Eine energische Politik der systematischen und ununterbrochenen **Senkung der Engros- und der Detailpreise** und der Schließung der „Schere“ der Groß- u. Kleinhandelspreise muß man in Wirklichkeit so durchführen, daß die Preissenkung in erster Linie sich auf die Gegenstände des breiten Konsums von Arbeiter und Bauer bezieht (ohne die jetzt übliche Verschlechterung der Qualität, die auch ohnehin außerordentlich gering ist), und daß diese Senkung der Staatsindustrie nicht die notwendige Akkumulation entzieht, sondern hauptsächlich auf dem Wege der Vergrößerung der Warenmasse und auf Kosten der Senkung des Selbstkostenpreises, der Verringerung der faux frais, der Verkleinerung der bürokratischen Apparate usw. vor sich geht.

Eine sich den Marktbedingungen mehr anpassende, elastischere, individualisiertere, d. h. mit der Lage jeder Ware auf dem Markte rechnende, Politik der Großhandelspreise kann gewaltige Summen in den Händen der Staatsindustrie bewahren, welche jetzt das Privatkapital und den Handelsparasitismus überhaupt nähren!

4. Das **Sparregime**, welches nach dem Aufruf von Stalin-Rykov vom vorigen Jahre 300 bis 400 Millionen Rubel jährlich liefern sollte, hat in Wirklichkeit völlig belanglose Ergebnisse gezeitigt. Das Sparregime ist eine Frage der Klassenpolitik und kann nur unter unmittelbarem Drucke der Massen verwirklicht werden. Hierzu müssen die Arbeiter es **wagen**, den Druck auszuüben. Die unproduktiven Ausgaben von 400 Millionen Rubel jährlich herabzusetzen, ist durchaus möglich.

5. Eine geschickte Ausnutzung solcher Instrumente, wie das **Außenhandelsmonopol**, wie Auslandskredite, Konzessionen, Verträge über technische Hilfeleistungen usw. kann teilweise ergänzende Mittel liefern und, was die Hauptsache ist, die Zweckmäßigkeit unserer eigenen Ausgaben, ihre Befruchtung durch neue Technik außerordentlich vergrößern, den ganzen Gang unserer Entwicklung beschleunigen und dadurch allein unsere ganze sozialistische Unabhängigkeit von der kapitalistischen Umgebung befestigen.

6. Die Frage nach der **Auswahl der Menschen**, von unten bis oben und nach den richtigen Wechselbeziehungen zwischen ihnen, ist nicht in letzter Linie eine Finanzfrage. Je schlechter die Auswahl, desto mehr Mittel braucht man. Einer richtigen Auswahl und richtigen Beziehungen setzt sich das bürokratische Regime entgegen.

7. Der **Chwostismus** der wirtschaftlichen Leitung bedeutet in der Praxis den Verlust von vielen Millionen als Sporteln für die Unfähigkeit, etwas vorauszusehen, für die Planlosigkeit, die Brockenwirtschaft und das Zurückbleiben.

8. Die Steuermittel können die immer wachsenden Anforderungen der Volkswirtschaft nicht decken. Der **Kredit** muß zu einem wichtigeren Hebel

der Umverteilung des Volkseinkommens für die Zwecke des sozialistischen Aufbaus werden, was vor allem die Befestigung des Regimes der stabilen Valuta und eines gesunden Geldumlaufs voraussetzt.

9. Eine klassenmäßig strengere Wirtschaftspolitik, welche den Umfang der Spekulation und des Wuchers verengert, wird eine erfolgreichere **Mobilisierung der Privatersparnisse** durch die staatlichen und Kreditorganisationen erleichtern und eine unvergleichlich breitere Finanzierung der Industrie in der Form des langfristigen Kredits ermöglichen, als das heute der Fall ist.

10. Der staatliche Verkauf von Schnaps wurde ursprünglich als Experiment eingeführt mit der Bestimmung, daß der Hauptteil der Einnahme hieraus für die Industrialisierung, vor allem für die Hebung der Metallindustrie verwendet werden sollte. In Wirklichkeit hat die Sache der Industrialisierung durch die Einführung des staatlichen Verkaufs von Schnaps nur gelitten. Man muß das Experiment als vollkommen mißglückt feststellen. Bei einem Sowjetregime bedeutet der staatliche Verkauf von Schnaps einen Nachteil nicht nur auf der Seite der Privatwirtschaft, wie unter dem Zarismus, sondern hauptsächlich auf der Seite der staatlichen Wirtschaft. Eine Vergrößerung der Bummelstunden, unsaubere Arbeit, Vergrößerung des Bruchs, Maschinendefekte, Anwachsen der Unfälle, Brände, Prügeleien, Verletzungen usw. sind jährlich in Hunderten von Millionen Rubel zu berechnen. Die Staatsindustrie verliert an Schnaps nicht weniger, als das Budget aus dem Schnaps Einnahmen erhält, und das um einige Male mehr, als die Industrie selbst aus dem Budget erhält. Die Einstellung des staatlichen Verkaufs von Schnaps in der kürzesten Frist (2 bis 3 Jahre) wird automatisch die materiellen und geistigen Hilfsquellen der Industrialisierung vergrößern.

Das ist die Antwort auf die Frage, wo man die Mittel hernehmen soll. Es ist nicht wahr, daß das Tempo der Industrialisierung unmittelbar auf das Fehlen von Hilfsquellen stößt. Die Mittel sind klein, aber sie sind vorhanden. Notwendig ist eine richtige Politik.

Der Fünfjahrsplan der Staatsplankommission muß kategorisch abgelehnt und verurteilt werden als in der Wurzel unverträglich mit der Aufgabe der „Verwandlung des Nep-Rußland in ein sozialistisches Rußland“.

Es muß eine Verschiebung der Verteilung der Steuerlasten unter die Klassen verwirklicht werden, bei welcher der Kulak und der Nep-Mann belastet werden, die Arbeiter und die Dorfarmut entlastet werden.

Das spezifische Gewicht der indirekten Steuern muß gesenkt werden. In den nächsten Jahren muß das System des staatlichen Schnapsverkaufs liquidiert werden.

Die Finanzen des Eisenbahntransports müssen in Ordnung gebracht werden.

Die Finanzen der Industrie müssen in Ordnung gebracht werden.

Die vernachlässigte Forstwirtschaft muß gesund gemacht werden, welche zu einer Quelle sehr bedeutender Einnahme werden kann und muß.

Eine absolute Stabilität der Währungseinheit muß sichergestellt werden. Die Befestigung des Tscherwonetz erfordert eine Preissenkung einerseits und ein defizitloses Budget andererseits. Unzulässig ist die Ausnutzung der Emission zur Deckung eines Budget-Defizits.

Notwendig ist ein streng zielstrebiges Budget, ohne Defizit, fest und ohne überflüssige und zufällige Züge.

Im Budget 1927/28 müssen die Mittel für die Landesverteidigung, vorwiegend für die Kriegsindustrie, für die Industrie überhaupt, für die Elektrifizierung, für das Transportwesen, für den Wohnungsbau, für Maßnahmen zur Kollektivisierung der Landwirtschaft, bedeutend erhöht werden.

Es müssen alle Anschläge auf das Außenhandelsmonopol entschieden zurückgewiesen werden. Es ist ein fester Kurs auf die Industrialisierung, die Elektrifizierung und die Rationalisierung einzuschlagen, welche auf der Verbesserung der materiellen Lage der Massen begründet ist.

V. Die Sowjets.

Der bürokratische Apparat eines beliebigen bürgerlichen Staates, unabhängig von dessen Form, erhebt sich über die Bevölkerung, bindet die Bürokratie durch die gegenseitige Bürgschaft der herrschenden Kaste und erzieht systematisch unter den Werktätigen Furcht und Verehrung für die Regierungsmacht. Die Oktoberrevolution, welche die alte Staatsmaschine durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ersetzt hat, hat den Götzen des bürokratischen Staats den schwersten Schlag in der Geschichte beigebracht. Das Parteiprogramm sagt zu dieser Frage::

„Unter entschiedenstem Kampfe gegen den Bürokratismus vertritt die RKP. bis zur vollen Ueberwindung dieses Uebels die folgenden Maßnahmen:

1. Unbedingte Heranziehung jedes Sowjetmitglieds zur Leistung einer bestimmten Arbeit bei der Leitung des Staates.

2. Eine konsequente Abwechslung dieser Arbeiten, welche auf diese Art allmählich alle Zweige der Leitung umfassen sollen.

3. Allmähliches Hineinziehen der ganzen werktätigen Bevölkerung, Kopf für Kopf, in die Arbeit der Leitung des Staates. Volle und allseitige Durchführung dieser Maßnahmen, die einen weiteren Schritt auf jenem Wege darstellen, den die Pariser Kommune beschritten hat und Vereinfachung der Funktionen der Leitung bei Erhöhung des Kultur-niveaus der Werktätigen, führen zur Abschaffung der Staatsgewalt.“

Die Frage des Sowjetbürokratismus ist nicht nur eine Frage der Bummelei, der aufgeblasenen Gehaltsposten usw. Ihrer Grundlage nach ist das die Frage nach der Klassenrolle der Bürokratie, nach ihren gesellschaftlichen Verbindungen und Sympathien, nach ihrer Kraft und ihren Privilegien, nach ihren Beziehungen zum Nepmann und zum ungelerten Arbeiter, zum Intellektuellen und zum Analphabeten, zur Frau des Sowjet-„Hofmanns“ und zur einfachen Bäuerin usw. usw. Wessen Hand zieht der Beamte? das ist die Grundfrage, welche Tag für Tag durch die Lebens-erfahrungen von Millionen Werktätiger kontrolliert wird.

Noch am Vorabend der Oktober-Revolution betonte Lenin, indem er sich auf die Marx'sche Analyse der Pariser Kommune bezog, besonders den Gedanken, daß „bei sozialistischem System die Staatsfunktionäre aufhören, „Bürokraten“ zu sein, „Beamte“ zu sein, daß sie es aufhören nach Maßgabe der Einführung auch der Absetzbarkeit zu beliebiger Zeit, neben der Wählbarkeit, und noch dazu der Herabsetzung des Lohns auf ein mittleres Arbeiterniveau, und noch dazu der Ersetzung der parlamentarischen Einrichtungen durch arbeitende, d. h. gesetzgebende und die Gesetze durchführende.“

Nach welcher Seite entwickelt sich nun in den letzten Jahren der Apparat des Sowjet-Staates: nach der Seite der Vereinfachung und Verbilligung? der Besetzung durch Arbeiter? der Annäherung an die Werktätigen in Stadt und Land? der Verringerung der Distanz zwischen Leitenden und Geleiteten? Wie steht es mit der Durchführung der größeren Gleichheit der Lebensbedingungen, der Rechte und der Pflichten? Gehen wir auf diesem Gebiete vorwärts? Es ist ganz offensichtlich, daß wir keine einzige dieser Fragen bejahend beantworten können. Es versteht sich, daß die wirkliche und volle Verwirklichung der Gleichheit erst unter der Bedingung der Abschaffung der Klassen erreichbar ist.

In der Epoche der Nep wird die Aufgabe der Durchführung der Gleich-

heit erschwert und verlangsamt, fällt aber nicht weg. Die Nep ist für uns kein Weg zum Kapitalismus, sondern ein Weg zum Sozialismus; folglich **bleibt die allmähliche Heranziehung der ganzen werktätigen Bevölkerung, Kopf für Kopf, zur Arbeit in der Leitung des Staates und der systematische Kampf um eine größere Gleichheit** eine der wichtigsten Aufgaben der Partei auch unter der Nep. Dieser Kampf kann nur auf der Grundlage der wachsenden Industrialisierung des Landes und der Vergrößerung der führenden Rolle des Proletariats auf allen Gebieten des materiellen und kulturellen Aufbaus erfolgreich sein. Der Kampf um die größere Gleichheit schließt in der Uebergangszeit nicht eine höhere Bezahlung der Arbeit von Spezialisten aus, wie er auch eine bessere Bezahlung qualifizierter Arbeiter, der Hebung des materiellen Niveaus der Lehrerschaft auf ein höheres Niveau, als in bürgerlichen Ländern üblich ist, nicht ausschließt usw.

Man muß sich klar darüber Rechenschaft ablegen, daß das Beamtenheer während der letzten Jahre zahlenmäßig wächst, innerlich sich zusammenschließt, sich über die Geleiteten erhebt, mit den wohlhabenden Schichten in Stadt und Land in Verflechtung gerät. Die „Instruktion“ des Jahres 1925, welche zahlreichen Ausbeuterelementen Wahlrechte einräumte, war nur einer der krassesten Ausdrücke dafür, wie leicht der bürokratische Apparat, bis zu seinen Spitzen hinauf, auf die frechen Forderungen der oberen Schichten, der wohlhabenden, der akkumulierenden, der sich bereichernden, reagiert. Die Außerkraftsetzung dieser Instruktion, welche in Wirklichkeit die Sowjetverfassung brach, war unzweifelhaft ein Ergebnis der Kritik der Opposition. Aber schon die ersten Neuwahlen nach der neuen Instruktion zeigten an einer Reihe von Orten ein Bestreben, welches von oben herab ermuntert wurde, nach Möglichkeit den Kreis der Nichtwahlberechtigten aus den wohlhabenden Schichten zu verkleinern. Der Mittelpunkt der Frage liegt aber schon nicht hier. Bei dem fortwährenden Wachstum des spezifischen Gewichts der neuen Bourgeoisie und des Kulakentums, bei ihrer Annäherung an die Bürokratie, bei dem allgemeinen falschen Kurs der Leitung, behalten Kulak und Nepmann, selbst wenn sie kein Wahlrecht haben, die Möglichkeit, auf die Zusammensetzung und die Politik mindestens der unteren Sowjetorgane zu wirken, wobei sie selber hinter den Kulissen bleiben.

Das Eindringen von unteren Kulakenelementen oder von „kulakisierten“ Elementen und des städtischen Kleinbürgertums in die Sowjets, welches seit dem Jahre 1925 begonnen hat und teilweise infolge des Widerstandes der Opposition angehalten worden ist, stellt jenen sehr tiefen politischen Prozeß dar, dessen Nichtbeachtung oder dessen Vertuschung die proletarische Diktatur mit den schwersten Folgen bedrohen würde.

Die **Stadtsowjets**, das Hauptinstrument zur Heranziehung der Arbeiter und überhaupt der Werktätigen Kopf für Kopf zur Leitung des Staates, verlieren während der letzten Jahre ihre Bedeutung und spiegeln dadurch die zweifelloose Verschiebung des Verhältnisses der Klassenkräfte zum Nachteil des Proletariats wieder.

Ein Widerstand gegen diese Erscheinungen ist denkbar nicht durch nackte administrative „Belebung“ der Sowjets, sondern nur durch eine feste Klassenpolitik, eine energische Zurückweisung der neuen Ausbeuter, durch Erhöhung der Aktivität und der Bedeutung des Proletariats und der armen Bauernschaft in allen Institutionen und Organen des Sowjetstaates ohne jede Ausnahme.

Die „Theorie“ von Molotow, daß man angeblich die Annäherung der Arbeiter an den Staat und des Staates an die Arbeiter nicht fordern darf, weil ja unser Staat schon an und für sich ein Arbeiterstaat sei („Prawda“ 13. 12. 25) stellt die böseartigste Formel des Bürokratismus dar und heißt 13. 12. 25) stellt die böseartigsten Formeln des Bürokratismus dar und heißt von vornherein alle bürokratischen Perversitäten gut. Die Kritik der antileninischen „Theorie“ Molotows, welche die offene oder stillschweigende Billigung breiter Kreise der Sowjetbeamtschaft genießt, wird bei dem heutigen Kurs als eine sozialdemokratische Abweichung gebucht.

Indessen ist eine strenge Verurteilung dieser und ähnlicher „Theorien“ eine notwendige Bedingung des wirklichen Kampfes gegen bürokratische Entartungen, nicht auf dem Wege der Verwandlung einer gewissen Anzahl von Arbeitern in Beamte, sondern auf dem Wege der Annäherung des ganzen Staatsapparates in seiner ganzen Alltagsarbeit an die unteren Schichten der Arbeiter und Bauern.

Der heutige, offizielle Kampf gegen den Bürokratismus, der sich nicht auf die Klassenaktivität der Werktätigen stützt und sich bemüht, diese durch Anstrengungen des Apparates selbst zu ersetzen, gibt keine wesentlichen Resultate und kann keine geben, verhilft dagegen in vielen Fällen sogar zur Stärkung des Bürokratismus.

Im inneren Leben der Sowjets zeigt sich in der letzten Periode ebenfalls eine Reihe von Prozessen von offensichtlich negativem Charakter. Die Sowjets werden immer mehr von der Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hauptfragen abgedrängt und verwandeln sich in Anhängsel der Exekutiv-Komitees und ihrer Präsidien. In den Händen der letzteren konzentriert sich die Verwaltungsarbeit vollständig. Die Beratung der Fragen in den Plenarsitzungen der Sowjets trägt nur einen äußerlichen Charakter. Gleichzeitig werden die Fristen für die Neuwahl der Sowjetorgane verlängert und die Unabhängigkeit der letzteren von den breiten Arbeitermassen wird vergrößert. Alles das verstärkt außerordentlich den Einfluß von Beamtenelementen auf die Lösung der Fragen.

Die Leitung gewaltiger Gebiete der städtischen Wirtschaft ruht häufig auf einem oder zwei Kommunisten, welche sich Spezialisten und überhaupt Beamte auswählen und dabei häufig in Abhängigkeit von diesen geraten. Eine richtige Lernmöglichkeit für die Sowjet-Mitglieder, ihre Heranziehung zur Arbeit von unten bis oben fehlt. Hieraus ergeben sich fortwährende Klagen über das Fehlen guter Arbeiter im Sowjetapparat und eine weitere Verschiebung zu Beamten hin.

Gewählte Leiter wichtiger Gebiete der Sowjetarbeit werden schon bei ihrem ersten Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden der Sowjets und erst recht mit dem Sekretär des Gouvernements-Komitees, abgesetzt, infolgedessen die Wählbarkeit abgeschafft wird und die Verantwortlichkeit herabgesetzt wird.

Notwendig ist:

1. Ein fester Kurs des Kampfes gegen das Beamtentum, auf Leninsche Weise, auf der Grundlage eines wirklichen Kampfes für die Einschränkung der Ausbeuterbestrebungen der neuen Bourgeoisie und des Kulakentums, durch konsequente Entfaltung der Arbeiterdemokratie in Partei, Gewerkschaften, Sowjets.

2. Durchführung der Losung der Annäherung von Arbeiter, Landarbeiter, armem Bauer, Mittelbauer — gegen den Kulaken — an den Staat unter unbedingter Unterwerfung des Apparates unter die Lebensinteressen der werktätigen Masse.

3. Zur Grundlage der Hebung der Sowjets ist die Hebung der Klassenaktivität der Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Mittelbauern zu nehmen.

4. Die Städt Sowjets sind in wirkliche Organe der proletarischen Macht und in Instrumente zum Heranziehen der breiten Massen der Werktätigen, zur Leitung des sozialistischen Aufbaues zu verwandeln. Die Kontrolle der Städt Sowjets über die Arbeit der Gouvernementsexekutiv-Komitees und der ihnen untergeordneten Organe ist nicht nur mit Worten, sondern in der Tat zu verwirklichen.

5. Die Absetzung gewählter Sowjetarbeiter ist energisch einzustellen, mit Ausnahme solcher Fälle, wo sie wirklich und unbedingt notwendig ist und wo der Sinn der Abberufung den Wählern klar sein muß.

6. Man muß anstreben und erreichen, daß der rückständigste ungelernete Arbeiter, die zurückgebliebenste Bäuerin durch die Erfahrung sich davon überzeugen, daß sie in einer beliebigen staatlichen Institution Aufmerksamkeit, guten Rat, und alle mögliche Unterstützung erhalten werden.

VI. Die nationale Frage.

Die Verlangsamung des allgemeinen Tempos der sozialistischen Entwicklung; das Wachstum der neuen Bourgeoisie in Stadt und Land; die Stärkung der bürgerlichen Intelligenz, das Wachstum des Bürokratismus in den Staatsorganen; das falsche Regime in der Partei und das in allen diesen Erscheinungen verbundene Wachstum des Großmachts-Chauvinismus und des Nationalismus überhaupt zeigen sich besonders schmerzhaft in den nationalen Gebieten und Republiken, und werden vertieft durch die in einigen von ihnen noch bestehenden Reste vorkapitalistischer Systeme.

Unter den Bedingungen der Nep wächst die Rolle des Privatkapitals, besonders in den in industrieller Beziehung rückständigen Randgebiet. Die Wirtschaftsorgane setzen hier häufig alles auf den Privateigentümer; sie setzen die Preise an, ohne die wirkliche Lage der Massen der armen und mittleren Bauern in Betracht zu ziehen; sie setzen künstlich den Lohn der Landarbeiter herab, sie erweitern das System der privaten und bürokratischen Vermittlung zwischen Industrie und den Bauern, den Rohstofflieferanten, ohne Ende; sie leiten den Genossenschaftsbau nach der Seite der Versorgung vorwiegend der reichen Schichten des Dorfes; sie vernachlässigen die Interessen der besonders rückständigen Schichten, der Viehzüchter und der Halbviehzüchter. Es bleibt die wichtigste Aufgabe ganz im Hintergrund, nämlich die Durchführung eines Industriebaufes in den nationalen Gebieten, insbesondere des Plans der **Industrialisierung der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe.**

Der Bürokratismus hat, indem er sich auf den Großmachts-Chauvinismus stützte, die Sowjetzentralisation in eine Quelle von Reibungen um die Teilung der Beamtenposten unter den Nationalitäten zu verwandeln verstanden (Kaukasische Föderation), hat es verstanden, die Beziehungen zwischen Zentrum und Randgebieten zu verschlechtern, hat es verstanden, faktisch die Bedeutung des Nationalitätenrats auf Null zu reduzieren, hat es verstanden, eine bürokratische Vormundschaft über die autonomen Republiken einzuführen, bis zur Beraubung der letzteren ihres Rechts, die Landstreitigkeiten zwischen der einheimischen und russischen Bevölkerung zu schlichten. Bis zum heutigen Tage bleibt der Großmachts-Chauvinismus, besonders insofern er durch den Staatsapparat wirkt, der Hauptfeind der Annäherung und des Zusammenschlusses der werktätigen Massen verschiedener Nationalitäten.

Die wirkliche Unterstützung der Dorfarmut, die Annäherung der Hauptmasse der Mittelbauern an die Dorfarmut und die Landarbeiterschaft, die Organisierung der Landarbeiterschaft zu einer selbständigen Massenkraft, alles das erhält besondere Bedeutung in den nationalen Republiken und Gebieten. Ohne wirkliche Organisierung der Landarbeiter, ohne Kooperierung und Vereinigung der Dorfarmut laufen wir Gefahr, das rückständige Dorf des Ostens in den Bedingungen der traditionellen Fron zu lassen, unsere Parteizellen aber ohne wirkliche untere Kader.

Die Aufgabe der Kommunisten der **rückständigen oder erst erwachenden Nationalitäten** muß darin bestehen, daß sie den Prozeß des nationalen Erwachens in ein sozialistisches und sowjetistisches Bett lenken durch Hineinziehen der werktätigen Massen in den Wirtschafts- und Kulturaufbau,

insbesondere durch Unterstützung der Entwicklung der Landessprache, der Schule und der „Nationalisierung“ des Sowjetapparats.

Dort, wo es Bedingungen für Reibungen durch andere Nationalitäten und nationale Minderheiten gibt, wird der Nationalismus bei Anwachsen bürgerlicher Elemente häufig scharf aggressiv. Die „Nationalisierung“ des Apparats an Ort und Stelle wird hierbei auf Kosten der **nationalen Minderheiten** durchgeführt. Die Grenzfragen werden zur Quelle nationaler Raufereien. Die Atmosphäre der Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsarbeit wird durch den Nationalismus vergiftet.

Die Ukrainisierung, die Türkisierung usw. kann nur unter Überwindung der großmachtmäßigen und bürokratischen Allüren in den Institutionen und Organen der Union einerseits, unter Beibehaltung der leitenden Rolle des Proletariats, und unter Stützung auf die unteren Schichten des Dorfes und unter fortwährendem und unpersönlichem Kampfe gegen die kulakischen und chauvinistischen Elemente andererseits richtig durchgeführt werden.

Eine besondere Bedeutung erhalten diese Fragen für solche Industriezentren, wie das Donetzbecken oder Baku, deren proletarische Bevölkerung ihrer Nationalität nach in ihrer Hauptmasse nicht mit der Dorfperipherie zusammenfällt. In diesem Falle sind richtige politische und kulturelle Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land nur denkbar: 1. bei besonders aufmerksamem, wirklich brüderlichem Verhalten der Stadt zu den materiellen und geistigen Bedürfnissen des Dorfes mit seiner anderen Nationalität; 2. bei unversöhnlicher Zurückweisung aller bürgerlichen Versuche, zwischen Stadt und Land einen Keil zu treiben, mögen diese Versuche dabei aus bürokratischem Hochmut dem Dorfe gegenüber oder aus reaktionärem Kulakenneid der Stadt gegenüber fließen.

Das bürokratische Regime überliefert die tatsächliche Durchführung einer äußerlichen und scheinbaren „Nationalisierung“ des Staatsapparats den Händen des Beamten, des Spezialisten, des kleinbürgerlichen Lehrers, welcher durch zahllose soziale und Milieufäden mit den **Spitzen** von Stadt und Dorf verbunden sind und ihre Politik den Interessen dieser Spitzen anpassen.

Das stößt die Dorfarmut dieser Gebiete von der Partei und der Sowjetregierung ab und treibt sie in die Arme der dortigen Handelsbourgeoisie, der Wucherer, der reaktionären Geistlichkeit, der patriarchalischen Feudalelemente. Zugleich stößt das bürokratische Regime die wirklich kommunistischen Elemente der nationalen Parteien in den Hintergrund, indem es sie häufig als „Leute mit Abweichungen“ („Uklonisten“) bezeichnet, sie mit allen Kräften verfolgt, wie es beispielsweise einer bedeutenden Gruppe alter georgischer Bolschewiken ergangen ist, die unter die Ungnade der Stalin-Gruppe geraten waren und während der letzten Lebenszeit Lenins von diesem heiß verteidigt wurden.

Der Aufschwung der werktätigen Massen der nationalen Republiken und Gebiete, bedingt durch die Oktoberrevolution, ist eine Ursache dafür, daß diese Massen zur unmittelbaren und selbständigen Beteiligung am praktischen Aufbau streben. Das bürokratische Regime aber bemüht sich, diese Bestrebungen durch die Aufstellung des Schreckgespenstes eines lokalen Nationalismus zu paralisieren.

Der XII. Parteitag der WKP (B) hat die Notwendigkeit des Kampfes gegen die „Ueberreste des Großmächts-Chauvinismus“, gegen „die wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheit der Nationalitäten der Union der Republiken“, gegen „die Ueberreste des Nationalismus unter einer ganzen Reihe von Völkerschaften, die das schwere Joch nationaler Bedrückung durchgemacht haben“, anerkannt. Die vierte Beratung (1923) mit den verantwortlichen Parteiarbeitern der nationalen Republiken und Gebiete hatte darauf hingewiesen, daß „eine der Hauptaufgaben der Partei **die Heranzüchtung und Entwicklung kommunistischer Organisationen der nationalen Republiken und Gebiete aus proletarischen und halbproletarischen Elementen der dortigen Bevölkerung**“ ist. . . Die Beratung hat einstimmig zugegeben, daß die Kommunisten aus dem Zentrum in den rückständigen

Republiken und Gebieten nicht die Rolle von „Pädagogen und Kinderfrauen, sondern von Helfern“ spielen müssen (Lenin). Die Sache entwickelt sich aber während der letzten Jahre genau in der umgekehrten Richtung. Die vom Sekretariat des ZK. ernannten Spitzen des nationalen Parteiapparats übernehmen die tatsächliche Lösung aller Partei- und Sowjet-Angelegenheiten, schieben die nationalen Parteiarbeiter als Kommunisten zweiten Rangs in den Hintergrund, welche häufig lediglich zur formalen „Vertretung“ an die Geschäfte herangezogen werden (Krim, Kasakstan, Turkmenistan, Tatarei, Berggebiete des Nordkavkasus). Die künstliche Einteilung aller Parteiarbeiter in diesen Gebieten von oben her in „Rechte“ und „Linke“ wird als System angewendet, damit die vom Zentrum ernannten Sekretäre ohne Kontrolle beide Gruppen kommandieren können.

* * *

Auf dem Gebiete unserer Nationalitätenpolitik wie auch auf den anderen Gebieten muß man zu den Leninschen Positionen zurückkehren.

1. Eine unvergleichlich systematischere, prinzipiellere, energischere Arbeit zur Ueberwindung der nationalen Gegensätze unter den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten ist durchzuführen, insbesondere durch aufmerksame Behandlung der neu in die Arbeit hineingezogenen „nationalen“ Parteiarbeiter, durch Erhöhung ihrer Qualifikation, durch Verbesserung ihrer Wohnung-, Kultur- und Alltagsbedingungen usw.

Man muß fest im Auge behalten, daß der wirkliche Hebel zum Hineinziehen des rückständigen nationalen Dorfes in den Sowjetaufbau die Schaffung und die Erziehung proletarischer Kader aus der örtlichen Bevölkerung ist.

2. Der Fünfjahrwirtschaftsplan ist zu revidieren im Sinne der Beschleunigung des Tempos der Industrialisierung der industriell rückständigen Randgebiete, und es ist ein fünfzehnjähriger Generalplan aufzustellen, welcher die Interessen der nationalen Republiken und Gebiete berücksichtigt. Die Bereitstellungspolitik ist den Aufgaben der Entwicklung spezieller Kulturen durch die armen und mittleren Bauernwirtschaften anzupassen (Baumwolle in Zentralasien, Tabak in der Krim, in Asien usw.) Die Kreditgenossenschaftspolitik muß ebenso wie die Meliorationspolitik (in Zentralasien, in Transkaukasien usw.) streng klassenmäßig geführt werden, im Zusammenhang mit den Grundaufgaben des sozialistischen Aufbaues. Dem Viehzüchtergenossenschaftswesen muß die notwendige Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Industrialisierung der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe muß, angepaßt an die örtlichen Verhältnisse, durchgeführt werden.

Die Siedelungs- und Umsiedelungs-Politik muß revidiert werden in strengem Einklange mit den Interessen einer richtigen Politik in der nationalen Frage.

3. Gewissenhafte Durchführung der Nationalisierung des Sowjetapparats, ebenso wie der Apparat von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft unter wirklicher Berücksichtigung der Klassenbeziehungen und der Beziehungen unter den einzelnen Nationalitäten. Energischer Kampf gegen Abweichungen kolonialisatorischer Art in der Tätigkeit der Staats-, Gewerkschafts- und anderer Organe. Einschränkung der bürokratischen Vermittlung zwischen Zentrum- und Randgebieten. Die Erfahrungen der Arbeit der transkaukasischen Föderation sind nachzuprüfen vom Standpunkt ihrer Uebereinstimmung mit den Interessen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Nationalitäten Transkaukasien.

4. Alle Hindernisse zur größtmöglichen Annäherung und Einigung der Werktätigen der verschiedenen Nationen der USSR auf dem Boden des sozialistischen Aufbaus und der internationalen Revolution sind systematisch zu beseitigen. Man muß energisch kämpfen gegen die mechanische Aufdrängung der Sprache der vorwiegenden Nationalität den Arbeitern und Bauern einer anderen Nationalität gegenüber, vollkommene Freiheit der Wahl in dieser Beziehung für die werktätigen Massen. Sicherung:

realer Rechte jeglicher nationalen Minderheit innerhalb der nationalen Republiken und Gebiete. In der ganzen Arbeit ist eine aufmerksame Beachtung jener Eigentümlichkeiten zu fodern, die in den Beziehungen zwischen den früher unterdrückten Nationen und denjenigen Nationen, welche früher Unterdrückernationen waren, bestehen.

5. Konsequente Durchführung der innerparteilichen Demokratie in allen nationalen Republiken und Gebieten. Vollkommener Verzicht auf Kommandomethoden den Kommunisten der nationalen Parteien gegenüber, auf Einsetzung und Verschickung. Verzicht auf die Politik der Zwangseinteilung der Kommunisten der nationalen Parteien in Rechte und Linke. Aufmerksamste Hebung und Schulung des örtlichen unteren proletarischen, aus den Landarbeitern hervorgehenden und bäuerlichen (antikulakischen) Funktionärstamms.

6. Kampf gegen die Ustrjalow'schen Tendenzen und gegen jegliche Art Großmachtstendenzen, insbesondere in den zentralen Volkskommisariaten, und im Staatsapparat überhaupt. Ideologischer Kampf gegen den lokalen Nationalismus auf der Grundlage einer klaren und konsequenten Klassenpolitik in der nationalen Frage.

7. Verwandlung des Nationalitätenrats in ein wirklich arbeitendes Organ, welches mit den nationalen Republiken und Gebieten verbunden ist und tatsächlich fähig ist, deren Interessen zu vertreten.

8. Entsprechende Aufmerksamkeit dem nationalen Moment in der Gewerkschaftsarbeit gegenüber. Sorge für die Bildung von Kadern des Proletariats an Ort und Stelle. Durchführung der Geschäftsführung der Verbände in der Muttersprache unter Wahrung der Interessen aller Nationalitäten und nationalen Minderheiten.

9. Unter keinen Umständen Wahlrechte für die Ausbeuterelemente.

10. Einberufung der V. Nationalitätenberatung auf der Grundlage einer wirklichen Vertretung der unteren Schichten.

11. Veröffentlichung der Briefe Lenins über die nationale Frage, welche eine Kritik der Linie Stalins in der nationalen Frage enthalten.

VII. Die Partei.

Keine einzige Partei in der ganzen Weltgeschichte hat so große Siege wie unsere Partei gekannt, die jetzt schon zehn Jahre an der Spitze des Proletariats steht, das seine Diktatur verwirklicht. Die WKP (B) ist der Grundhebel der proletarischen Diktatur. Die WKP (B) ist die Hauptpartei der Komintern. Keine einzige Partei hat eine solche weltgeschichtliche Verantwortung zu tragen, wie unsere Partei. Aber eben deshalb muß unsere Partei, welche an der Macht steht, ihre Fehler furchtlos kritisieren, darf sie ihre Schattenseiten nicht verbergen, muß sie klar die Gefahren der direkten Degeneration sehen, um rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können. So war es stets zu Lenins Lebzeiten, der am meisten vor der Verwandlung in eine „Partei, die sich zu viel einbildet“, warnte. (Lenin, Band XVII, Seite 112.)

Wenn wir Oppositionellen weiter unten ein Bild des heutigen Zustands unserer Partei mit allen ihren Schattenseiten geben, so hoffen wir fest darauf, daß bei richtiger Lenin'scher Linie die Partei alle ihre Krankheiten überwinden wird und auf der Höhe ihrer geschichtlichen Aufgaben sich erweisen wird.

* * *

I. Die Zusammensetzung der Partei während der letzten Jahre verschlechtert sich immer mehr. Zum 1. 1. 1927 haben wir in unserer Partei in abgerundeten Zahlen:

Arbeiter, in der Industrie und im Transportwesen beschäftigt (im Betriebe)	430 000
Landarbeiter (und landwirtschaftliche Arbeiter)	15 700
Bauern (von denen mehr als die Hälfte heute Angestellte sind)	303 000
Angestellte (von denen mehr als die Hälfte frühere Arbeiter)	462 000

Auf diese Art hatten wir am 1. 1. 1926 in unserer Partei: $\frac{1}{3}$ Arbeiter aus dem Betriebe (sogar nur 31 Prozent) und $\frac{2}{3}$ Bauern, Angestellte, ehemalige Arbeiter und „sonstige“.

In den letzten $1\frac{1}{2}$ Jahren hat unsere Partei an die 100 000 Arbeiter aus dem Betrieb verloren. Das „mechanische“ Austreten aus der Partei umfaßt im Jahre 1926 25 000 kommunistische Mitglieder, von denen 76,5 Prozent Arbeiter aus den Betrieben sind („Iswestija des ZK.“, Nr. 24/25). Die kürzliche sogenannte „Aussiebung“ bei der Umregistrierung hat nach den offiziellen Daten (die zweifellos die Sache verkleinern) zum Austritt von ungefähr 80 000 Parteigenossen, in ihrer ungeheuren Mehrheit Arbeitern, aus der Partei geführt. „In relativen Zahlen wurden durch die Registrierung 93,5 Prozent des zahlenmäßigen Parteibestands im Beginn des laufenden Jahres erfaßt“ („Iswestija des ZK.“ Nr. 24/25). Auf diese Art wurden (was eben ungefähr 80 000 Mann ausmacht) „ausgesiebt“. Unter den „Ausgesiehten“ befinden sich ungefähr 50 Prozent qualifizierter Arbeiter, mehr als $\frac{1}{3}$ halbqualifizierter. Der Versuch des Apparats des ZK. diese sowieso verkleinerten Daten tendenziös zu verkleinern, ist offensichtlich untauglich. Anstelle des Leninaufgebots haben wir so die Stalin'sche „Aussiebung“.

Andererseits sind seit dem 14. Parteitag neue 100 000 **Bauern** in die Partei aufgenommen worden, von denen die Mehrheit dabei aus Mittelbauern besteht; der Prozentsatz der Landarbeiter dagegen ist ganz gering.

II. Noch mehr verschlechtert hat sich die soziale Zusammensetzung der leitenden Parteiorgane. In den Komitees der Ujesds (kleine Bezirke) bilden die Bauern (der Abstammung nach) 29,5 Prozent, die Angestellten und sonstigen 24,4 Prozent; 81,8 Prozent der Mitglieder der Ujesd-Komitees sind Angestellte von Staatsorganen. **Die Anzahl der Arbeiter aus den Betrieben in den leitenden Parteiorganen ist zahlenmäßig winzig: in den Gebietkomitees und Gouvernementskomitees 13,2 Prozent, in den Ujesd-Komitees von 9,8 Prozent bis 16,1 Prozent.** (Vgl. Stat. Uebersicht der statist. Abteilung des ZK. der WKP (B) vom 10. 6. 1927.) In der Partei gibt es **ungefähr ein Drittel** Arbeiter aus den Betrieben, dagegen in denjenigen Parteiorganen, welche die Beschlüsse fassen, gibt es schon **fast nur noch ein Zehntel Arbeiter aus den Betrieben.** Das ist eine drohende Gefahr für die Partei. Den gleichen Weg haben auch die Gewerkschaften beschritten. (Vgl. das Kapitel „Die Lage der Arbeiter und die Gewerkschaften“). Das zeigt auch, welche kolossale Macht bei uns die Verwaltungsmenschen aus den kleinbürgerlichen Schichten ebenso wie die „Arbeiterbürokratie“ erhalten. Das ist der sicherste Weg zur „Befreiung“ der Partei von den Arbeitern.

III. Die Rolle der „Ehemaligen“ (SR-s und Menschewiken) im Parteiapparat und überhaupt in den leitenden Posten ist gewachsen. Im Augenblick des XIV. Parteitags bildeten 38 Prozent des Bestands der leitenden Führer der Presse Leute, die aus anderen Parteien hervorgegangen sind (Protokoll des XIV. Parteitages S. 83). Jetzt hat sich die Lage noch verschlechtert. Die Leitung der Presse der bolschewistischen Partei befindet sich heute entweder in Händen der revisionistischen Schule der „Jungen“ (Slepkow, Stetzkij, Mareztkij u. a.) oder in den Händen „Ehemaliger“. Ein Viertel in der oberen Schicht der ganzen Funktionärkörper bilden ehemalige SR-s und Menschewiken.

IV. Der Bürokratismus wächst auf allen Gebieten, aber besonders verderblich ist sein Wachstum in der Partei. Der heutige „leitende“ Parteibürokrat philosophiert folgendermaßen:

„Wir haben Parteimitglieder, die noch nicht hinreichend klar die Partei selbst begreifen, was die Partei so vorstellt. Sie glauben, daß die Partei von der Zelle ausgeht, daß die Zelle der erste Ziegelstein ist; dann kommt das Rayonkomitee immer höher und höher zum Zentralkomitee. **Aber das ist nicht so (!). Unsere Partei muß man von oben her betrachten. Und diese Einstellung muß man in den praktischen Wechselbeziehungen und in der ganzen Arbeit haben**“ („Molot“, 27. 5. 1927. Rede des zweiten Sekretärs des nördlichen Gebietskomitees der WKP).

Die Definitionen der Parteidemokratie, welche auch schon von verantwortlicheren Genossen: Uglanow, Morlotow, Kaganowitsch usw. gegeben wurden (vgl. „Prawda“ 4. 6. 26.) laufen dem Wesen nach auf das Gleiche hinaus.

Diese „neue“ Einstellung birgt ungeheure Gefahren in sich. Wenn wir tatsächlich zugeben wollten, daß „man unsere Partei von oben her betrachten“ muß, so würde das bedeuten, daß es keine Lenin'sche Partei, keine Partei der **Arbeitermassen**, mehr gibt.

V. Während der letzten Jahre geht eine systematische Abschaffung der **innerparteilichen Demokratie**, entgegen der ganzen Vergangenheit der bolschewistischen Partei, entgegen den direkten Beschlüssen einer ganzen Reihe von Parteitagen, vor sich. Die wirkliche Wählbarkeit stirbt in der Praxis aus. Die Organisationsprinzipien des Bolschewismus werden bei jedem Schritt verfälscht. Das Parteistatut wird systematisch verändert nach der Seite der Erweiterung der Rechte der Spitzen und der Verengung der Rechte der unteren Zellen hin. Die Fristen der Aufträge der

Ujesd-Komitees, der Rayon-Komitees, der Gouvernements-Komitees, des ZK, werden auf ein Jahr, auf zwei Jahre und noch mehr verlängert. Die Spitzen der Gouvernements-Komitees, der Gouvernements-Exekutiv-Komitees, der Gouvernements-Gewerkschaftsräte usw. sind tatsächlich un- absetzbar (drei bis fünf) Jahre und länger). Das Recht jedes Partei- mitgliedees, jeder Gruppe von Parteimitgliedern, „die Hauptdifferenzen vor das Schiedsgericht der ganzen Partei zu bringen“ (Lenin), ist tatsächlich abgeschafft. Die Parteitage und die Konferenzen werden ohne vorher- gehende freie Diskussion der Fragen durch die ganze Partei (wie das zu Lenin's Lebzeiten üblich war) einberufen und die Forderung einer solchen Diskussion wird als Bruch der Parteidisziplin behandelt. Ganz vergessen sind die Worte Lenins darüber, daß der bolschewistische „Stab“ sich „stützen muß auf einen wirklichen und bewußten Willen der Armee, die dem Stabe folgt, gleichzeitig aber auch **ihren Stab lenkt**“. (Bd. IV, S. 318).

Innerhalb der Partei geht, in engem Zusammenhang mit dem allge- meinen Kurs, ein sehr vielsagender Prozeß der Abdrängung der alten Parteigenossen vor sich, welche die Illegalität, oder wenigstens den Bürgerkrieg durchgemacht haben, welche selbständiger sind, welche fähig sind, für ihre Anschauungen einzutreten, und deren Ersetzung durch neue Elemente, welche hauptsächlich widerspruchslos Gehorsam zeigen. Dieser Gehorsam, der von oben her unter der Bezeichnung „revolutionäre Disziplin“ gefördert wird, hat dem Wesen nach nichts mit dieser zu tun. Häufig machen sich neue Kommunisten aus der Anzahl solcher Arbeiter, welche stets sich durch Gehorsam der alten Obrigkeit gegenüber auszeich- neten, wenn sie heute in leitende Stellen in Arbeiterzellen und in der Ver- waltung rücken, durch schroffes und feindseliges Verhalten gegen die alten Parteigenossen aus den Arbeitern verdient, welche die Führer der Arbeiter- klasse in den schwersten Momenten der Revolution waren.

In unvergleichlich scheußlicherer Weise werden solche Verschiebungen auf den Staatsapparat übertragen, in dessen Bestand man heute bereits nicht selten die vollendete Figur des Sowjetbeamten „aus der Partei“ trifft, der bei feierlichen Anlässen den Oktober beschwört, die ihm auf- getragene Sache mit vollkommener Gleichgültigkeit behandelt, mit allen seinen Wurzeln ins kleinbürgerliche Milieu eintaucht, in seinem Privat- leben auf die Obrigkeit schimpft und am Tage der Parteizellensitzung die Opposition „durcharbeitet“.

Die wirklichen realen Rechte eines Parteimitglieds oben, vor allem des Sekretärs, sind um das Vielfache größer, als die realen Rechte eines Hunderts von Parteimitgliedern unten. Die wachsende Verdrängung der Partei und ihren eigenen Apparat wird gekrönt durch die „Theorie“ Stalins, welche den für jeden Bolschewiken unbestreitbaren Satz Lenins leugnet, daß die Diktatur des Proletariats nur durch die Diktatur der Partei ver- wirklicht wird und verwirklicht werden kann.

Das Absterben der Parteidemokratie führt zum Absterben der Arbeiter- demokratie überhaupt, in den Gewerkschaften und in allen übrigen partei- losen Massenorganisationen.

Die innerparteilichen Differenzen werden verzerrt. Durch Monate und Jahre hindurch geht eine vergiftete Polemik gegen die Anschauungen der Bolschewiken, welche als „Opposition“ erklärt werden, während man diesen Bolschewiken nicht gestattet, ihre wirklichen Anschauungen in den Spalten der Parteipresse darzustellen. Gestrige Bolschewiken, SR-s, Ka- detten, Zionisten, polemisieren in der „Prawda“ gegen Dokumente, welche von Mitgliedern des ZK an das ZK geschickt werden, greifen einzelne Sätze aus diesen Dokumenten heraus und verdrehen sie. Die Dokumente selbst werden aber nicht gedruckt. Und die Parteizellen werden gezwungen abzustimmen und die ihnen unbekanntes Dokumente zu „brandmarken“.

Die Partei ist gezwungen, die Differenzen auf der Basis von amtlichen „Durcharbeitungen“ und Eselsbrücken zu beurteilen, die durch die Bank analphabetisch und lügnerisch sind und allen längst zum Halse heraus- hängen. Die Worte Lenins: „Wer auf das bloße Wort hin etwas glaubt,

ist ein hoffnungsloser Idiot“, werden durch eine neue Formel ersetzt: wer nicht auf das bloße Wort hin glaubt, der ist oppositionell. Oppositionell gestimmte Arbeiter aus dem Betriebe müssen für ihre Anschauungen durch Arbeitslosigkeit bezahlet. Ein gewöhnliches Parteimitglied kann seine Meinung nicht laut aussprechen. Alte Parteifunktionäre können sich weder in der Presse noch in Versammlungen aussprechen.

Gegen Bolschewiken, welche die Ideen Lenins vertreten, wird die vergiftete Beschuldigung erhoben, sie wollten „zwei Parteien“ schaffen. Diese letzte Behauptung ist absichtlich ausgedacht, um die Arbeiter gegen die Opposition aufzubringen, die naturgemäß die Einheit ihrer Partei mit aller Leidenschaftlichkeit verteidigen. Jedes Wort der Kritik gegen die groben menschewistischen Fehler Stalins (in den Fragen der chinesischen Revolution, des anglo-russischen Komitees usw.) wird dargestellt als Kampf „gegen die Partei“, obwohl Stalin die Partei nicht vorher über die Linie der Parteipolitik in China oder über andere wichtige Fragen befragt hat. Die Beschuldigung, die Opposition wolle „zwei Parteien“ schaffen, wird Tag für Tag von jenen wiederholt, die sich selbst zum Ziel gestellt haben, die Leninisten und Bolschewiken aus der Partei zu drängen, um „freie Hand“ zu haben zur Durchführung der opportunistischen Linie.

VI. Fast die gesamte **Parteierziehung** und die ganze Arbeit in den Elementen der politischen Kenntnisse reduziert sich jetzt auf die „Durcharbeitung“ der Opposition. **Die Methode der Ueberzeugung** wird im höchsten Grade nicht nur durch **die Methode des Zwangs** ersetzt, sondern auch noch durch die Methode der **Irreführung** der Partei ergänzt. Da auch der Unterricht in den Elementen auf amtliche Formeln reduziert ist, so beginnt man, sich davon zu drücken. Der Besuch der Versammlungen, der Parteischulen und Zirkel, welche der „Durcharbeitung“ gewidmet sind, ist außerordentlich gefallen. Die Partei leistet passiven Widerstand gegen den jetzigen falschen offiziellen Kurs des Parteiparats.

VII. Während der letzten Zeit wachsen in der Partei nicht nur Karrierismus, Bürokratismus, Ungleichheit, sondern es strömen in sie auch direkte klassenfremde, feindliche und trübe Strömungen hinein, z. B. der Antisemitismus. Ein schonungsloser Kampf gegen derartige Gemeinheiten ist erforderlich aus den Interessen der einfachen Selbsterhaltung der Partei.

VIII. Indessen ist das Feuer der Unterdrückungen ausschließlich gegen links gerichtet. Ganz alltäglich sind Ausschlüsse von Oppositionellen geworden, welche in ihrer Zelle ausgetreten sind, einen heftigen Zwischenruf gemacht haben, oder den Versuch gemacht haben, das Testament Lenins zu verlesen. Ihrem politischen Niveau nach, vor allem aber ihrer Treue zur Partei nach, stehen die Ausgeschlossenen häufig höher als die Ausschließenden. Nachdem sie außerhalb der Partei geraten sind — für ihren „Unglauben“ und ihren „Pessimismus“ in Bezug auf Tschiangkaischek, Purcell oder den eigenen Bürokraten — fahren diese Genossen fort, das Leben der Partei mitzuleben und ihr viel treuer zu dienen, als viele Karrieristen und Spießbürger in der Partei.

IX. Der Hagel von Unterdrückungen und Drohungen, die sich verschärfen, je näher der 15. Parteitag heranrückt, haben zum Zweck, die Partei noch mehr einzuschüchtern und zeugen davon, daß die vereinigte Gruppe Stalin-Rykow zu den äußersten Maßnahmen greift und die Partei jedes Mal vor vollendeter Tatsache stellt, um die von ihr gemachten politischen Fehler zu vertuschen.

X. **Die politische Linie des ZK** (welches auf dem 14. Parteitag nach dem Prinzip der Solidarität mit Stalin konstruiert worden ist) ist falsch. Unter Schwankungen geht der jetzige Kern des ZK die ganze Zeit über nach rechts. Die Vernichtung der Parteidemokratie ist gerade dadurch hervorgerufen, daß die politische Linie in der Wurzel falsch ist. Insofern sie den Druck des kleinbürgerlichen Elements, den Einfluß nichtproletarischer Schichten widerspiegelt, welche unsere Partei beneheln, insofern **muß man** diese Linie immer mehr durch Druck von oben durchsetzen.

Auf dem **theoretischen** Gebiet besitzt die sogenannte „Schule der

Jungen“ das Monopol, d. h. solche Revisionisten, welche bereit sind, in jedem Augenblick die literarischen Aufträge des Apparats durchzuführen, während die besten Elemente des bolschewistischen Nachwuchses, die von den wirklichen Traditionen der bolschewistischen Partei durchdrungen sind, nicht nur in den Hintergrund gedrängt werden, sondern direkten Verfolgungen ausgesetzt sind.

Auf dem **organisatorischen** Gebiet ist die tatsächliche Unterwerfung des Polit-Büros unter das Sekretariat und des Sekretariats unter den Generalsekretär schon längst eine vollendete Tatsache. Die schlimmen Befürchtungen, welche Lenin in seinem Testament ausgesprochen hat, darüber, daß der Genosse Stalin nicht genügend loyal sein wird, nicht hinreichend im Parteisinne jene „unumschränkte Gewalt“ anwenden wird, welche er „in seinen Händen konzentriert“ hat, haben sich bewahrheitet (Briefe Lenins vom 25. 12. 22 und 4. 1. 23.).

Heutzutage existieren im ZK und in den leitenden Organen der Partei und des Staates überhaupt **drei Hauptströmungen**.

Die **erste** Strömung ist eine offen rechte Strömung. Diese Strömung setzt sich ihrerseits aus zwei Gruppen zusammen: die eine von ihnen spiegelt in ihrem Opportunismus und in ihrer Geschäftigkeit in bedeutendem Maße den „wirtschaftlich kräftigen“ Mittelbauern wider, auf welchen der Kurs gehalten wird, durch dessen Ideale man sich begeistern läßt. Das ist die Gruppe der Genossen Rykow, A. P. Smirnow, Kalinin, G. Petrowski, Tschubarj, Kaminski u. a. Neben ihnen und in unmittelbarer Nähe arbeiten die „parteilosen“ Kondratjews, Sadyrins, Tschajanows, u. a. „sachliche“ Politiker der wohlhabenden Bauernschaft, welche mehr oder weniger offen die Anschauungen Ustrjalows propagieren. In jedem Gouvernement, manchmal auch in jedem Ujesd, gibt es eigene kleine Kondratjews und Sadyrins, die ein Stückchen reale Macht und Einfluß besitzen. Die andere Gruppe, das ist die Spitze der Gewerkschaften, welche sich orientiert auf die am besten bezahlten Schichten der Arbeiter, Angestellten. Diese Gruppe wird insbesondere charakterisiert durch ihre Bestrebungen zur Annäherung an die Amsterdamer. An ihrer Spitze stehen die Genossen Tomski, Melnitschanski, Dogadow u. a. Zwischen diesen Gruppen können Reibungen vor, aber beide sind sich einig im Bestreben, die Linie der Partei und des Staates, sowohl in der internationalen wie in der inneren Politik nach rechts zu wenden; beide zeichnen sich aus durch die Verachtung zur Theorie des Leninismus, durch die Tendenz des Verzichts auf die Taktik der Weltrevolution.

Die **zweite** Strömung ist die „zentristische“ Strömung des Apparats. Diese Gruppe hat zu ihren Führern die Genossen Stalin, Molotow, Uglanow, Kaganowitsch, Mikojan, Kirow. Das ist das jetzige tatsächliche Politbüro. Bucharin, der nach dieser oder jener Seite schwankt, „verallgemeinert“ die Politik dieser Gruppe. Die zentristische Apparatgruppe als solche spiegelt am allerwenigsten Massenstimmungen wider, bemüht sich aber, und zwar nicht ohne Erfolg, **die Partei durch sich zu ersetzen**. Die Schicht der „Leitungsmenschen“ in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Wirtschaftsorganen, im Genossenschaftswesen, im Staatsapparat, zählt heute Zehntausende von Menschen. Innerhalb dieser Schicht gibt es nicht wenig „Arbeiter“-Bürokraten, Leute aus der Arbeiterklasse, die jetzt von den Arbeitermassen losgelöst sind.

Es erübrigt sich zu sagen, daß in den Organen der Leitung und Führung, die eine ungeheure Bedeutung für die Schicksale der Revolution besitzen, viele tausende fester Revolutionäre arbeiten, welche ihre Verbindungen mit den Massen nicht verloren haben und ganz in der Sache der Arbeiter aufgehen. Auf ihnen beruht auch die wirkliche kommunistische Arbeit in diesen Organen.

Aber die Entartung der politischen Linie und des Parteiregimes auf dem anderen Pole erzeugen eine zahlreiche Schicht echter Bürokratie.

Die tatsächliche Macht dieser Schicht ist ungeheuer groß. Gerade diese Schicht von „Leitungsmenschen“ fordert „Ruhe“, „sachliche Arbeit“

und ist immer „gegen Diskussionen“. Gerade diese Schicht ist geneigt, selbstzufrieden zu erklären (und manchmal sogar aufrichtig daran zu glauben), daß es bei uns bereits „beinahe Sozialismus“ gibt, daß wir „neun Zehntel des Programms“ der sozialistischen Revolution angeblich bereits durchgeführt haben. Diese Schicht ist geneigt, die ganze Partei „von oben her zu betrachten“, und umso mehr die nichtqualifizierten Arbeiter, die Arbeitslosen, die Landarbeiter. Diese Schicht erblickt den Hauptfeind in den Linken, d. h. in den revolutionären Leninisten und gibt die Losung des „Feuers gegen Links“ aus. Vorläufig werden die Gruppen der Rechten und des „Zentrums“ durch ihre gemeinsame Feindschaft zur Opposition zusammengehalten. Die Abhackung der letzteren würde unvermeidlicherweise den Kampf zwischen ihnen selber beschleunigen.

Die dritte Strömung ist die sogenannte Opposition. Sie stellt den Lenin'schen Flügel der Partei dar. Die kläglichen Versuche, sie als eine rechte Opposition darzustellen (man schreibt ihr eine „sozialdemokratische Abweichung“ zu usw.), sind hervorgerufen durch den Wunsch, den eigenen Opportunismus zu vertuschen. Die Opposition ist für die **Einheit** der Partei. Sein eigenes Programm, die „Abhackung“ der Opposition, startet Stalin unter einer falschen Flagge, nämlich daß die Opposition eine „zweite“ Partei aufbauen wolle. Die Opposition antwortet darauf: **Einheit der Leninschen WKP (B) um jeden Preis**. Die Plattform der Opposition ist in diesem Dokument dargestellt. Der Arbeiterteil der Partei und alle echten Leninschen Bolschewiken werden für sie sein.

Umfälle einzelner Oppositioneller sind unvermeidlich unter jenen außerordentlich schweren Bedingungen, unter welchen die Opposition für die Sache Lenins zu kämpfen hat. Einzelne persönliche Umgruppierungen im leitenden Teil aller drei Strömungen werden noch vorkommen, aber sie ändern nichts am Wesen der Dinge.

XI. Alles das zusammengenommen schafft eine **Parteikrise**. Die innerparteilichen Differenzen vertiefen sich seit dem Tode Lenins immer mehr und umfassen einen immer größeren Kreis immer wichtigerer Fragen.

Die Hauptstimmung der **Parteimasse** ist das **Bestreben nach Einheit**. Das jetzige Regime aber verhindert sie, klar zu begreifen, **woher die wirkliche Drohung für die Einheit kommt**. Die ganze Mechanik Stalins aber ist darauf gerichtet, die Parteimasse bei jeder halbwegs wichtigen und scharfen Frage vor die Wahl zu stellen: entweder verzichte auf deine Anschauungen oder nimm die Anschuldigung, du seiest ein Spalter, auf dich.

Unsere Aufgabe besteht darin, **die Einheit der Partei um jeden Preis zu behüten**, einen entschiedenen Widerstand entgegen zu setzen der Politik der Spaltung, der Abspaltung, der Ausschlüsse, der Abhackungen usw., **aber gleichzeitig für die Partei die Möglichkeit zu sichern, frei alle Streitfragen im Rahmen einer einheitlichen Partei zu erörtern und zu lösen**.

Wenn die Opposition die Fehler und die Abnormitäten in der jetzigen Lage der Partei aufdeckt, so ist sie tief davon überzeugt, daß die Parteimasse des Arbeiterteils der Partei, trotz allem, von neuem die Partei auf den **Leninschen Weg** zurückzuführen imstande sein wird. Ihr hierbei zu helfen ist gerade die Hauptaufgabe der Opposition.

Praktische Vorschläge.

Notwendig ist:

1. den 15. Parteitag mit wirklicher innerparteilicher Demokratie vorzubereiten, wie das zu Lenins Lebzeiten üblich war. „Nötig ist, so schrieb Lenin, daß alle Parteimitglieder mit voller Kaltblütigkeit und größter Ehrlichkeit sich an das Stadium setzen: erstens des Wesens der Differenzen und zweitens der Entwicklung des innerparteilichen Kampfes. Man muß beides studieren und unbedingt die genauesten Dokumente fordern, die gedruckt und von allen Seiten nachprüfbar sein müssen“ (Lenin Bd. XVIII, Teil I, S. 29). Das ZK muß allen Parteimitgliedern die Möglichkeit geben, sowohl das Wesen der Parteidifferenzen, wie auch den

Gang der Entwicklung des innerparteilichen Kampfes zu studieren durch Veröffentlichung in der Presse und in speziellen Sammelbänden aller Dokumente, welche bisher vor der Partei verborgen gehalten worden sind.

Jeder Genosse und jede Gruppe von Genossen muß die Möglichkeit erhalten, seinen Standpunkt vor der Partei in der Presse, in Versammlungen usw. zu verteidigen. Die Entwürfe von Thesen (Plattformen) des ZK, der einzelnen Organisationen, einzelner Parteimitglieder und Gruppen von Parteimitgliedern müssen in der „Prawda“ (oder in Beilagen zur „Prawda“) veröffentlicht werden, ebenso wie in den Provinzzeitungen der Partei, mindestens zwei Monate vor dem 15. Parteitag.

Die Polemik muß in streng kameradschaftlichem, sachlichem Rahmen geführt werden, ohne Zuspitzung und ohne Uebertreibungen. Hauptlosung der ganzen Vorbereitung des 15. Parteitags muß die **Losung der Einheit sein, nicht einer scheinbaren, sondern der wirklichen Leninschen Einheit der WKP (B) und der ganzen Komintern.**

2. Man muß sofort eine Reihe von Maßnahmen zur **Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei und ihrer leitenden Organe** ergreifen. Zu diesem Zwecke muß man den Beschluß des 13. Parteitages bestätigen, der davon handelt, daß „die überwiegende Mehrzahl der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern bestehen muß, welche unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind“. Für die nächsten zwei bis drei Jahre sollen in der Regel ausschließlich Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Betriebe, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, in die Partei aufgenommen werden; aus den übrigen sozialen Gruppen sollen die Kandidaten nur nach strenger individueller Auswahl aufgenommen werden; Rotarmisten und Seeleute, wenn sie aus den Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern stammen; Bauern — arme Bauern und ärmere Bauern — wenn sie durch eine mindestens zweijährige politische Arbeit erprobt sind. Die Aufnahme von Leuten, die aus anderen Parteien herkommen, ist einzustellen.

Es muß der Beschluß des 13. Parteitages durchgeführt werden, der (entgegen dem Willen der Opposition) durch den 14. Parteitag tatsächlich außer Kraft gesetzt worden ist, nach welchem im Bestand der Rayon-Komitees, der Gouvernement-Komitees usw. nicht weniger als 50-Prozent Arbeiter aus dem Betriebe sein müssen. In den Industriezentren muß man eine feste Mehrheit von Arbeitern aus dem Betriebe anstreben (nicht weniger als $\frac{3}{4}$ des Gesamtbestands). In den Ujesd-Komitees eine ebensolche Mehrheit von Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern.

3. Zu bestätigen und durchzuführen sind die Resolutionen über die **innerparteiliche Demokratie**, welche angenommen worden sind vom 10. Parteitag,

ZK und von der ZKK am 5. 12. 23 und von der 12. Parteikonferenz, vom 13. Parteitag.

Es ist im Namen der ganzen Partei zu bestätigen, daß, entgegen den heutzutage verbreiteten neuen antileninschen Definitionen der innerparteilichen Demokratie (Ugla now, Molotow, Kaganowitsch, Schiwow u. a.), „**die Arbeiterdemokratie die Freiheit der offenen Erörterung aller wichtigen Fragen des Parteilebens und die Freiheit der Diskussion über diese Fragen für alle Parteimitglieder bedeutet, ebenso wie Wählbarkeit der leitenden Funktionäre und Organe von unten bis oben.**“ (13. Parteitag). Jeder ist zur Verantwortung zu ziehen, der diese Grundrechte der Parteimitglieder durch die Tat verletzt.

Regelmäßig muß der Standpunkt der Parteiminderheit in jeder beliebigen prinzipiellen Frage zur Kenntnis aller Parteimitglieder durch die Zeitungen usw. gebracht werden. Ausnahmen sind möglich, wenn es sich um geheime Fragen handelt. Natürlich muß ein Beschluß, wenn er angenommen ist, mit eiserner bolschewistischer Disziplin durchgeführt werden.

Das Netz der **Parteidiskussionsklubs** muß erweitert werden, in den Parteorganen muß die reale Möglichkeit der Kritik der Fehler der Parteiführung garantiert werden (**Diskussionsblätter, Sammelbände usw.**).

Alle Verschlechterungen des Statuts, die seit dem 14. Parteitag angebracht worden sind, sind außer Kraft zu setzen (§§ 25, 33, 37, 42, 50 usw.).

4. Es ist ein fester Kurs einzuschlagen **zur Besetzung des Parteiapparats im Ganzen durch Arbeiter**. Die Arbeiter aus den Betrieben, welche fortgeschritten sind, solche proletarischen Kommunisten, welche populär sind unter den Parteimassen und den parteilosen Massen, müssen die **entscheidende Mehrheit des gesamten Parteiapparats ausmachen**, welcher ganz und gar **nicht vollständig aus bezahlten Personen bestehen muß und regelmäßig durch Arbeiter aufgefrischt werden muß**. Das Budget der Provinzorganisationen (auch der Gebiets- und Gouvernements-Organisationen) muß in der Hauptsache aus **Mitgliedsbeiträgen** sich zusammensetzen. Die Provinzorganisationen müssen über ihre Einnahmen und Ausgaben nicht nur in Worten, sondern in der Wirklichkeit, regelmäßig vor den Parteimassen Rechenschaft ablegen. Das jetzige übermäßige Parteibudget, muß, ebenso wie der bezahlte Apparat, um das Mehrfache verkürzt werden. Man kann und man muß einen bedeutenden Teil der Parteiarbeit ehrenamtlich leisten, indem man sie auf die Parteimitglieder nach der Arbeit in der Produktion oder nach anderer Arbeit legt.

Eine der Maßnahmen zur regelmäßigen Auffrischung des Parteiapparats muß die Kommandierung eines Teils der Genossen aus dem Apparat in den Produktionsprozeß oder zur unteren Arbeit sein. Kampf gegen die Unabsetzbarkeit der Sekretäre. Festsetzung einer Höchstfrist für die Beibehaltung von Sekretärs- und anderen Stellungen. Schonungsloser Kampf gegen die direkte Zersetzung und das Verfaulen von Spitzengruppen, gegen die Vetternwirtschaft, die „gegenseitige Bürgschaft“ usw. (Beispiele: Sysranj, Cherson, Irkutsk, Tschita usw.).

5. Schon die 10. Parteikonferenz hat unter der Leitung Lenins eine Reihe von Beschlüssen zugunsten der Notwendigkeit einer **größeren Gleichheit innerhalb der Partei** und innerhalb der arbeitenden Massen angenommen. Schon der 12. Parteitag hat die Gefahr einer nepistischen Entartung eines Teils der Parteifunktionäre unterstrichen, welche ihrer Tätigkeit nach in enge Berührung mit dem bürgerlichen Milieu kommen. Notwendig ist „die Ausarbeitung vollkommen zugänglicher praktischer Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichheit (der Lebensbedingungen, der Höhe des Einkommens usw.) zwischen den Spezialisten und den verantwortlichen Arbeitern einerseits und der arbeitenden Masse andererseits, insofern diese Ungleichheit den Demokratismus stört und eine Quelle zur Zersetzung der Partei und zur Senkung der Autorität der Kommunisten ist“ (Resolution der 10. Parteikonferenz, § 18). Behält man im Auge, daß die Ungleichheit während der letzten Jahre in äußerst raschem Tempo gewachsen ist, so muß man auch diese Frage „auf revolutionäre Art“ stellen.

6. Die Parteierziehung muß reorganisiert werden auf der Grundlage des Studiums der Werke von Marx, Engels und Lenin und unter Herauswurf der Verfälschungen des Marxismus und Leninismus, welche jetzt in Massenfabrikationen hergestellt werden.

7. Es müssen sofort die ausgeschlossenen Oppositionellen in die Partei zurückgeführt werden.

8. Es muß die ZKK wirklich im Geiste der Hinweise Lenins umgestaltet werden. Die Mitglieder der ZKK. müssen sein:

- a) mit den Massen verbunden,
- b) vom „Apparat“ unabhängig,
- c) für die Partei autoritativ.

Nur dann wird eine völlige Wiederherstellung des Vertrauens zur ZKK möglich sein und ihre Autorität auf die nötige Höhe gehoben werden.

9. Bei der Zusammensetzung des ZK der ZKK und ihrer Organe muß man sich leiten lassen von den Hinweisen Lenins, welche in seinen Briefen vom 6. 12. 22., vom 25. 12. 22 und vom 4. 1. 23 (Testament) dargelegt sind. Diese Briefe müssen zur Kenntnis aller Parteimitglieder veröffentlicht werden. „Die Arbeiter, welche Mitglieder des ZK sind,

müssen vorwiegend Arbeiter sein, die unterhalb jener Schicht stehen, welche bei uns während der fünf Jahre in die Anzahl der Sowjetangestellten aufgerückt sind, so schrieb Lenin in seinem Briefe vom 26. 12. 22 — und welche mehr zu den gewöhnlichen Arbeitern und Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt in die Rubrik der Ausbeuter geraten. Die Arbeiter, welche dem ZK. angehören, müssen meiner Meinung nach vorwiegend nicht aus solchen Arbeitern bestehen, welche einen langen Sowjediens durchgemacht haben . . . weil bei solchen Arbeitern sich schon gewisse Traditionen und Vorurteile gebildet haben, gegen welche zu kämpfen gerade wünschenswert ist.“

Diese Briefe Lenins sind in derselben Periode geschrieben, in welcher er der Partei seine letzten, ganz und gar bekannten Ratschläge in den Grundfragen der Revolution gegeben hat („Lieber weniger aber besser“, „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektionen reorganisieren sollen“, „Ueber das Genossenschaftswesen“).

Der 15. Parteitag muß sein ZK gerade unter dem Gesichtswinkel der eben genannten Hinweise Lenins wählen.

VIII. Der kommunistische Jugendverband.

Der falsche politische Kurs und der organisatorische Druck ist vollständig, und manchmal im vergrößerten Maßstabe, auf den kommunistischen Jugendverband übertragen worden. Die internationale Erziehung der Arbeiterjugend wird immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Jeder kritische Gedanke wird erstickt und verfolgt. Für die Leitung der Jugendorganisation wird seitens des Parteiapparats vor allem „Gehorsam“ und die Bereitschaft, gegen die Opposition zu hetzen, gefordert. Der proletarische Teil des unteren Funktionärstammes, der im wesentlichen gesund ist, wird durch ein solches Regime vollkommen gesichtslos gemacht. Die falsche Politik, welche von oben her durchgeführt wird, öffnet im kommunistischen Jugendverband noch mehr als in der Partei kleinbürgerlichen Einflüssen die Tore.

Während der letzten Jahre wuchs der kommunistische Jugendverband zahlenmäßig rasch, aber auf Kosten seiner sozialen Zusammensetzung. Seit dem 13. Parteitag ist der proletarische Kern innerhalb des Verbandes von 40,1 Prozent auf 34,4 Prozent gesunken, während er in den Betrieben anstelle von 49,8 Prozent der Arbeiterjugend nur noch 47 Prozent umfaßt. Es wird auch die politische Aktivität der jungen Arbeiter schwächer.

Unter diesen Bedingungen bildet eine Reihe der letzten Beschlüsse, welche, entgegen den Beschlüssen des 14. Parteitages, die Lage der Arbeiterjugend verschlechtern, einen ganz groben Fehler (ein besonderes Tarifnetz für die Lehrlinge, Einschränkung der Aufnahme in die Betriebs- und Fabriklehrschulen; hierher gehört auch der Versuch der Einführung einer unbezahlten Lehrlingszeit).

Der kommunistische Jugendverband im Dorfe verliert immer mehr seine Stütze unter den Landarbeitern und den armen Bauern. Die wirtschaftliche und Kulturarbeit im Dorfe richten sich hauptsächlich auf die Entwicklung der individuellen Wirtschaften hin. Das spezifische Gewicht der Dorfarmut fällt überall, systematisch, in der Zusammensetzung der Dorfzellen, des Funktionärstammes und im Partei kern. Neben fortwährender Schwächung des Zustroms der Arbeiterjugend in der Stadt wird der kommunistische Jugendverband immer mehr aus den wohlhabenden Mittelbauerschichten aufgefüllt.

Wie in der Stadt so wächst auch auf dem Lande im kommunistischen Jugendverband das Bestreben, die Leitung durch kleinbürgerliche Elemente zu ergreifen; eine immer größere Rolle innerhalb des Verbandes, besonders in den Dorforganisationen, spielt die Gruppe der Angestellten und „Sonstigen“.

36 Prozent aller in die Partei Eintretenden kommen aus dem kommunistischen Jugendverband („Prawda“, 14. 7. 27). Dabei bilden innerhalb des Parteikerns des kommunistischen Jugendverbandes die „Sonstigen“ ein Viertel bis ein Drittel; der Dorfteil des Parteikerns füllt sich immer mehr mit Mittelbauern an (20 Prozent Mittelbauern im Jahre 1925, 32,5 Prozent im Jahre 1927) auf Kosten der Landarbeiter und der Dorfarmut. Auf solche Art verwandelt sich der kommunistische Jugendverband allmählich in eine der Quellen zur Verwässerung der Partei durch kleinbürgerliche Elemente.

Um eine weitere Schwächung der leitenden Rolle des proletarischen Kerns, seine weitere Zurückdrängung durch Leute aus der Intelligenz, Angestellte und aus den reichen Schichten des Dorfes zu verhindern, was

unzweifelhaft eine kleinbürgerliche Degeneration des kommunistischen Jugendverbands mit sich bringen würde ist **notwendig**:

1. Sofort die begonnene Abschaffung der revolutionären Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeit und der Bildung der Arbeiterjugend zu liquidieren und alle neuesten Beschlüsse, welche die Arbeitsbedingungen für sie verschlechtern, abzuschaffen. Hierin besteht eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Kampf gegen die Krankheitserscheinungen im kommunistischen Jugendverband (Alkoholismus, Rowdytum usw.).

2. Entsprechend dem Wachstum des allgemeinen Wohlstands der Arbeiterklasse systematisch und konsequent das materielle und kulturelle Niveau der Arbeiterjugend zu heben durch Erhöhung des Lohns, Erweiterung der Betriebs- und Fabrikschulen und technischen Berufskurse durch Erhöhung der Qualifikation der Arbeiterjugend.

3. Die Durchführung der Beschlüsse früherer Parteitage und Jugendverbandstage über das Hineinziehen von 100 Proz. Arbeiterjugend in Stadt und Land (Landarbeiter) im Verlauf der nächsten Jahre ist zu erreichen.

4. Nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit die Arbeit zum Hereinziehen der Jugend aus der Dorfarmut in den Verband zu verstärken.

5. Die ärmeren Mittelbauern in den Verband hineinzuziehen, aus dem übrigen Teil der Mittelbauern aber diejenigen, welche in öffentlicher politischer Arbeit, insbesondere im Kampf gegen die Kulaken, erprobt sind.

6. Den Schutz der Interessen der Dorfarmut zu verstärken durch Einstellung des kommunistischen Jugendverbandes auf den Aufbau des neuen Dorfes, nicht nach der Seite der individuellen Bereicherung hin, sondern in das Bett der Vergenossenschaft und Kollektivisierung der Landwirtschaft.

7. Die soziale Zusammensetzung des Parteikerns zu verbessern durch Zulassung während der nächsten zwei Jahre lediglich von Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern.

8. Den führenden Kern der Organe des kommunistischen Jugendverbandes durch energische Maßnahmen mit Arbeitern anzufüllen, unter systematischer Heranziehung von Landarbeitern und armen Bauern zur Leitung. Es ist zu bestimmen, daß in den großen proletarischen Zentren die Gouvernementskomitees, Rayon-Komitees und die Büros der Gouvernements-Komitees und der Rayon-Komitees des kommunistischen Jugendverbandes in ihrer erdrückenden Mehrheit aus Arbeitern aus dem Betriebe zu bestehen haben, wobei die letzteren tatsächlich zur Arbeit der Leitung heranzuziehen sind.

9. Ein energischer Kampf gegen den Bürokratismus ist zu führen. Der besoldete Apparat ist energisch zu verkleinern durch Herabsetzung auf das unbedingt notwendige Minimum, wobei mindestens die Hälfte, in den Industriezentren aber drei Viertel, der Arbeit ehrenamtlich von Mitgliedern des Verbandes ausgeführt und die gewöhnlichen Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes zur Durchführung der Arbeiten im Verbandsbereich in größerem Umfange herangezogen werden.

10. Die Kultur- und Bildungsarbeit des kommunistischen Jugendverbandes muß sich in enger Verbindung mit der alltäglichen Teilnahme des Verbandes an dem allgemeinen politischen und Parteileben (Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften) entwickeln.

11. Das stupide Offiziösentum, die abgestempelte „Durcharbeitung“, die verlogenen und analphabetischen Eselsbrücken sind auszutreiben und ein ernsthaftes Studium des Marxismus und Leninismus auf der Grundlage einer lebendigen Erörterung, eines kameradschaftlichen Meinungsaustausches, einer wirklichen und nicht bloß äußerlichen Erwerbung von Kenntnissen ist einzuführen.

12. Es ist nicht bloß mit Worten, sondern in Wirklichkeit ein Regime der **Demokratie innerhalb des Jugendverbandes** einzuführen, die Verbandsfragen und Ausschüsse anderen Denkender in Partei- und Jugendverbänden einzustellen. Die statutengemäß festgesetzte Frist zur Einberufung der Rayon-, Ujesd-, Gouvernements usw.-Konferenzen und -Kongresse sind streng einzuhalten.

IX. Unsere internationale Lage und die Kriegsgefahr.

Die Lage der USSR auf der Weltarena.

Der Krieg der Imperialisten gegen die USSR ist nicht un- wahrscheinlich, sondern unvermeidlich.

Diese Gefahr aufzuschieben, soviel wie möglich Zeit zur Befestigung der USSR und zum revolutionären Zusammenschluß des internationalen Proletariats gewinnen, das muß eine unserer wichtigsten praktischsten Aufgaben bilden. Diese Gefahr abwenden, das könnte nur die siegreiche proletarische Revolution in den entscheidenden Ländern.

Die Möglichkeit eines Weltkrieges selbst rückt deshalb näher, weil 1. einige Jahre des Kampfes des Kapitalismus um seine Befestigung und die erreichten Teilerfolge dieses Kampfes die **Frage der Märkte** zur brennendsten Frage für die entscheidenden kapitalistischen Staaten gemacht haben; 2. die imperialistische Bourgeoisie hat sich von dem unzweifelhaften Wachstum der Wirtschaftsmacht der USSR überzeugt, hat gesehen, daß die Diktatur des Proletariats, vom Außenhandelsmonopol behütet, dem Kapitalisten in Rußland keinen „freien“ Markt liefert; 3. die imperialistische Bourgeoisie spekuliert auf die **inneren Schwierigkeiten** der USSR; 4. die Niederlage der Revolution in China wie auch die vorangegangenen Niederlagen der englischen Streiks flößen den Imperialisten die Hoffnung ein, daß es ihnen **gelingen wird, die USSR zu zerschmettern**.

Der Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der USSR wurde vor langer Zeit vorbereitet, aber gerade die Niederlage der chinesischen Revolution hat ihn beschleunigt. In diesem Sinne ist der Abbruch die Quittung für den Verzicht des ZK der WKP auf eine wirklich bolschewistische Politik mit China. Es wäre ganz falsch, anzunehmen, daß es sich heute lediglich um die Aenderung der **Form** der Handelsbeziehungen zwischen England und uns dreht („wollen wir so handeln, wie wir mit Amerika handeln“). Jetzt ist es schon vollkommen klar, daß das imperialistische England einen breiteren Aktionsplan besitzt. Es bereitet den Krieg gegen die USSR vor, besitzt hierzu das „moralische Mandat“ der Bourgeoisien einiger Länder, und rechnet darauf, auf diese oder jene Weise Polen, Rumänien, die Baltikumstaaten, vielleicht auch Jugoslawien, Italien, Ungarn usw. in den Krieg gegen uns hineinzuziehen.

Polen würde allem Anschein nach vorziehen, **noch** eine gewisse Frist zur **Vorbereitung** des Krieges gegen uns zu erhalten. Aber ausgeschlossen ist es nicht, daß England es zwingen wird, auch früher in den Krieg zu gehen.

In Frankreich findet der englische Druck zur Bildung einer Einheitsfront gegen die USSR Unterstützung von seiten eines einflußreichen Teils der Bourgeoisie, welcher immer unversöhnlicher in seinen Forderungen wird und natürlich in einem für ihn günstigen Moment sich vor dem Bruch nicht scheuen wird.

Je mehr die deutsche Diplomatie in der letzten Zeit hin und her sich windet, desto klarer wird es, daß in Wirklichkeit die „**Orientierung**“ Deutschlands sich nach Westen richtet. Die deutschen Bourgeois sprechen schon offen davon, daß in einem Kriege gegen die USSR Deutschland vielleicht anfangs „neutral“ bleiben wird (wie etwa Amerika im Jahre 1914).

um möglichst viel am Kriege zu verdienen, dann zu einem teuren Preis offen seine Neutralität an die westlichen Imperialisten zu verkaufen. Nichts kann für die Grundinteressen der USSR schädlicher sein, als die Vertuschung des Uebergangs der deutschen Bourgeoisie zur westlichen „Orientierung“; denn ein uns unerwartet kommender Schlag des bürgerlichen Deutschlands kann entscheidende Bedeutung erhalten. Nur offenes Aussprechen „dessen, was ist“, nur die Hervorrufung der Wachsamkeit der Arbeiter der USSR und der **Arbeiter Deutschlands** kann uns vor diesem Schlag bewahren oder mindestens der deutschen Bourgeoisie es schwer machen, ihn zu führen.

Die **japanische** Bourgeoisie manövriert in bezug auf die USSR. nicht weniger kunstreich als die deutsche. Sie verwischt geschickt die Spuren und spielt den „Freund“.

Sie hat sogar — für eine Zeit — die Besetzung der chinesischen Ostbahn durch Tschang Tso Lin gebremst. Aber sie zieht die Zügel in China an, wie es ihr beliebt, und kann bald ihre Maske uns gegenüber abwerfen.

Im nahen Osten (Türkei, Persien) haben wir auf jeden Fall keine solche Stellung erobert, welche der USSR wenigstens eine feste Neutralität im Falle eines imperialistischen Ueberfalls gegen uns garantieren würde. Eher ist für einen solchen Fall zu erwarten, daß die Regierungen dieser Staaten unter dem Druck der Imperialisten geneigt sein werden, ihnen die notwendigen Dienste gegen die USSR zu leisten.

Beim Ueberfall gegen uns wird Amerika, welches seine unversöhnliche Einstellung der USSR gegenüber vollkommen beibehält, das imperialistische „Hinterland“ bilden, dessen Bedeutung um so größer sein wird, als es die Finanzierung des Krieges gegen die USSR sicherstellen kann.

Bilanz: wenn die Jahre 1923—1925 Jahre der **Anerkennung** seitens einer Reihe bürgerlicher Staaten für uns waren, so kommt jetzt eine Periode von **Abbrüchen** heran. Die Anerkennungen der Periode von 1923—25 bedeuteten an und für sich nicht, daß der Frieden sichergestellt war, daß die Atempause dauerhaft war. Die Abbrüche der jetzigen Periode bedeuten an und für sich noch nicht, daß der Krieg für die **allernächste Zeit** unvermeidlich ist. Aber daß wir in eine neue Periode der äußersten Verschärfung der internationalen Situation eingetreten sind, welche mit einem Ueberfall gegen die USSR schwanger geht, das ist unzweifelhaft.

Die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Welt sind groß. Die Verwirklichung einer Einheitsfront der Weltbourgeoisie gegen uns ist für eine dauerhafte Zeit sehr erschwert. Aber eine teilweise Vereinigung einiger bürgerlicher Staaten gegen uns für eine gewisse Frist ist durchaus möglich.

Alles das zusammengenommen muß unsere Partei dazu veranlassen: **1. die internationale Lage als gefährlich** anzuerkennen, **2. von neuen vor den breitesten Massen die Fragen der internationalen Politik in den Vordergrund zu rücken** und **3. auf die angestrengteste Weise die allseitige Vorbereitung der Verteidigung der USSR für den Kriegsfall zu treffen.**

Die Parteien der Bourgeoisie, darunter auch die offizielle Sozialdemokratie, werden sich auf jeden Fall bemühen, das Volk über den **wirklichen Charakter jenes Krieges zu betrügen, den die Imperialisten gegen die USSR vorbereiten.** Unsere Aufgabe besteht darin, schon jetzt den breitesten Volksmassen und der ganzen Welt klar zu machen, daß das ein Krieg der Imperialisten und der Sklavenhalter gegen den ersten Staat der proletarischen Diktatur, ein Krieg des Kapitalismus gegen den Sozialismus sein wird. In diesem Kriege wird die imperialistische Bourgeoisie, — dem Wesen nach — für die Interessen der Beibehaltung des ganzen Systems der kapitalistischen Lohnsklaverei kämpfen, die USSR aber für die Interessen des internationalen Proletariats, aller kolonialen, halbkolonialen und unterjochten Länder für die Sache der internationalen Revolution und des Sozialismus.

Schon jetzt muß unsere ganze Arbeit unter den Losungen durchgeführt werden: **1. Nieder mit dem Kriege der Imperialisten gegen den Staat der proletarischen Diktatur! 2. Verwandlung des imperialistischen Krieges in**

den Bürgerkrieg in allen Ländern, welche gegen die USSR Krieg führen. 3. Niederlage aller bürgerlichen Staaten, welche gegen die USSR Krieg führen — jeder ehrliche Proletarier eines kapitalistischen Landes muß aktiv an der Niederlage „seiner“ Regierung arbeiten. 4. Uebergang jedes ausländischen Soldaten, welcher den Sklavenhaltern „seines“ Landes nicht helfen will, auf die Seite der roten Armee — die USSR ist das Vaterland aller Werktätigen. 5. Die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ wird eine heuchlerische Vertuschung der Interessen des Imperialismus in allen bürgerlichen Ländern sein, ausgenommen die kolonialen und halbkolonialen Länder, welche einen nationalrevolutionären Krieg gegen die Imperialisten führen. In der USSR wird die Losung der Vaterlandsverteidigung wahr sein, denn wir verteidigen ein sozialistisches Vaterland und die Basis der Weltarbeiterbewegung. 6. Wir sind seit dem 25. Oktober 1917 Vaterlandsverteidiger. **Unser** „vaterländischer“ (Lenin) Krieg wird ein Krieg sein „für die Sowjetrepublik als Abteilung der Weltarmee des Sozialismus“, „unser“ vaterländischer“ Krieg ist nicht ein Ausgang zum bürgerlichen Staat hin, sondern ein Ausgang zur internationalen sozialistischen Revolution hin“ (Lenin). **Unsere** Vaterlandsverteidigung ist die Verteidigung der Diktatur des Proletariats. Unseren Krieg wird der Arbeiter und der Landarbeiter mit seiner Stütze, den armen Bauern und seinen Verbündeten, den Mittelbauern, führen und zwar gegen „seinen“ Kulaken, neuen Bourgeois, Bürokraten, Ustrjalowschen Spezialisten, weißen Emigranten. **Unser** Krieg ist wirklich ein gerechter Krieg. Wer in bezug auf die USSR kein Vaterlandsverteidiger ist, der ist unbedingt ein Verräter am internationalen Proletariat.

Die Niederlage der chinesischen Revolution und ihre Ursachen.

Die Niederlage der chinesischen Revolution verändert das reale Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus, natürlich nur zeitweilig. **Neue revolutionäre Kämpfe, eine Revolution in China, sind unvermeidlich.** Das alles ist infolge der ganzen Lage sicher.

Ihren eigenen Bankrott versuchten die opportunistischen Führer hinternach durch das sog. „objektive Kräfteverhältnis“ zu erklären, wobei sie ihre gestrigen Prophezeiungen über die Nähe der **sozialistischen** Revolution in China vergessen, welche aus diesem selben Kräfteverhältnis hätte herauswachsen sollen.

Was den — auf dem heutigen Stadium — ungünstigen Ausgang der chinesischen Revolution entschieden hat, das ist die in der Wurzel falsche Linie der Führung der WKP und der ganzen Komintern, die vor allem dazu geführt hat, daß in der entscheidenden Periode es in China in Wirklichkeit keine echte bolschewistische Partei gab. Jetzt die Schuld auf die chinesischen Kommunisten allein abzuschieben, das ist oberflächlich und unwürdig.

Wir hatten in China eine klassische Erfahrung der Anwendung der **menschewistischen** Taktik der bürgerlich-demokratischen Revolution. Deshalb hat das chinesische Proletariat nicht nur sein siegreiches „Jahr 1905“ (Lenin) nicht erreicht, sondern hat es **vorläufig** im wesentlichen die gleiche Rolle gespielt, wie das europäische Proletariat in den Revolutionen des Jahres 1848.

Die Eigentümlichkeiten der chinesischen Revolution in der heutigen internationalen Situation bestehen keineswegs im Vorhandensein einer angeblich „revolutionären“ liberalen Bourgeoisie in China, auf welche die ganze Linie von Stalin-Martynow-Bucharin ihre Grundhoffnung gesetzt hätte, sondern in folgendem:

1. Die chinesische Bauernschaft, unterdrückter als die russische unter dem Zarismus, welche unter dem Joch nicht nur der eigenen, sondern auch der ausländischen Unterdrücker stöhnt, **konnte** stärker als die russische Bauernschaft in der Periode der Revolution von 1905, sich erheben und erhob sich auch höher.

2. Die Losung der Sowjets, von Lenin für China schon im Jahre 1920

aufgestellt, besaß zweifellos Boden unter den chinesischen Bedingungen der Jahre 1926/27. Die Sowjets in China konnten zur Form des Kräfte-zusammenschlusses der Bauernschaft unter der Leitung des Proletariats werden, zu wirklichen Organen der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, folglich auch zu Organen des wirklichen Widerstandes gegen die bürgerliche Kuomintang und die aus deren Schoße hervorgegangenen chinesischen Cavaignacs.

Die Lehre Lenins darüber, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nur durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft (unter der Führung der ersteren) **gegen die Bourgeoisie** bis zu Ende geführt werden kann, ist nicht nur auf China und analoge koloniale und halbkoloniale Länder anwendbar, sondern weist gerade den einzigen Weg zum Siege in diesen Ländern.

3. Aus alledem folgt, daß die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die sich in der heutigen Epoche der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen, bei Vorhandensein der USSR, in China in die Form der Sowjets ergossen hätte, alle Aussichten zu einem verhältnißmäßig schnellen Hinüberwachsen in die sozialistische Revolution besessen hätte.

Außerhalb dieses Weges bleibt nur der menschwistische Weg des Bündnisses mit der liberalen Bourgeoisie, der unbedingt zur Niederlage der Arbeiterklasse führt, was auch 1927 in China eingetreten ist.

Alle Beschlüsse des II. und IV. Weltkongresses der Komintern — über Sowjets im Osten, über die völlige Selbständigkeit der kommunistischen Arbeiterparteien in Ländern mit einer national-revolutionären Bewegung, über das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gegen die „eigene“ Bourgeoisie und dem ausländischen Imperialismus — alles das war vergessen.

Die Resolution des VII. Erweiterten EKKI (November 1926) gab nicht nur keine richtige Leninsche Einschätzung der sich bereits gewaltig entwickelnden Ereignisse in China, sondern lief ganz und gar auf die menschwistische Linie Martynows hinaus. In dieser Resolution ist, wie unglücklich das auch zu sein scheint, nichts gesagt über den ersten gegenrevolutionären Staatsstreich Tschangkaischeks im März 1926; über die Erschießungen von Arbeitern und Bauern und andere Repressalien, die im Sommer und im Herbst 1926 an einer Reihe von Stellen durch die Behörden von Kanton durchgeführt wurden; über das Zwangsschlichtungsverfahren, welches in der Praxis gegen die Arbeiter gerichtet war; über die Unterdrückung von Arbeiterstreiks durch die Kantonregierung, über die Unterstützung der gelben „Arbeiter“organisationen der Unternehmer durch die Kantonregierung; über die auf die Unterdrückung, die Beschneidung, die Störung der Entwicklung und Hebung der Bauernbewegung gerichteten Anstrengungen der Kantonregierung. In der Resolution des 7. Plenums des EKKI fehlt die Losung der Bewaffnung der Arbeiter; es fehlt die Aufforderung zum Kampfe gegen den gegenrevolutionären Kommandobestand, und die Heere Tschiangkaischeks werden in ihr als revolutionäre Armee dargestellt; es fehlt die Losung der Schaffung einer kommunistischen Tagespresse und es wird in ihr nicht klar, mit lauter Stimme, gesagt, daß eine vollkommene Selbständigkeit der kommunistischen Partei Chinas, notwendig ist. Zur Krönung alles dessen hat das 7. erweiterte EKKI die Kommunisten zum Eintritt in die Nationalregierung gestoßen, was bei der geschaffenen Lage den größten Schaden angerichtet hat.

In der Resolution des EKKI wird gesagt, daß der „Apparat der nationalrevolutionären Regierung (d. h. der Apparat der Regierung Tschiangkaischeks) einen äußerst wirksamen Weg zur Annäherung an die Bauernschaft gibt.“ Und zugleich wird dort prophezeit (im November 1926), daß „sogar einige Schichten der Großbourgeoisie (?) noch eine gewisse Zeit lang mit der Revolution zusammen marschieren können.“

Die Resolution des 7. Plenums hat verschwiegen, daß das ZK der kommunistischen Partei Chinas nach dem März 1926 die Verpflichtung über-

nommen hat, den Sunyatsenismus nicht zu kritisieren, daß es auf die elementarsten Rechte einer selbständigen Arbeiterpartei verzichtet hat, daß es ein kadettenmäßiges Agrarprogramm aufgestellt hat und endlich, daß der Sekretär des ZK, Gen. Tschen Du Hsiu, in seinem offenen Briefe vom 4. 7. 26 den Sunyatsenismus als „gemeinsamen Glauben“ der Arbeiter und der Bourgeoisie in der nationalen Bewegung anerkannt hat.

Ungefähr um die gleiche Zeit haben ganz verantwortliche russische Genossen Ratschläge in dem Sinne gegeben, daß die Entwicklung des Bürgerkriegs im Dorfe die Kampffähigkeit der Kuomintang schwächen könnte. Mit anderen Worten: sie verboten die Entwicklung der Agrarrevolution.

Noch im April 1927, wo die Entwicklung, so sollte man glauben, schon vollkommen klar war, erklärt der Gen. Stalin in der Moskauer Funktionärversammlung im Kolonnensaal, daß Tschiangkaischek ein Kämpfer gegen den Imperialismus ist, daß Tschiangkaischek sich der Disziplin der Kuomintang unterwirft, und somit unserer sicherer Bundesgenosse ist.

Mitte Mai 1927, wo die Lage noch klarer war, erklärte Gen. Stalin, daß die Kuomintang in Wuhan die „revolutionäre Kuomintang“ ist, das „**von den rechten Kuomintangleuten gereinigte Zentrum der Revolution**“.

Das 8. erweiterte Plenum des EKKI (Mai 1927) findet keine Kraft, alle diese menschewistischen Fehler zu korrigieren.

Die Opposition bringt auf dem 8. Plenum des EKKI den folgenden Antrag ein:

„Das Plenum würde richtig handeln, wenn es die Resolution Bucharin begraben würde und sie durch eine Resolution von wenigen Zeilen ersetzen würde:

Die Arbeiter und Bauern dürfen den Führern der linken Kuomintang nicht trauen, sondern müssen ihre Sowjets schaffen und sich mit den Soldaten vereinigen. Die Sowjets müssen die Arbeiter und die fortgeschrittenen Bauern bewaffnen. Die kommunistische Partei muß ihre vollkommene Selbständigkeit sicherstellen, eine Tagespresse schaffen, die Schaffung von Sowjets leiten. Die Ländereien der Gutsbesitzer sind sofort wegzunehmen. Die reaktionäre Bürokratie ist sofort auszurotten. Die verräterischen Generäle und überhaupt die Konterrevolutionäre sind an Ort und Stelle zu erledigen. Der allgemeine Kurs ist auf die Herstellung einer demokratischen Diktatur durch die Arbeiter- und Bauernräte einzuhalten.“

Der Versuch der Opposition, die Partei zu warnen, daß die „Kuomintang in Wuhan“ ganz und gar keine revolutionäre Kuomintang ist, wird von Stalin und Bucharin als „Kampf gegen die Partei“, „Ueberfall gegen die chinesische Revolution“ usw. erklärt.

Die Tatsachenmitteilungen über den wirklichen Gang der Revolution und der Gegenrevolution in China wurden verborgen gehalten und verdreht. Die Sache ging so weit, daß das Zentralorgan unserer Partei („Prawda“ vom 3. 7. 1927) die Entwaffnung der Arbeiter durch die chinesischen Generäle unter der Ueberschrift „Verbrüderung der Soldaten mit den Arbeitern“ gebracht hat.

Unter Verhöhnung der Lehre Lenins bewies Stalin, daß die Losung der Sowjets in China auszugeben bedeute, „die Losung des unmittelbaren Uebergangs zur Diktatur des Proletariats auszugeben“, während in Wirklichkeit Lenin schon während der Revolution von 1905 die **Losung der Sowjets als der Organe der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft aufstellte**.

Die rechtzeitig von der Opposition aufgestellte Losung der Sowjets für China rief von Seiten Stalins und Bucharins die Beschuldigung der „Hilfeleistung für die Gegenrevolution“ usw. hervor. Als aber die Herde der Arbeiter- und Bauernregierung durch „unsere“ „revolutionären“ Generäle zerschlagen waren, stellten Stalin und Bucharin zur Vertuschung ihres Bankrotts unerwarteter Weise die Losung der Sowjets für China auf, allerdings um sie morgen sofort zu vergessen.

Anfangs wurde die Kommunistische Partei Chinas als Mustersektion der Komintern erklärt und die geringste Kritik der Opposition — in einem Augenblick, wo man die Fehler noch verbessern konnte — wurde unterdrückt und als „böswilliger Ueberfall“ gegen die KP Chinas erklärt. Dann, als der Bankrott der Martynow-Stalin-Bucharin offensichtlich wurde, versuchte man die ganze Schuld auf die junge KP Chinas abzuwälzen.

Erst der Einsatz auf Tschiangkaischek, dann der Einsatz auf Tang Schen Tschü, dann der Einsatz auf Feng Yui Hsiang, dann der Einsatz auf den „treuen“ Wan Tin Wei. Alle diese Henker der Arbeiter und Bauern wurden der Reihe nach als Kämpfer gegen den Imperialismus und „unsere“ Verbündete erklärt.

Die menschewistische Politik wird jetzt gekrönt durch die offenkundige Kastrierung des revolutionären Gehalts der Lehre Lenins. Stalin, Bucharin und die „Schule der Jungen“ sind damit beschäftigt, zu „beweisen“, daß die Lehre Lenins über die nationalrevolutionären Bewegungen auf die Predigt des „Bündnisses mit der Bourgeoisie“ hinausläuft.

Schon im Jahre 1920, auf dem 2. Kongreß der Komintern, sagte Lenin: „Zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden und der der kolonialen Länder ist eine gewisse Annäherung entstanden, so daß sehr häufig, vielleicht sogar in der Mehrzahl der Fälle, die Bourgeoisie der unterdrückten Länder, wenn sie auch die nationale Bewegung unterstützt, **gleichzeitig im Einverständnis steht mit der imperialistischen Bourgeoisie, d. h. zusammen mit ihr gegen alle revolutionären Bewegungen und alle revolutionären Klassen kämpft**“ (Bd. XVII, S. 275).

Mit welchen Worten Lenin jetzt Menschen brandmarken würde, die es wagen, sich zur Rechtfertigung ihrer menschewistischen Politik des Bündnisse mit Tschiangkaischek und Wan Tin Wei auf ihn zu berufen, das hat er selbst im März 1917 gesagt:

„Unsere Revolution ist bürgerlich, daher müssen die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen, so sprechen nichtsnutzige Politiker aus dem Lager der Liquidatoren. Unsere Revolution ist bürgerlich, so sagen wir, die Marxisten, daher müssen die Arbeiter die Augen des Volkes hinlenken auf den Betrug der bürgerlichen Politikanten, ihnen beibringen, keinen Worten zu glauben, sich nur auf die eigenen Kräfte zu verlassen, auf die eigene Organisationen, auf die eigene Einigung, auf die eigene Bewaffnung“ (Bd. XIV, Teil I, S. 11).

Es gibt kein größeres Verbrechen vor dem internationalen Proletariat als den Versuch, jetzt Lenin als einen Apostel des „Bündnisses mit der Bourgeoisie“ darzustellen.

In der Geschichte des revolutionären Kampfes kann man selten Fälle finden, wo marxistische Voraussagen sich so schnell und genau bestätigt hätten, wie die Anschauungen der Opposition über die Probleme der chinesischen Revolution in den Jahren 1926—27 sich bestätigt haben.

Das Studium des Entwicklungsgangs der chinesischen Revolution und der Ursachen zu ihrer Niederlage ist eine brennende Aufgabe für die Kommunisten der ganzen Welt. Diese Fragen werden schon morgen als Lebensfragen der Arbeiterklasse nicht nur in China, sondern auch in Indien und in anderen Ländern des Ostens vor der Arbeiterklasse stehen und damit für das gesamte internationale Proletariat. In den Diskussionen über diese Fragen, welche die Grundlage der marxistischen Weltanschauung selbst berühren, werden sich die wirklichen bolschewistischen Kader der kommenden Revolutionen bilden.

Die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus und die Taktik der Komintern.

Eine der Hauptthesen des Bolschewismus besagt, daß die durch den Weltkrieg und unsere Revolution begonnene Epoche die Epoche der **sozialistischen Revolution** ist. Die Kommunistische Internationale wurde geschaffen als „Partei der Weltrevolution“. Die Anerkennung dieser Tatsache bildet einen Teil der „21 Bedingungen“, und auf dieser Linie vor

allem trennten sich die Kommunisten von den Sozialdemokraten, den „Unabhängigen“, Menschewiken aller Sorten und Arten.

Die Anerkennung der Tatsache, daß der Krieg und der Oktober die Epoche der Weltrevolution eröffnet haben, bedeutet selbstverständlich keineswegs, daß in jedem gegebenen Moment eine unmittelbar revolutionäre Situation vorhanden ist. In gewissen Perioden, in einzelnen Ländern und auf einzelnen Produktionsgebieten ist der „sterbende Kapitalismus“ (Lenin) fähig, teilweise die Wirtschaft wieder herzustellen und sogar Produktivkräfte zu entwickeln. Die Epoche der Weltrevolution besitzt ihre Perioden des Aufschwungs und des Niedergangs. Eine ungeheure Rolle in dieser Beziehung spielt die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Grad des Einflusses der gegenrevolutionären Sozialdemokratie, die richtige Leitung der Komintern. Aber Flut und Ebbe ändern nicht die Leninsche Grundeinschätzung der heutigen geschichtlichen Epoche im Ganzen. Nur diese Einschätzung kann der revolutionären Strategie der Komintern zugrunde liegen.

Indessen ist auf der Grundlage einer Reihe von Niederlagen der internationalen revolutionären Bewegung und der aus ihnen hervorgegangenen Niedergangsstimmungen die Gruppierung Stalins, ohne es selber zu bemerken zu einer gänzlich „neuen“, dem Wesen nach sozialdemokratischen, Einschätzung der heutigen Epoche gekommen. Die ganze „Theorie“ des Sozialismus in einem Lande geht in ihrer Grundlage von der Annahme aus, daß die „Stabilisierung“ des Kapitalismus eine Reihe von Jahrzehnten anhalten kann. Diese ganze „Theorie“ ist ihrem Wesen nach das Produkt fauler „Stabilisierungs“stimmungen. Nicht zufällig wurde die „Theorie“ vom Sozialismus in einem Lande durch die rechten und linken SR—s begrüßt. Tschernow schrieb aus diesem Anlaß über die „kommunistische Volkstümlerei“ von Stalin und Bucharin. Das Organ der „linken“ SR—s schrieb: „Stalin und Bucharin nehmen an, ganz wie die Volkstümler, daß der Sozialismus in einem Lande siegen kann“ („Snamja Borjby“, Nr. 17—18 1926). Die SR—s unterstützen diese Theorie eben deshalb, weil sie in ihr den Verzicht auf die Taktik der Weltrevolution sehen.

In der Resolution des 14. Parteitags, die nach dem Referat des Gen. Stalin angenommen wurde, heißt es, offensichtlich falsch: „auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen ist eine Befestigung und Erweiterung der „Atempause“ vorhanden, die sich in eine ganze Periode verwandelt hat“ (Protokoll des 14. Parteitags, S. 957).

Auf dem 7. erweiterten Plenum des EKKI baute Stalin in seinem Referat vom 7. Dezember 1926 die ganze Politik der Komintern auf derselben, in der Wurzel falschen Einschätzung der Weltlage (Stenographischer Bericht, II, S. 12) diese Einschätzung hat sich bereits als vollkommen falsch erwiesen.

Die Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK (Juli, August 1927) spricht bereits von einer technischen, ökonomischen und politischen Stabilisierung des Kapitalismus ohne jede Einschränkung. Das nähert die Stalinsche Einschätzung der Weltlage noch mehr der Einschätzung der Führer der II. Internationale an, Otto Bauers, Hilferdings, Kautskys u. a.

Seit dem 14. Parteitage sind etwas über 1½ Jahre vergangen. Während dieser Zeit gehen — wenn man nur die wichtigsten Ereignisse nimmt — vor sich: der Generalstreik in England, die gewaltigen Ereignisse der chinesischen Revolution, der Arbeiteraufstand in Wien. Alle diese Ereignisse, unabwendbar begründet durch die Bedingungen der jetzigen „Stabilisierung“, reden davon, wieviel Sprengstoff der Kapitalismus angehäuft hat, wie unsicher seine „Stabilisierung“ ist. Alle diese Ereignisse schlagen der „Theorie“ des Sozialismus in einem Lande ins Gesicht.

Die Kehrseite der „Stabilisierung“ des Kapitalismus: 20 Millionen Arbeitslose, kolossale Unterbelastung des Produktionsapparates, rasendes Wachstum der Rüstungen, äußerste Unsicherheit der Weltwirtschaftsverbindungen. Nichts enthüllt in solchem Maße die Grundlosigkeit der Hoffnungen auf eine langdauernde friedliche Periode, wie die über Europa hängende neue Kriegsgefahr. Von der Stabilisierung „auf Jahrzehnte“ phan-

tasiert der Kleinbürger, geblendet vom „Sieg“ des Kapitalismus über die Arbeiter, geblendet von den technischen, wirtschaftlichen und politischen Erfolgen des Kapitalismus. Indessen entwickelt sich die Wirklichkeit auf einen Krieg hin, d. h. auf die Sprengung jeglicher „Stabilisierung“. Die Arbeiterklasse aber und die unterdrückten Völker des Ostens versuchen einmal über das andere, mit Gewalt diese „Stabilisierung“ zu sprengen, einmal in England, einmal in China, einmal in Wien.

Generalstreik in England — und nur fünftausend Mitglieder in der englischen kommunistischen Partei. Arbeiteraufstand in Wien mit einer solchen Anzahl von Opfern, daß diese für eine ganze Revolution ausreichen würden — und lediglich 6000 Mitglieder der kommunistischen Partei Oesterreichs. Militäraufstand der Arbeiter- und Bauernmassen in China — und das ZK der KP Chinas ist nur ein Anhängsel der bürgerlichen Spitze der Kuomintang. Das ist der schreiendste Widerspruch in der jetzigen Weltlage. Das unterstützt und zieht die „Stabilisierung“ des Kapitalismus in die Länge.

Die größte Aufgabe besteht darin, den kommunistischen Parteien zu helfen, bis zum Niveau jener riesigen Anforderungen sich zu erheben, welche die heutige Epoche an uns stellt. Das setzt vor allem voraus ein richtiges Verständnis für den Charakter der Weltlage seitens der Komintern selber.

Unsere internationale kommunistische Partei (Komintern) muß sich die Aufgabe stellen, die ganze internationale Arbeiterklasse zum Kampfe für die Abwehr des Krieges, für die Verteidigung der USSR für die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Krieg für den Sozialismus zu sammeln. Zu diesem Zweck muß der kommunistische Arbeiter vor allem den revolutionär gestimmten nichtkommunistischen Arbeiter erobern, den Parteilosen, den Sozialdemokraten, Syndikalisten, Anarchisten, den Trade-Unionisten, und ebenso den ehrlichen Arbeiter, welcher noch einer rein bürgerlichen Organisation angehört. „Unter der Einheitsfront muß man verstehen die Einheit aller Arbeiter, welche gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, also auch Arbeiter, welche noch den Anarcho-Syndikalisten usw. folgen. In den romanischen Ländern ist die Anzahl solcher Arbeiter noch beträchtlich“. So beschloß der 4. Weltkongreß der Komintern unter Lenin. Dieser Beschluß behält auch heute seine Bedeutung.

Schon heute zeigen die leitenden Kreise der zweiten Internationale in Amsterdam und ihre Handlungen, daß ihr Verhalten im kommenden Kriege an Gemeinheit und Verräterei ihre Rolle in den Jahren 1914—18 übertreffen wird. Paul-Boncour (Frankreich) bringt ein Gesetz durch, welches von vornherein die Arbeiter für die Kriegszeit mit Kopf und Kragen an die bürgerlichen Diktatoren ausliefert. Der Generalrat (England) verteidigt die Mörder Wolkows und segnet die Absendung von Truppen nach China. Kautsky (Deutschland) ruft zum bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetregierung in Rußland auf, und das ZK der SPD organisiert eine „Granatenkampagne“. Die sozialdemokratischen Minister Finnlands, Lettlands, die Führer der PPS in Polen sind „immer bereit“, einen Krieg gegen die USSR zu unterstützen. Die Führer der offiziellen amerikanischen Gewerkschaften treten als die ordinärsten Reaktionäre auf und kämpfen offen gegen die Anerkennung der USSR. Die „Sozialisten“ auf dem Balkan unterstützen die Henker „ihrer“ Arbeiter und werden stets einen Feldzug gegen die „fremde“ USSR unterstützen. Die österreichischen sozialdemokratischen Führer sind mit Worten „für die USSR“, aber Leute, welche ihren Faschisten geholfen haben, den Wiener Aufstand im Arbeiterblut zu erstickern, werden natürlich im entscheidenden Moment für die Kapitalisten sein. Die russischen Menschewiki und die SR—s unterstützen nur so lange keine Intervention gegen die USSR, als es keine realen Interventionen gibt. Die Führer der sog. „linken“ Sozialdemokraten, welche das gegenrevolutionäre Wesen der Sozialdemokratie vertuschen, bilden die Hauptgefahr, denn sie verhindern die Arbeiter, welche noch der Sozialdemokratie folgen, am meisten, mit den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung zu brechen. Eine ebenso verräterische Rolle spielen die ehemaligen Mitglieder

der Komintern (wie Katz, Schwarz, Korsch, Rosenberg), welche durch ihre Ultralinkheit hindurch zum Bruch mit dem Kommunismus gekommen sind.

Das Kokettieren mit der durch und durch antirevolutionären sozialdemokratischen Spitze (in allen ihren Schattierungen, von den offen Rechten bis zu den angeblich „Linken“) wird besonders gefährlich, je näher der Krieg herankommt. Die Taktik der Einheitsfront darf unter keinen Umständen aufgefaßt werden als Block mit dem verräterischen Generalrat, als Annäherung an Amsterdam, denn eine solche Politik schwächt und verwirrt die Arbeiterklasse, hebt die Autorität unzweifelhafter Verräter und behindert den größtmöglichen Zusammenschluß der eigenen Kräfte.

Der falsche Stalinsche Kurs des „Feuers gegen Links“ hat während der letzten 1 bis 2 Jahre dazu geführt, daß in der Leitung der wichtigsten Sektionen der Komintern die wichtigste Rolle, entgegen dem Willen der kommunistischen Arbeiter, in die Hände des rechten Flügels geraten ist (Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Frankreich, England, Italien).

Die Politik der führenden rechten Gruppen, welche auf die Abhackung des ganzen linken Flügels der Komintern gerichtet ist, schwächt die Kräfte der Komintern und bereitet die größten Gefahren vor. Insbesondere ist die Abhackung der Urbahns-Gruppe in Deutschland gerade von der Politik der Abhackung des ganzen linken Flügels der Komintern diktiert. Indem sie an einzelnen Schärfen in der Polemik der Linken Anstoß nimmt, welche dadurch hervorgerufen werden, daß man die Anhänger von Urbahns-Maslow wider besseres Wissen als „Renegaten“, „Gegenrevolutionäre“, „Agenten Chamberlains“ usw. beschimpft, stößt die Stalin-Gruppe beharrlich die deutschen Linken auf den Weg einer zweiten Partei, strebt sie hartnäckig an, daß die Spaltung in den Reihen der deutschen Kommunisten eine endgültige Tatsache werden soll.

In Wirklichkeit vertritt die Urbahns-Gruppe in allen Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung die Anschauungen Lenins. Sie verteidigt und wird ohne Zweifel im entscheidenden Moment die USSR bis zuende verteidigen. Sie enthält Hunderte alter bolschewistischer Kaderarbeiter, die mit breiten Arbeitermassen verbunden sind. Mit ihr sympathisieren Tausende von kommunistischen Arbeitern, welche Mitglieder der KPD bleiben.

Die Rückkehr aller derjenigen ausgeschlossenen Genossen in die Komintern, welche die Beschlüsse der Kongresse der Komintern anerkennen, in erster Linie der Urbahns-Gruppe, ist der erste Schritt zu Verbesserung der von Stalin gemachten Spaltungsschritte in der Komintern.

In der „Kinderkrankheit“ hat Lenin, als er die Fehler einer wirklichen „Ultralinkheit“ aufdeckte, geschrieben, daß der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung der „**Opportunismus**“ bleibt. **„Dieser Feind bleibt im internationalen Maßstab der Hauptfeind“** (Lenin, Bd. XVII, S. 194). Auf dem II. Weltkongreß der Komintern hat Lenin hinzugefügt, daß „im Vergleich mit dieser Aufgabe die Verbesserung der „Fehler“ der linken Strömung im Kommunismus eine leichte Aufgabe sein wird“ (Lenin, Bd. XVII, S. 267).

Als Lenin von den „Linken“ sprach, hatte er die Ultralinken im Auge, während Stalin, wenn er jetzt vom Kampfe gegen die Ultralinken spricht, die revolutionären Leninisten meint.

Energischer Kampf gegen die rechte opportunistische Strömung als gegen den **Hauptfeind** und **Verbesserung der Fehler** der „linken“ Strömung. Dazu rief Lenin auf, dazu rufen auch wir, die Oppositionellen, auf.

Die Kraft des „sozialistischen“ Opportunismus ist letzten Endes die Kraft des Kapitalismus. Als in den ersten Jahren nach der Weltkrise (1918 bis 1921) der Kapitalismus rasch in den Abgrund rollte, wurde die offizielle Sozialdemokratie mit ihm zusammen schwach und fiel. Die Jahre der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus bringen eine zeitweilige Stärkung der Sozialdemokratie mit sich. Die Niederlage der italienischen Arbeiter in den Jahren 1920—21, des deutschen Proletariats in den Jahren 1921—23, die Niederlage der großen Streiks in England im Jahre 1926 und die Niederlage des chinesischen Proletariats 1927 werden, welches auch ihre Ursachen

sein mögen, selbst zur Ursache einer zeitweiligen Senkung der revolutionären Stimmung in den oberen Schichten des Proletariats, stärken für eine gewisse Periode die Sozialdemokratie auf Kosten der kommunistischen Partei und geben innerhalb der kommunistischen Partei dem rechten Flügel auf Kosten des linken zeitweilig ein Übergewicht. Die Rolle der Arbeiteraristokratie, der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer ist in solchen Perioden besonders groß und besonders reaktionär.

In diesem oder jenem Grade müssen diese Prozesse auch die WKP beherrschen. Das Apparate-„Zentrum“ eröffnet das „Feuer“ ausschließlich gegen links und schafft mit mechanischen Mitteln ein neues Kräfteverhältnis, noch mehr zum Nachteil des linken leninschen Flügels. Es entsteht eine Lage, bei welcher in Wirklichkeit nicht die Partei abstimmt, sondern lediglich der Parteiapparat.

Das sind die allgemeinen Ursachen, aus welchen zeitweilig der Einfluß des Leninschen Flügels in der Leitung der Politik der Komintern, der WKP und des Sowjetstaats schwächer geworden ist, während im Namen der Komintern immer mehr rechte, halbsozialdemokratische Elemente auftreten, die nach dem Oktober noch im Lager der Feinde waren und dann in die Reihen der Komintern eher als Leute zugelassen worden, die erst geprüft werden müßten (Martynow, Schmeral, Rafes, D. Petrowski, Pepper u. a.) oder Abenteurer wie Heinz Neumann und ihm ähnliche Gestalten. Aber in den Massen häufen sich schon Elemente einer neuen Verschiebung nach links, eines neuen revolutionären Aufschwungs an. Die Opposition bereitet theoretisch und politisch dieses Morgen vor.

Wichtigste Schlußfolgerungen.

1. In den Kreisen der leitenden Mehrheit wird unter dem Einfluß des Abbruchs der Beziehungen zwischen England und Rußland und anderer Schwierigkeiten, internationaler und innerer, heute ungefähr solch ein „Plan“ ausgetragen: 1. die Schulden anzuerkennen; 2. mehr oder weniger das Außenhandelsmonopol zu liquidieren; 3. aus China herauszugehen, d. h. „zeitweilig“ auf die Unterstützung der chinesischen Revolution und überhaupt der national-revolutionären Bewegungen zu verzichten; 4. innerhalb des Landes ein rechtes „Manöver“, d. h. noch eine gewisse Erweiterung der Nep. Um diesen Preis hofft man, die Kriegsgefahr aus der Welt zu schaffen, die internationale Lage der USSR zu verbessern und die inneren Schwierigkeiten zu beseitigen oder abzuschwächen. Dieser ganze „Plan“ baut sich auf der Einschätzung auf, daß die Stabilisierung des Kapitalismus für Jahrzehnte gesichert ist.

In Wirklichkeit würde das kein „Manöver“ bedeuten, sondern unter den heutigen Umständen die völlige Kapitulation der Sowjetmacht: durch die „politische Nep“, die „Neonep“ — zurück zum Kapitalismus.

Die Imperialisten würden alle Zugeständnisse **annehmen** und **desto schneller** zu einer neuen Attacke, bis zum Kriege, schreiten. Der Kulak, der Nepmann und der Bürokrat würden die gemachten Zugeständnisse zur Kenntnis nehmen und desto energischer alle sowjetfeindlichen Kräfte gegen unsere Partei mobilisieren. Eine solche Taktik von unserer Seite her würde die engste Verbindung unserer neuen Bourgeoisie mit der ausländischen Bourgeoisie herstellen. Die wirtschaftliche Entwicklung der USSR würde unter die volle Kontrolle des internationalen Kapitals geraten: für einen Groschen Anleihe und für einen Taler Fron. Die Arbeiterklasse aber und die Hauptmasse der Bauernschaft würden den Glauben an die Macht ihrer Sowjetregierung verlieren, den Glauben daran, daß die Sowjetregierung weiß, wohin sie das Volk führt.

Den Versuch zu machen, uns vom Kriege „loszukaufen“ wenn das möglich ist, dazu sind wir verpflichtet. Aber gerade hierzu müssen wir stark sein, einheitlich, müssen wir unerschütterlich die Taktik der Weltrevolution vertreten, die Komintern verstärken. Nur dann hat man ernsthafte Aussichten, einen möglichst großen Aufschub des Krieges um einen solchen Preis zu erhalten, der keineswegs die Grundlagen der Sowjetmacht unter-

gräbt, und, falls der Krieg unvermeidlich ist, die Unterstützung des internationalen Proletariats zu erhalten und zu siegen.

Lenin ließ gewisse wirtschaftliche Konzessionen an die Imperialisten zu, um sich vom Kriege loszukaufen oder um ausländisches Kapital **unter annehmbaren Bedingungen** heranzuziehen. Aber **unter keinen Bedingungen**, auch nicht in den schwersten Momenten der Revolution, ließ Lenin auch nur den bloßen Gedanken der Abschaffung des Auslandsmonopols und der Einräumung politischer Rechte an den Kulaken zu, der Abschwächung der Unterstützung der Weltrevolution, der Abschwächung der Taktik der Weltrevolution überhaupt.

Notwendig ist vor allem, den **Kurs auf die internationale Revolution** voll und ganz zu bestätigen und zu befestigen und alle „Stabilisierungs“-stimmungen und pseudo-„staatsmännischen“ Stimmungen energisch zurückzuweisen, welche darauf hinauslaufen, daß man überhaupt nicht hätte „nach China kriechen“ sollen, daß man „möglichst schnell aus China herausgehen“ muß, daß, wenn wir uns „vernünftig“ benehmen werden, „man uns in Ruhe lassen wird“ usw. Die „Theorie“ des Sozialismus in einem Lande spielt jetzt schon eine direkt zersetzende Rolle und stört offensichtlich den Zusammenschluß der Kräfte des internationalen Proletariats und der USSR, denn sie lullt die Arbeiter der anderen Länder ein und stumpft ihr Bewußtsein für die Gefahr ab.

2. Eine ebenso große Bedeutung hat die Aufgabe, **die Reihen unserer Partei zusammenzuschließen**, ein Ende zu setzen der direkten Spekulation der imperialistischen Bourgeoisie und der Führer der Sozialdemokratie auf eine Spaltung, Abspaltung, auf ein „Abhacken“ usw. Das hat eine ganz direkte Beziehung zur Frage des Krieges, denn jetzt geht das „Abtasten“, dem die Imperialisten uns unterwerfen, immer mehr auf dieser moralisch-politischen Linie. Alle Organe der internationalen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zeigen heute ein ungewöhnliches Interesse für unsere innerparteilichen Streitigkeiten und stoßen offen die jetzige Mehrheit des ZK zum Ausschluß der Opposition aus den leitenden Organen der Partei, und, wenn möglich, auch aus der Partei, und, wenn möglich auch zur direkten Erledigung, und billigen alles das. Angefangen mit der reichsten bürgerlichen Zeitung „New York Times“ und aufgehört mit der pfiffigsten Zeitung der II. Internationale, der „Wiener Arbeiterzeitung“ (Otto Bauer) begrüßen alle Organe der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie die „Regierung Stalins“ um ihres Kampfes gegen die Opposition willen, und rufen sie auf, nochmals ihren „staatsmännischen Verstand“ zu beweisen durch die energische Absägung der oppositionellen „Propagandisten der internationalen Revolution“.

Unter sonst gleichen Bedingungen wird der Krieg um so später beginnen, je weniger die Hoffnungen des Feindes auf Spaltung, Abhackung usw. gerechtfertigt sein werden. Sowohl uns vom Kriege loskaufen, wenn das möglich ist, wie auch im Kriege siegen, wenn wir werden Krieg führen müssen, können wir nur dann, wenn wir die volle Einheit beibehalten werden, wenn wir vor allem die Hoffnungen der Imperialisten auf Spaltungen, Abspaltung, Abhackung enttäuschen werden. Diesen letzteren Weg brauchen nur die Kapitalisten.

3. Notwendig ist es, unsere Klassenlinie in der internationalen Arbeiterbewegung auszurichten, den Kampf gegen den linken Flügel der Komintern einzustellen, diejenigen Ausgeschlossenen in die Komintern zurückzubringen, welche die Beschlüsse der Komintern-Kongresse anerkennen, und ein für allemal ein Ende zu setzen der Politik des „herzlichen Einvernehmens“ mit den verräterischen Führern des englischen Generalrats. Der Bruch des Blocks mit dem Generalrat hat in der heutigen Situation eine ebensolche Bedeutung, wie 1914 der Bruch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro der Zweiten Internationale. Diesen Bruch forderte Lenin damals ultimativ von jedem Revolutionär. Bleibt man im Block mit einem solchen Generalrat, so bedeutet das auch heute, daß man die gegenrevolutionären Führer der Zweiten Internationale unterstützt.



4. Notwendig ist es, unsere Linie in der **national-revolutionären Bewegung** auszurichten, vor allem in China, aber ebenso in einer Reihe anderer Länder: die Linie von Martynow-Stalin-Bucharin muß liquidiert werden, man muß zur Linie Lenins zurückkehren, zu den Beschlüssen des zweiten und vierten Weltkongresses der Komintern. Sonst werden wir aus einem Motor zu einer Bremse der national-revolutionären Bewegung werden und unvermeidlicherweise die Sympathien der Arbeiter und Bauern im Osten verlieren. Die KP Chinas muß jede organisatorische oder politische Abhängigkeit von der Kuomintang aufheben. Die Komintern muß die Kuomintang aus ihrer Mitte jagen.

5. Notwendig ist es, konsequent, systematisch, hartnäckig den **Kampf um den Frieden** zu führen. **Den Krieg aufschieben, sich vom heranrückenden Kriege „loskaufen“, alles was möglich und statthaft ist, (vgl. § 1) muß man hierfür tun.** Gleichzeitig muß man aber sich, ohne einen Augenblick zu ruhen, schon jetzt auf den Krieg vorbereiten und in erster Linie dem ideologischen und politischen Durcheinander in der Frage, ob eine nahe Kriegsgefahr besteht, ein Ende machen.

6. Die Klassenlinie unserer Innenpolitik ist entschieden auszurichten. Wenn der Krieg unvermeidlich ist, so kann nur eine streng bolschewistische Linie siegen: **der Arbeiter und der Landarbeiter mit ihrer Stütze, dem armen Bauern, im Bündnis mit den Mittelbauern gegen den Kulaken, dem Nepmann, dem Bürokraten.**

7. Allseitige Vorbereitung der ganzen Wirtschaft, des Budgets usw. für den Fall eines Krieges.

* * *

Der Kapitalismus betritt eine neue Periode von Erschütterungen. Ein Krieg mit der USSR wie auch ein Krieg mit China führt für den Weltkapitalismus eine Reihe von Katastrophen mit sich. Schon der Krieg der Jahre 1914 bis 1918 war ein großer „Akzelerator“ (Lenin) der sozialistischen Revolution. Neue Kriege, insbesondere ein Krieg gegen die USSR, zu welcher bei richtiger Politik unsererseits die Sympathien der Werktätigen der ganzen Erde sich hinwenden werden, können noch größere „Beschleuniger“ des Untergangs des Weltkapitalismus werden. **Sozialistische Revolutionen werden auch ohne neue Kriege wachsen. Aber neue Kriege werden unvermeidlicherweise zu sozialistischen Revolutionen führen.**

X. Die Rote Armee und die Rote Flotte.

Die internationale Lage rückt immer mehr die Fragen der Verteidigung der Sowjetunion in den Vordergrund. Der Roten Armee und der Roten Flotte müssen Partei, Arbeiterklasse und Bauernschaft jetzt von neuem sehr große Aufmerksamkeit zuwenden.

Bei der Verteidigung laufen alle Tatsachen der Oekonomie, der Politik und der Kultur zusammen. Die Armee ist ein Abbild der ganzen Gesellschaftsstruktur. Sie spiegelt am schärfsten nicht nur die starken, sondern auch die schwachen Seiten des Regimes wider. Die Erfahrung lehrt, daß auf diesem Gebiete es besonders unzulässig ist, sich auf den äußeren Schein zu verlassen. Gerade in dieser Frage ist es besser, nach der Seite der dreifachen Selbstprüfung und Selbstkritik zu übertreiben, anstatt sich auf gemütliches Vertrauen einzulassen.

Die Frage nach der Wechselbeziehung der Klassen im Lande und die richtige Politik der Partei auf diesem Gebiete haben einschneidende Bedeutung für die innere Geschlossenheit der Armee und für die Wechselbeziehungen zwischen dem Kommandobestand und der Masse der Rotarmisten. Die Frage der Industrialisierung hat eine entscheidende Bedeutung für die technischen Hilfsquellen der Verteidigung. Alle Maßnahmen, welche die vorliegende Plattform auf dem Gebiet der internationalen Politik und der internationalen Arbeiterbewegung, der Industrie, der Landwirtschaft, des Sowjetsystems, der nationalen Frage, der Partei und des kommunistischen Jugendverbandes stellt, haben eine erstklassige Bedeutung für die Befestigung der Roten Armee und der Roten Flotte.

Unsere praktischen Vorschläge in dieser Frage sind dem Politbüro bekanntgegeben worden.

XI. Ueber die wirklichen Differenzen und über eingebildete Differenzen.

Nichts bezeugt so sehr, daß die Stalingruppe unrecht hat, wie ihr fortwährendes Bestreben, nicht gegen unsere wirklichen Anschauungen zu polemisieren, sondern gegen ausgedachte Anschauungen, die wir niemals geteilt haben und nicht teilen.

Als die Bolschewiki mit den Menschewiki stritten, mit den SR-s und anderen kleinbürgerlichen Strömungen, da entwickelten die Bolschewiki vor den Arbeitern das wirkliche System der Anschauungen ihrer Gegner. Wenn aber die Menschewiki oder die SR-s gegen die Bolschewiki kämpften, so widerlegten sie nicht deren wirkliche Ansichten, sondern schrieben den Bolschewiki das zu, was sie **nicht** sagten. Die Menschewiki und die SR-s **konnten** nicht die Anschauungen der Bolschewiki vor den Arbeitern einigermaßen richtig darstellen, denn in diesem Falle hätten die Arbeiter die Bolschewiki unterstützt. Die ganze Mechanik des Klassenkampfes führte die kleinbürgerlichen Gruppen zur Notwendigkeit, die Bolschewiki zu bekämpfen als „Verschwörer“, „Helfershelfer der Gegenrevolution“, später als „Agenten Wilhelms“ usw.

So kann auch heute die kleinbürgerliche Strömung in unserer eigenen Partei gegen unsere Leninschen Anschauungen nicht anders kämpfen, als dadurch, daß sie uns zuschreibt, was wir niemals gedacht und niemals gesagt haben. Die Stalingruppe weiß sehr gut, daß, wenn wir einigermaßen ungehindert unsere wirklichen Anschauungen vertreten könnten, die Mehrheit der Mitglieder unserer Partei uns unterstützen würde.

Die elementaren Bedingungen einer ehrlichen innerparteilichen Diskussion werden nicht eingehalten. In den Fragen der chinesischen Revolution, die Weltbedeutung besitzen, hat das ZK bisher keine einzige Zeile von dem gedruckt, was die Opposition sagt. Indem sie die Partei hermetisch zukorkt, indem sie die Opposition von der Parteipresse abschneidet, führt die Stalingruppe eine ununterbrochene Diskussion gegen uns und schreibt uns Tag für Tag immer mehr Dummheiten und Verbrechen zu. Die Partei aber glaubt immer weniger an diese Beschuldigungen.

1. Wenn wir sagen, daß die jetzige Stabilisierung des Kapitalismus keine Stabilisierung für Jahrzehnte ist, daß unsere Epoche die Epoche der imperialistischen Kriege und der sozialistischen Revolutionen bleibt (Lenin), so schreibt uns die Stalinsche Gruppe die Leugnung **aller** Elemente der Stabilisierung des Kapitalismus zu.

2. Wenn wir mit Lenin sagen, daß zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande der Sieg der proletarischen Revolution noch in einem oder in mehreren fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern notwendig ist, daß der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande, überdies in einem zurückgebliebenen Lande, wie Marx, Engels, Lenin, bewiesen haben, unmöglich ist, dann schreibt uns die Stalingruppe die Anschaffung zu, daß wir an dem Sozialismus und an den sozialistischen Aufbau in der USSR „nicht glauben“.

3. Wenn wir mit Lenin hinweisen auf die wachsenden bürokratischen Perversionen unseres proletarischen Staats, dann schreibt uns die Stalingruppe den Gedanken zu, daß wir überhaupt unseren Sowjetstaat für keinen proletarischen Staat ansehen. Wenn wir vor dem Antlitz der ge-

samten Komintern erklären (vgl. die Erklärung, unterschrieben von Sinowjew, Kamenew, Trotzki vom 15. 12. 26 auf dem VII. erweiterten EKKI, § 1): „Jeder, der versucht, direkt oder indirekt sich mit uns zu solidarisieren, aber zugleich den proletarischen Charakter unserer Partei und unseres Staates und den sozialistischen Charakter der Aufbauarbeit in der USSR zu leugnen versucht, wird auch fernerhin die entschiedenste Ablehnung unsererseits erfahren“, so verbirgt die Stalingruppe unsere Erklärung, setzt ihre Verleumdungen gegen uns aber fort.

5. Wenn wir auf das gewaltige Wachstum des Kulaken hinweisen; wenn wir mit Lenin zu behaupten fortfahren, daß der Kulak nicht friedlich „in den Sozialismus hineinwachsen“ kann, daß er der bitterste Feind der proletarischen Revolution ist, dann beschuldigt uns die Stalingruppe, wir wollten „die Bauernschaft ausrauben“.

6. Wenn wir die Aufmerksamkeit unserer Partei auf die Tatsache der Befestigung der Positionen des Privatkapitals hinlenken, des unmäßigen Wachstums seiner Einsparnisse und seines Einflusses im Lande, dann beschuldigt uns die Stalingruppe, wir träten gegen die Nep auf und forderten die Wiederherstellung des Kriegskommunismus.

7. Wenn wir auf die Fehler der Politik auf dem Gebiete der materiellen Lage der Arbeiter hinweisen, auf das Unzureichende der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot, endlich darauf, daß der Anteil der nichtproletarischen Schichten im Volkseinkommen unmäßig wächst, dann sagt man uns, wir seien einer „zünftlerischen“ Abweichung und der „Demagogie“ schuldig.

8. Wenn wir auf das systematische Zurückbleiben der Industrie hinter den Anforderungen der Volkswirtschaft mit allen hieraus sich ergebenden Folgen hinweisen — Disproportion, Warenhunger, Untergrabung der Smyschka — dann nennt man uns Hyperindustrialisten.

9. Wenn wir auf die falsche Preispolitik hinweisen, welche die Teuerung nicht mildert, aber zu wüsten Profiten des Privathändlers führt, dann beschuldigt uns die Stalingruppe, wir seien für eine Politik der Preiserhöhung. Wenn vor einem Jahre wir vor der ganzen Komintern (vgl. die oben genannte Erklärung, § 5) sagten: „Die Opposition hat in keiner einzigen ihrer Reden die Preiserhöhung gefordert oder vorgeschlagen, sie sah aber die Hauptfehler unserer Wirtschaftspolitik gerade darin, daß diese Politik nicht mit der notwendigen Energie zur Verminderung des Warenhungers für Industriewaren führt, womit die hohen Detailpreise unvermeidlicherweise verbunden sind“, so wurde diese Erklärung vor der Partei verborgen, während man fortfuhr, gegen uns Verleumdungen vorzubringen.

10. Wenn wir gegen ein „herzliches Eivernehmen“ mit den Verrätern des Generalstreiks und den Gegenrevolutionären im englischen Generalrat auftreten, welche offen die Rolle von Agenten Chamberjains spielen, dann beschuldigt man uns, wir seien gegen die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und gegen die Einheitsfronttaktik.

11. Wenn wir gegen den Eintritt der Gewerkschaften der USSR. in Amsterdam auftreten und gegen irgendwelches Kokettieren mit den Spitzen der 2. Internationale, dann beschuldigt man uns einer „sozialdemokratischen Abweichung“.

12. Wenn wir auftreten gegen den Einsatz auf die chinesischen Generale, gegen die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die bürgerliche Kuomintang, gegen die menschewistische Taktik Martynows, dann beschuldigt man uns, wir seien „gegen die Agrarrevolution in China“, wir seien „einig mit Tschiangkaischek“.

13. Wenn auf der Grundlage der Einschätzung der Weltlage wir zu dem Schluß kommen, daß der Krieg nähergekommen ist und rechtzeitig die Partei darauf hinweisen, dann wird gegen uns die ehrlose Behauptung aufgestellt, wir „wollen den Krieg“.

14. Wenn wir, treu der Lehre Lenins, darauf hinweisen, daß die Annäherung des Krieges besonders dringend eine feste, klare, geschliffene Klassenlinie erfordert, dann beschuldigt man uns schamlos, wir wollten die

USSR nicht verteidigen, wir seien „bedingte Verteidiger“, Halbdemokraten usw.

15. Wenn wir auf die vollkommen unbestreitbare Tatsache hinweisen, daß die gesamte Weltpresse der Kapitalisten und der Sozialdemokraten den Kampf Stalins gegen die Opposition in der WKP (B.) unterstützt, den Stalin wegen seiner Repressionen gegen den linken Flügel lobt und ihn auffordert, die Opposition abzuhacken, sie aus dem ZK und der Partei auszuschließen, dann beweisen die „Prawda“ und mit ihr die gesamte Partei und Sowjetpresse, Tag für Tag betrügerischerweise, daß die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie „für die Opposition“ sind.

16. Wenn wir gegen die Uebergabe der Leitung der Komintern an den rechten Flügel auftreten, gegen den Ausschluß von Hunderten und Tausenden bolschewistischer Arbeiter aus der Komintern, dann beschuldigt man uns, daß wir die Spaltung der Komintern vorbereiten.

17. Wenn bei dem heutigen entarteten Parteiregime die Oppositionellen versuchen, ihre wirklichen Anschauungen zur Kenntnis der Partei zu bringen, so werden die allertrauesten Parteigenossen aus der WKP herausgetrieben, des „Fraktionsgeistes“ beschuldigt, es werden „Fälle“ geschaffen über angebliche Spaltungsschritte, es werden die wichtigsten Parteidifferenzen mit Unrat verunreinigt.

18. Aber eine besonders beliebte Beschuldigung gegen uns ist in letzter Zeit die Beschuldigung des „Trotzkismus“.

Vor dem Angesicht der ganzen Komintern (vgl. die oben angeführte Erklärung vom 15. 12. 26) haben wir mit den Unterschriften Sinowjews-Kamenews und Trotzki erklärt: „Es ist falsch, daß wir den Trotzkismus verteidigen. Trotzki hat vor dem Antlitz der ganzen Komintern erklärt, daß in allen einigermaßen prinzipiellen Fragen, über welche er mit Lenin stritt, Lenin recht hatte, insbesondere in der Frage der permanenten Revolution und der Bauernschaft“. Diese Erklärung, die vor dem Angesicht der ganzen Komintern abgegeben worden ist, wird von der Stalingruppe nicht abgedruckt, während diese fortfährt, uns des „Trotzkismus“ zu beschuldigen.

Die angeführte Erklärung bezieht sich selbstverständlich nur auf die früheren Differenzen mit Lenin, nicht aber auf jene „Differenzen“, welche gewissenloserweise von Stalin und Bucharin ausgedacht werden, welche künstlich die Differenzen, die der Vergangenheit angehören, mit Differenzen verknüpfen, die im Verlauf der Oktoberrevolution entstanden sind.

Wir lehnen ab, als einen Versuch mit untauglichen Mitteln, das Bestreben der Stalingruppe, die Anschauungen der Opposition, die in der vorliegenden Plattform dargelegt sind, durch Hinweise auf frühere Differenzen „zuzudecken“, die zwischen den Gruppen der Jahre 1923 und 1925 bestanden. Diese Differenzen sind heute auf der Grundlage des Leninismus aus der Welt geschafft. Die Fehler und Uebertreibungen, welche von beiden Gruppen der Bolschewiken in den Streitfragen der Jahre 1923 und 1924 zugelassen worden sind, infolge einer Reihe von Unklarheiten der Sachlage in Partei und Land, sind jetzt verbessert und bilden kein Hindernis für einen vollkommen gemeinschaftlichen Kampf gegen den Opportunismus, für den Leninismus.

Durch Herauszipfen einzelner Zitate, durch grobe und unloyale Ausnutzung von ausgesuchten alten polemischen Aeußerungen Lenins, die zu diesem Zwecke herausgeklaut werden und durch Verbergen anderer, viel späterer Aeußerungen Lenins vor der Partei, durch direkte Fälschung der Parteigeschichte und der Tatsachen der jüngsten Vergangenheit, endlich, was das Wichtigste ist, durch Verzerrung und direkte Verdrehung aller jetzigen Streitfragen, versucht die Gruppe Stalin-Bucharin, die immer weiter von Lenin weggeht, die Partei hinters Licht zu führen, und die Sache so darzustellen, als handele es sich um den Kampf zwischen Trotzkismus und Leninismus, während in Wirklichkeit der Kampf geht, zwischen Leninismus und dem Stalinschen Opportunismus. So kämpften die Revisionisten unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Blanquismus“ in Wirklichkeit gegen den Marxismus.

Unser vollkommen gemeinsamer Kampf gegen den Stalinschen Kurs ist dadurch möglich geworden, daß wir alle vollkommen einheitlich die wirkliche Leninsche proletarische Linie verteidigen wollten und vertedigen.

Die beste Antwort auf die Beschuldigung der Opposition, sie sei „trotzkistisch“, ist die vorliegende Plattform. Jeder, der sie lesen wird, wird sich davon überzeugen, daß sie, von der ersten bis zur letzten Zeile sich aufbaut auf der Lehre Lenins und durchtränkt ist vom Geiste des echten Bolschewismus.

So mag denn die Partei unsere wirklichen Anschauungen kennenlernen. Mag die Partei die **wirklichen Dokumente** der Differenzen kennenlernen; vor allem in einer Frage von solcher Weltbedeutung, wie die chinesische Revolution. Lenin hat uns gelehrt, bei Vorhandensein von Differenzen nicht aufs Wort zu glauben, sondern die Dokumente zu fordern, die streitenden Seiten anzuhören, auf das gewissenhafteste die wirklichen Differenzen zu studieren und die vermeintlichen beiseite zu werfen. Diesen Rat Lenins wiederholen wir, die Oppositionellen.

Man muß ein für alle Mal die Möglichkeit dessen, was auf dem 14. Parteitag war, beseitigen, wo die Differenzen einige Tage vor dem Parteitag auf den Kopf der Partei herunterstürzt. Man muß die Bedingungen für eine ehrliche Diskussion und eine ehrliche Entscheidung der wirklichen Differenzen schaffen, wie das zu Lenins Lebzeit stets der Fall war.

XII. Gegen den Opportunismus, für die Einheit der Partei.

Wir haben offen unsere Anschauungen dargelegt über die schweren Fehler, die die Mehrheit des ZK auf allen Hauptgebieten der Innen- und Außenpolitik begangen hat. Wir haben gezeigt, wie durch diese Fehler der Mehrheit des ZK der Grundhebel der Revolution, unsere Partei geschwächt worden ist. Wir haben zugleich gezeigt, daß, trotz alledem, **man die Politik der Partei von innen her reparieren kann**. Aber um sie zu reparieren, muß man klar und offen die Frage nach dem Charakter der Fehler, welche die Parteileitung macht, stellen.

Diese Fehler sind **opportunistische Fehler**. Der Opportunismus in seiner entwickelten Form, das ist, nach der klassischen Definition Lenins, der Block der Spitze der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie, der gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse gerichtet ist. Unter den Bedingungen, in welchen sich die USSR befindet, würde ein bis zu Ende geführter Opportunismus sich äußern im Streben der Spitze der Arbeiterklasse zu Abmachungen mit der sich regenerierenden neuen Bourgeoisie (Kulak und Nepmann) und dem Weltkapitalismus auf Kosten der Interessen der breiten Massen der Arbeiterklasse und der Dorfarmut.

Wenn wir das Vorhandensein solcher Tendenzen in einigen Kreisen unserer Partei unterstreichen — in ihren ersten Äußerungen und in ihrer Entwicklung — so ist es sinnlos, aus diesem Anlaß über Verleumdung der Partei zu reden, denn wir appellieren gerade an die Partei gegen jene Tendenzen, die sie bedrohen. Ebenso sinnlos ist es, zu behaupten, wir beschuldigten diesen oder jenen Teil der Partei oder des ZK des Verrats an der Revolution, des Verrats der Interessen des Proletariats. Eine falsche politische Linie kann diktiert sein von den aufrichtigen Sorgen für die Interessen der Arbeiterklasse. Selbst die extremsten Vertreter des rechten Flügels unserer Partei sind überzeugt, daß die Vereinbarungen mit den bürgerlichen Elementen, auf die einzugehen sie bereit sind, im Interesse der Arbeiter und Bauern notwendig sind, daß sie eins jener Manöver darstellen, welche Lenin für durchaus zulässig hielt. Selbst die rechte Gruppe, welche eine offene Tendenz zum Abrutschen von der Klassenlinie darstellt, will keinen Thermidor. Um so mehr gilt das für das „Zentrum“, welches eine typische Politik der Illusionen, der Beschönigung vor sich selbst und des Selbstbetrugs treibt.

Stalin und seine nächsten Anhänger sind überzeugt, daß sie, gestützt auf ihren mächtigen Apparat, alle Kräfte der Bourgeoisie durch Schläue begaunern werden, anstatt sie im Kampfe zu überwinden. Die Stalinisten haben zweifellos aufrichtig geglaubt, daß sie eine Zeit lang mit den chinesischen Generälen „spielen“, die sie beiseite werfen werden wie eine ausgepreßte Zitrone, nachdem sie sie im Interesse der Revolution ausgenutzt haben würden. Stalin und die Stalinisten haben zweifellos aufrichtig geglaubt, daß sie mit den Purcells „spielen“, nicht aber umgekehrt. Stalin und die Stalinisten glauben aufrichtig, daß sie in aller „Freiheit“ Konzessionen an „ihre“ Bourgeoisie machen können, und daß sie dann ohne alle Folgen diese Konzessionen zurücknehmen können.

In ihrer bürokratischen Selbstüberschätzung „erleichtern“ sich die Stalinisten ihre Manöver, indem sie die Partei eigentlich von der Teil-

nahme an den politischen Beschlüssen ausschließen, um ihrem Widerstand auszuweichen. Die Stalinsche Spitze beschließt und handelt, und sie überläßt der Partei, diese Beschlüsse „durchzuarbeiten“. Aber dadurch wird jene Kraft geschwächt, wenn nicht paralysiert, welche ein wichtiges politisches Manöver, falls es notwendig und angemessen ist, ausnützen könnte, bzw. die Folgen jener Manöver der Führung, welche offenbar falsch sind, mildern und beseitigen könnte. Auf diese Art werden die Resultate der Kompromißfertigkeiten des rechten Flügels des ZK der Partei und der Manöver seiner zentristischen Gruppe angehäuft, Resultate, welche in ihrer Gesamtheit bedeuten: Schwächung der internationalen Stellung der USSR, Schwächung der Lage des Proletariats im Verhältnis zu den anderen Klassen der USSR, relative Verschlechterung seiner materiellen Lage, Schwächung seiner Verbindungen mit der Dorfarmut, welche das Bündnis mit den Mittelbauern bedroht, Schwächung seiner Rolle im Staatsapparat, Verlangsamung des Tempos der Industrialisierung. Diese Folgen der Politik der Mehrheit des ZK, nicht aber seine Absichten, hatte die Opposition im Auge, als sie die Frage der Thermidor-Gefahr, d. h. des Abrutschens von den Geleisen der proletarischen Politik auf die Geleise einer kleinbürgerlichen Politik, stellte.

Die ungeheuerlichen Unterschiede der Geschichte und des Charakters unserer Partei, verglichen mit den Parteien der zweiten Internationale, sind für alle klar. Die WKP ist durch die Feuertaufe und Stählung von drei Revolutionen durchgegangen, hat die Macht gegen eine Welt von Feinden erobert, hat die Dritte Internationale organisiert. Ihr Schicksal ist das Schicksal der ersten proletarischen Revolution. Durch die Revolution wird auch das Tempo ihres Innenlebens bestimmt. Alle ideologischen Prozesse in ihr, die unter einem hohen Klassendruck vor sich gehen, haben die Tendenz zu einer raschen Entwicklung und Reifung. Gerade in unserer Partei ist daher ein rechtzeitiger und energischer Kampf gegen alle Verrückungen von der leninschen Linie weg besonders notwendig.

Die opportunistischen Gefahren in der WKP haben unter den heutigen Bedingungen tiefe objektive Quellen. 1. Die internationale bürgerliche Umgebung, die zeitweilige Teilstabilisierung des Kapitalismus erzeugen „Stabilisierungs“-Stimmungen. 2. Die Nep, die unbedingt notwendig ist, als Weg zum Sozialismus, belebt, indem sie den Kapitalismus teilweise neu erzeugt, dadurch auch Kräfte, die dem Sozialismus feindlich sind. 3. Das kleinbürgerliche Element in einem Lande mit einer ungeheuren bäuerlichen Mehrheit muß nicht nur auf die Sowjets übergreifen, sondern auch auf die Partei. 4. Die monopolistische Lage der Partei selbst, die für die Revolution unbedingt notwendig ist, schafft wiederum eine Reihe besonderer Gefahren. Schon der 11. Parteitag hat unter Lenin direkt und offen darauf hingewiesen daß es in unserer Partei jetzt große Gruppen von Menschen gibt (aus den wohlhabenden Bauern, Spitzen der Angestellten, aus der Intelligenz), welche in den Parteien der SR-s und der Menschewiken wären, wenn diese Parteien legal wären. 5. Der Staatsapparat, welchen die Partei leitet, bringt seinerseits in die Partei viel Bürgerliches und Kleinbürgerliches und steckt sie mit Opportunismus an. 6. Durch die Spezialisten, höheren Kategorien der Angestellten und der Intelligenz, welche für unseren Aufbau notwendig sind, strömen nichtproletarische Einflüsse in unsere Apparate hinein, in die staatlichen, wirtschaftlichen und Parteiapparate.

Deshalb schlägt der Leninsche Flügel der Partei mit solcher Hartnäckigkeit Alarm, anläßlich des offenkundigen und immer drohenden Herabrutschens der Stalingruppe. Ein verbrecherischer Leichtsinns ist die Behauptung, daß die große Vergangenheit der Partei und ihre alten Kader unter allen Bedingungen und für alle Zeiten die Garantie gegen die Gefahren einer opportunistischen Degeneration in sich enthielten. Eine solche Anschauung hat mit dem Marxismus nichts gemeinsam. Nicht das hat Lenin gelehrt. Auf dem 11. Parteitag sagte er: „Die Geschichte kennt Verwaltungen aller Sorten; sich auf die Ueberzeugtheit, Treue und sonstige

vortrefflichen Seeleneigenschaften verlassen, das ist eine Sache, die in der Politik nicht ganz ernst zu nehmen ist. . . ." (Band XVIII, Teil 2, Seite 42.)

Die Arbeiter, welche in den sozialistischen Parteien des Westens vor dem imperialistischen Kriege die ungeheure Mehrheit bildeten, waren zweifellos Gegner des opportunistischen Abrutschens. Aber sie konnten nicht rechtzeitig die damals noch unbedeutenden opportunistischen Fehler überwinden. Sie unterschätzten ihre Bedeutung. Sie begriffen nicht, daß schon die erste ernsthafte geschichtliche Erschütterung nach einer längeren Periode der friedlichen Entwicklung, welche eine starke Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie hochgepäpelt hatte, nicht nur die Opportunisten, sondern auch die Zentristen zwingen würde, vor der Bourgeoisie zu kapitulieren, und daß die Masse in diesem Moment entwoffnet sein könnte. Wenn man den revolutionären Marxisten, den Vertretern des linken Flügels in der Zweiten Internationale vor dem Kriege, irgendeinen Vorwurf machen kann, so nicht deshalb, weil sie die Gefahren des Opportunismus übertrieben hätten, als sie ihn die nationalliberale Arbeiterpolitik nannten, sondern deshalb, weil sie sich auf die arbeitermäßige Zusammensetzung der damaligen sozialistischen Parteien verließen, auf den revolutionären Instinkt des Proletariats, auf die Zuspitzung der Klassengegensätze und in Wirklichkeit die Gefahr unterschätzten und die revolutionären unteren Massen nicht genügend gegen die Gefahr mobilisierten. Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen.

Wenn wir uns die rechtzeitige Ausrichtung der Linie der Leitung zur Aufgabe stellen, so fegen wir dadurch die Beschuldigung des Bestrebens zur Spaltung unserer Partei und zur Schaffung einer neuen Partei hinweg. Die Diktatur des Proletariats erfordert gebieterisch eine einheitliche proletarische Partei als Führerin der Arbeitermassen und der Dorfarnut. Die Einheit dieser Partei, die noch dazu nicht durch Kämpfe von Fraktionen geschwächt werden darf, ist für das Proletariat zur Durchführung seiner historischen Mission unbedingt notwendig. Sie kann nur auf der Grundlage der Lehre von Marx verwirklicht werden, einer Lehre, die nicht durch eigene Erfindungen verwässert, nicht durch Revisionismus verzerrt ist.

Indem sie für ein bestimmtes Tempo der Industrialisierung, als für die Voraussetzung des sozialistischen Umbaues des Landes kämpft; indem sie gegen das Wachstum des Kulaken, der zur Herrschaft im Dorfe strebt, kämpft; indem sie für die rechtzeitige Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter, für die Demokratie in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Sowjets kämpft, kämpft die Opposition nicht für solche Ideen, welche zur Entzweiung zwischen Arbeiterklasse und ihrer Partei führen können, sondern umgekehrt für die Befestigung der Grundlagen der wirklichen Einheit der WKP. Wenn man die opportunistischen Fehler nicht verbessert, so ist nur eine scheinbare Einheit möglich, welche die Partei vor dem Andrängen der wachsenden Bourgeoisie schwächen wird und im Falle eines Krieges die Partei zwingen wird, schon unter dem Feuer des Feindes, schon im Gange des Krieges sich umzubauen. Wenn er unsere Anschauungen und Vorschläge kennengelernt haben wird, dann wird der proletarische Kern unserer Partei, daran zweifeln wir nicht, sie annehmen und wird für sie kämpfen, nicht als für „fraktionelle“ Losungen, sondern gerade als für das Banner der Parteieinheit.

Unsere Partei hat bisher die Fehler ihrer Leitung nicht genügend klar erkannt und sie daher nicht verbessert. Das außerordentlich rasche Tempo des Wachstums unserer Wirtschaft während der Wiederherstellungsperiode war eine der Hauptursachen der opportunistischen Illusionen, die die Mehrheit des ZK systematisch in der Partei und in der Arbeiterklasse gesät hat. Die den Wiederherstellungsprozeß begleitende, zunächst einmal rasche Verbesserung der Lage der Arbeiter, verglichen mit den Jahren des Bürgerkriegs, erzeugte auch in großen Arbeiterkreisen Hoffnungen auf baldige und schmerzlose Ueberwindung der Widersprüche der Nep und

verhinderte die Partei, rechtzeitig die Gefahren der opportunistischen Verückungen zu sehen.

Das Wachstum der leninistischen Opposition in der Partei zwingt die schlechtesten Elemente der Parteibürokratie, zu Methoden überzugehen, die in der Praxis des Bolschewismus unerhört sind. Unfähig, auch fernerhin die Erörterungen der politischen Fragen in den Zellen zu verbieten, greift jetzt, vor dem 15. Parteitag, ein Teil der Parteibürokratie zur Schaffung von Gruppen, die sich die Sprengung der Beratung von Parteifragen durch Geschrei, Pfeifen, Ausdrehen des Lichts usw. zum Ziele setzt.

Dieser Versuch, in unserer Partei Methoden der direkten physischen Vergewaltigung einzuführen, wird die Empörung aller ehrlichen proletarischen Elemente hervorrufen und sich zweifellos gegen die Organisatoren dieser Versuche wenden. Keine Machinationen des schlechtesten Teiles des Parteiapparates werden die Parteimassen von der Opposition abbringen können, hinter welcher die leninischen Traditionen unserer Partei stehen, die Erfahrung der gesamten Weltarbeiterbewegung, die rechtzeitige Stellung der Fragen der internationalen Politik und des Wirtschaftsaufbaues unter dem Gesichtswinkel des internationalen Proletariats. Die nach der Wiederherstellungsperiode sich unvermeidlicherweise verschärfenden Klassengegensätze werden immer mehr unsere Anschauungen über den Ausweg aus der jetzigen Krise bestätigen und die Avantgarde des Proletariats im Kampfe um den Leninismus zusammenschließen.

Die wachsende Kriegsgefahr veranlaßt schon jetzt die Arbeiter in der Partei, über die Grundfragen der Revolution tiefer nachzudenken und dadurch schon wird sie sie zwingen, aktiver die Verbesserung der opportunistischen Fehler in Angriff zu nehmen.

Der Arbeiterteil unserer Partei, der in bedeutendem Maße während der letzten Jahre von der Parteileitung zurückgedrängt worden ist, der der verheerenden Einwirkung der „Durcharbeitungen“ unterworfen worden ist, deren Ziel ist, zu beweisen, daß links rechts ist, und rechts links, wird sich wieder aufrichten, wird alles, was vor sich geht, begreifen und wird das Schicksal der Partei in seine Hand nehmen. Hierin die fortgeschrittenen Arbeiter zu unterstützen, ist die Aufgabe der Opposition, ist die Aufgabe dieser Plattform.

Die wichtigste, die brennendste, die aufregendste Frage für alle Mitglieder unserer Partei ist die Frage nach der Einheit. Und tatsächlich ist das die Frage, von welcher das fernere Schicksal der proletarischen Revolution am unmittelbarsten abhängt. Zahlreiche Klassenfeinde des Proletariats lauschen angestrengt auf unsere innerparteilichen Streitigkeiten und erwarten mit unverhohlener Schadenfreude und Ungeduld die Spaltung in unseren Reihen. Die Spaltung unserer Partei, die Bildung zweier Parteien würde die größte Gefahr für unsere Revolution bedeuten.

Wir, die Opposition, verurteilen entschieden alle Versuche der Schaffung einer zweiten Partei. Die Losung zweier Parteien ist die Losung der Stalln-Gruppe, welche die Leninsche Opposition aus der WKP zu drängen wünscht.

Unsere Aufgabe besteht nicht darin, irgend eine neue Partei zu bauen, sondern darin, die Verbesserung der Linie der WKP zu erreichen. Die proletarische Revolution in der USSR kann nur unter einer einheitlichen bolschewistischen Partei endgültig siegen. Wir kämpfen innerhalb der WKP für unsere Anschauungen und verurteilen entschieden die Losung von „zwei Parteien“, als eine abenteuerliche Losung. Die Losung der „zwei Parteien“ spiegelt einerseits das Bestreben der Spalter aus dem Parteiapparat ab, andererseits Stimmungen der Verzweiflung und des Unverständnisses dafür, daß die Aufgabe der Leninisten darin besteht, den Sieg der Ideen des Leninismus trotz aller Schwierigkeiten innerhalb der WKP zu erreichen. Wer aufrichtig die Linie Lenins verteidigt, der kann nicht an „zwei Parteien“ interessiert sein, der kann nicht mit der Idee der Spaltung spielen. Auf den Weg der Spaltung, auf den Weg der „zwei Parteien“

kann nur derjenige hindrängen, welcher die Linie Lenins durch irgend eine andere Linie ersetzen will.

Wir werden mit allen Kräften gegen zwei Parteien kämpfen, denn die Diktatur des Proletariats erfordert als ihren Hebel, eine einheitliche Partei, sie erfordert eine proletarische Partei, d. h. eine Partei, deren Politik von den Interessen des Proletariats bestimmt und von einem proletarischen Kern durchgeführt wird. Die Verbesserung der Linie unserer Partei, die Verbesserung ihrer sozialen Zusammensetzung, das ist nicht der Weg zweier Parteien, sondern die Verstärkung, die Sicherung ihrer Einheit als der revolutionären Partei des Proletariats.

Zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution sprechen wir unsere tiefste Ueberzeugung davon aus, daß die Arbeiterklasse nicht dazu unzählige Opfer gebracht hat, den Kapitalismus gestürzt hat, um jetzt unfähig zu sein, die Fehler ihrer Leitung zu verbessern, mit starker Hand die proletarische Revolution vorwärts zu führen und die USSR, dieses Zentrum der Weltrevolution zu verteidigen.

Gegen den Opportunismus!

Gegen die Spaltung!

Für die Einheit der Leninschen Partei!

Erklärung einiger Fremdworte:

- administrativ**, verwaltungsmäßig, auf dem Instanzenwege der Bürokratie.
aggressiv, angreifend.
Akzelerator, Beschleuniger (beim Motor).
Allüren, Gewohnheiten schlechter Art
Arschin, russisches Längenmaß, etwas weniger als ein Meter.
Cavaignac, französischer gegenrevolutionärer General, der die Pariser Arbeiter niedersäbelte.
Chwotismus, Einhertrotten im Schwanz der Bourgeoisie.
Defaltist, einer, der die Niederlage der eigenen Regierung will.
Desjatine, ungefähr ein Hektar.
Differenzierung auf dem Lande, Klassenscheidung.
Distribution, Verteilung von Volkseinkommen und Gütern, Erzeugnissen.
Emission, Papiergeldausgabe.
faux frals, wörtlich: falsche Kosten, die unnötig entstehenden Kosten infolge eines bestimmten Systems, das z. B. bürokratisch geleitet wird.
Gouvernement, Verwaltungsteil einer Republik, die in Gouvernements eingeteilt ist, diese wiederum sind in Ujesds, kleinere ländliche Verwaltungsbezirke, eingeteilt, diese in Wolostjs.
hermetisch, luftdicht abgeschlossen.
Integrität, Unversehrtheit
Intervent, einer, der intervenieren will, d. h. von außen kriegerisch eingreift.
Kadetten, bürgerliche Partei des Industriekapitalismus und russischen Imperialismus.
Kader, Grundstock und Kernbestand an Truppen.
Karrierismus, Strebertum.
Kooperierung, Zusammenschluß in Genossenschaften.
Kulak, reicher Bauer.
Kultur von Baumwolle usw., Pflanzungen bestimmter Produkte, wie Baumwolle u. ä.
Liquidation, Auflösung.
Melioration, Verbesserung von Grund und Boden durch Bewässerung, Drainage usw.
Nepmann, neuer Bourgeois, entstanden durch die neue ökonomische Politik (Nep).
Niveau, Höhe.
Peripherie, äußerer Umkreis.
präzis, genau, exakt.
Privilegien, Standesvorteile.
Regime, herrschendes System.

Schere der Preise, Auseinandergehen der Preise (z. B. für Industrieprodukte und für landwirtschaftliche Erzeugnisse).

Smenowechowzy, neue und teilweise führende alte russische Bourgeois, die vorgeben, sich mit dem Sowjetsystem abgefunden zu haben; ihr Ideologe ist der Professor Ustrjalow.

Smytschka, Zusammenschluß des Proletariats mit den Bauern.

spezifisches Gewicht, Gewicht, verglichen mit den anderen Bestandteilen.

Sporteln, Gebühren.

SR—s, Sozialrevolutionäre, kleinbürgerliche Partei.

Sunyatsenismus, die Lehre des chinesischen bürgerlichen Revolutionärs Sun Yat Sen.

Subsidien, Unterstützungsgelder.

Traktor, Motorpflug oder Trekker für Pflüge.

Tscherwonetz, ungefähr 20 Mark.

Türkisierung, Ueberführung zur Sprache der Turken, eines Volksstamms in Aserbaidshan (nicht die Turken der Kemal-Türkei).

Ujesd, s. Gouvernement.

Ustrjalow, s. Smenowechowzy.

Immer wiederkehrende Abkürzungen sind:

ZK, Zentralkomitee.

ZKK, Zentralkontrollkommission.

EKKI, Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (Komintern).

WKP, Kommunistische Partei der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (USSR).

Lest die
**„Fahne des
Kommunismus“**

**Zeitschrift der orthodoxen
Marxisten und Leninisten**

Erscheint jeden Freitag

Preis der Einzelnummer **10 Pfg.**

Vierteljahrs-Abonnement

für Postbezieher einschließlich der
Postzustellungs-Gebühr **2.00 Mk.**



Bestellungen an

F. Schimanski

Berlin-Neukölln, Wissmannstrasse 30.

Telefon: Bärwald 1314.